

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1987

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Methodische Aspekte der Analyse landwirtschaftlichen Strukturwandels	237	Es werden einige statistische Ansätze vorgestellt, die – vom Einzelbetrieb ausgehend – zur Erklärung landwirtschaftlichen Strukturwandels herangezogen werden können.
Verbraucherpreisindizes und ausgewählte Verbraucherpreise 1986 und 1987	240	Im vergangenen Jahr und im ersten Halbjahr 1987 waren erstmals seit 1953 die Preise stabil.
Einkommensschichtung natürlicher Personen	243	Die einheitliche Schichtung der Einkünfte der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen vermittelt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung der originären Einkommensverteilung.
Personenbeförderung im Straßenverkehr	248	Die durchschnittlich zurückgelegte Entfernung der Fahrgäste im Linienverkehr nimmt seit Jahren ab. Ferienziel-Reisen zu weiter entfernten Urlaubsorten nehmen zu.
Datensicherungssoftware im Statistischen Landesamt	253	Neben den Grundlagen des Datenschutzes werden die Forderungen an Datenschutz- und Datensicherungsmaßnahmen beschrieben und der Einsatz der Sicherungssoftware ACF2 im Statistischen Landesamt erläutert.
Kosten- und Leistungsrechnung im Krankenhaus	256	Mit dem DV-System KOLK wird den Krankenhäusern vom Statistischen Landesamt ein wirksames Instrument für die Planung und Kontrolle der Kosten an die Hand gegeben.
Controlling im Krankenhaus	260	Vom Länderprojektausschuß Controlling wird ein Programmpaket zur Unterstützung des Krankenhausmanagements bei der Wirtschaftlichkeitskontrolle und Betriebssteuerung entwickelt.
Anhang	73* 79*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
Kreisübersichten 1987		Teil I und II: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

Rheinland-Pfälzer verdienen 50 Mrd. DM

Bereits im Jahre 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 1 268 828 Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige gezählt, die zusammen 46 Mrd. DM verdienten. Seitdem haben sich die Einkommen um fast 10 % erhöht, so daß die Rheinland-Pfälzer heute 50 Mrd. DM verdienen. Viele Steuerpflichtige haben mehrere Einkommensquellen. Im Schnitt verfügte 1983 jeder über 1,4 Einkunftsarten. Am häufigsten resultieren die Einkommen aus nicht-selbstständiger Arbeit, gefolgt von Vermietung und Verpachtung. Die vermehrte Bildung von Kapitalvermögen findet auch in den steuerlich erklärten Einkünften seinen Niederschlag. In 130 067 Fällen gaben Steuerpflichtige Beträge von insgesamt 854 Mill. DM an.

Im Durchschnitt betrug 1983 das Einkommen 36 300 DM, heute rund 40 000 DM. Die Einkommen streuen um den rechnerischen Mittelwert relativ stark. 19,4 % der Steuerpflichtigen hatten 1983 zwischen 30 000 und 40 000 DM. Bei fast der Hälfte der Steuerpflichtigen lag der Gesamtbetrag der Einkünfte niedriger, zumeist zwischen 16 000 DM und 25 000 DM. Etwa ein Drittel aller Steuerpflichtigen lag mit seinem Einkommen über dem Durchschnitt und zwar hauptsächlich zwischen 50 000 und 75 000 DM. Spitzenverdiener mit Einkünften von mindestens 100 000 DM waren 1983 nur 2,6 % der Steuerpflichtigen, die allerdings 14,7 % des Gesamtbetrags der Einkünfte auf sich vereinigten.

Die durchschnittlichen Einkommensbeträge differieren sehr stark bei den einzelnen Einkunftsarten. Die Selbständigen verfügten mit 60 000 DM über das höchste Durchschnittseinkommen, gefolgt von den Gewerbetreibenden (44 000 DM) und den Arbeitnehmern (33 500 DM). Die Land- und Forstwirte erwirtschafteten im Schnitt Einkünfte von 18 500 DM. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 243

Gewerbesteuerhebesätze kaum in Bewegung

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, der bedeutendsten Finanzierungsquelle der Kommunen, betrugen im Jahre 1986 337 DM je Einwohner. Im ersten Halbjahr 1987 vereinnahmten die Gemeinden 163 DM je Einwohner, so daß in diesem Jahr mit einem ähnlichen Ergebnis wie 1986 gerechnet werden kann. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zeigen keine kontinuierliche Entwicklung; sie sind in großem Maße von den Veränderungen der Wirtschaftskonjunktur abhängig, da die Steuer zum weitaus überwiegenden Teil nach der Höhe des Gewerbeertrages und das heißt des Gewinnes des Unternehmens festgesetzt wird. Über die Erhöhung der Hebesätze haben die Kommunen die Möglichkeit verstärkter Einnahmenbeschaffung.

Im Jahre 1986 belief sich der Hebesatz bei der Gewerbebesteuer im Landesdurchschnitt auf 349 %. In den letzten Jahren ist er leicht angehoben worden, und zwar seit 1980 um acht Prozentpunkte. Der Durchschnittswert wird von den kreisfreien Städten überschritten, von den Landkreisen nicht erreicht. Seit 1980 haben von den kreisfreien Städten lediglich Speyer, Ludwigshafen, Mainz, Pirmasens und Worms den Hebesatz angehoben. Mainz hat mit 410 % den höchsten Satz, Koblenz seit Jahren mit 355 % den niedrigsten. Alle Städte haben auch 1987 den Hebesatz unverändert gelassen.

Die großen kreisangehörigen Städte haben zum Teil ein deutlich niedrigeres Hebesatzniveau, das auch 1987 nicht verändert wurde. Neuwied hat mit 380 % den höchsten Hebesatz, während das steuerstarke Ingelheim mit 300 % auskommt. Seit 1980 haben Lahnstein, Andernach, Neuwied und Ingelheim ihre Hebesätze erhöht, wogegen Mayen den Hebesatz um 20 Prozentpunkte senkte. la

Mehrausgaben der Kommunen im 1. Halbjahr 4 %, für Sozialleistungen rund 13 %

Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände sind im 1. Halbjahr 1987 um 4 % auf 3 915 Mill. DM gestiegen. Entsprechende Einnahmen standen in Höhe von 3 828 Mill. DM (+ 1,9 %) zur Verfügung.

Die Personalausgaben nahmen um 4,2 % auf 1 086 Mill. DM und die Zinsausgaben um 1,4 % auf 236 Mill. DM zu. Einen Anstieg um 12,9 % auf 522 Mill. DM verzeichneten die Ausgaben für Sozialleistungen. Für den laufenden Sachaufwand wurden mit 836 Mill. DM 2,8 % weniger ausgegeben.

Die Sachinvestitionen beliefen sich auf 792 Mill. DM und lagen damit um 2,3 % über dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Für eigene Baumaßnahmen wurden 608 Mill. DM (+ 4,4 %) verausgabt, darunter für Schulen 92 Mill. DM (+ 21,1 %), für Straßen 180 Mill. DM (- 4,6 %) und für Abwasserbeseitigung 44 Mill. DM (- 7,4 %). Der Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen ging um 4 % auf 184 Mill. DM zurück.

Die Kommunen vereinnahmten im ersten Halbjahr 1987 an Steuern (ohne 105 Mill. DM Gewerbesteuerumlage und einschließlich 682 Mill. DM Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) 1 573 Mill. DM (+ 2,4 %). Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb beliefen sich auf 743 Mill. DM und lagen damit um 2,9 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Die allgemeinen Finanzaufwendungen vom Land erbrachten 578 Mill. DM (- 3,8 %). Die Zuweisungen und Zuschüsse für

kurz + aktuell

Investitionen vom Land, die auch die seit 1986 gewährten Investitionsschlüsselzuweisungen zur Stützung der Investitionstätigkeit der Kommunen enthalten, sind gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um 25,8 % auf 190 Mill. DM angestiegen.

Ende Juni 1987 betrugen die kommunalen Schulden (ohne Eigenbetriebe und Krankenanstalten) 7 391 Mill. DM (+ 0,9 %). kr

Im Jahre 1986 erstmals über 1 Mrd. DM für die Sozialhilfe aufgewendet

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1986 für die Sozialhilfe (einschließlich Tuberkulosehilfe) nach dem Bundessozialhilfegesetz insgesamt 1,04 Mrd. DM aufgewendet. Gegenüber den Leistungen des Vorjahres erhöhten sich damit die Bruttoausgaben um 114 Mill. DM oder 12 %. Von diesem Gesamtausgabenvolumen wurden 53 % von dem überörtlichen Träger und 47 % von den örtlichen Trägern der Sozialhilfe aufgebracht.

Pro Einwohner in Rheinland-Pfalz ergab sich damit eine Belastung von 288,88 DM. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rund 32 DM (1985: 23 DM).

Von den Gesamtausgaben im Berichtsjahr entfielen 416 Mill. DM auf Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen, das sind rund 16 % mehr als im Vorjahr; 627 Mill. DM wurden für Hilfe in Einrichtungen ausgegeben, fast 10 % mehr als im Jahr zuvor.

Die Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die rund 37 % aller Sozialhilfeausgaben ausmachten, erhöhten sich 1986 um 16,5 % auf fast 383 Mill. DM. Für die Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden im Jahre 1986 etwas mehr als 660 Mill. DM aufgewendet, das war ein Zehntel mehr als im Vorjahr; darunter entfielen auf Hilfe zur Pflege 345 Mill. DM (+ 8,4 %), auf die Eingliederungshilfe für Behinderte 252 Mill. DM (+ 13,3 %) und auf die Krankenhilfe 46 Mill. DM (+ 7,7 %).

Den Bruttoausgaben von insgesamt 1,04 Mrd. DM standen Einnahmen in Höhe von etwa 221 Mill. DM gegenüber, die zu 37,4 % aus Erstattung der Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern und zu 44,2 % aus Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatzern resultieren. Die reinen Ausgaben erhöhten sich gegenüber 1985 um 98 Mill. DM oder 13,6 % auf 822 Mill. DM. ka

Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden im 1. Halbjahr 1987

Im ersten Halbjahr 1987 flossen dem Land nach der Steuerverteilung, das heißt einschließlich der dem Land

zustehenden Anteile an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, 4 281 Mill. DM (+ 7,3 %) zu. Diese positive Entwicklung ist sowohl auf den Landesanteil an den Steuern vom Einkommen (+ 6,2 %) als auch auf den Landesanteil an den Steuern vom Umsatz zurückzuführen, der, unter anderem bedingt durch eine Abschlagszahlung aus dem Länderfinanzausgleich, um 15,3 % höher lag. Das Aufkommen an reinen Landessteuern ging um 2,2 % auf 532 Mill. DM zurück. Die Kraftfahrzeugsteuer verzeichnete einen Rückgang um 10,3 % auf 287 Mill. DM.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände vereinnahmten einschließlich des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer 1 573 Mill. DM (+ 2,4 %). Die reinen Gemeindesteuern betrugen 996 Mill. DM (+ 0,2 %). Während die Grundsteuern um 4,5 % auf 203 Mill. DM anstiegen, nahm das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 694 Mill. DM geringfügig ab (- 0,4 %). kr

Fleisch und Wurstwaren billiger als vor einem Jahr Verbraucherpreise im August

In den elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden wurden im August durchschnittlich 39,46 DM für 100 l Heizöl bezahlt. Das sind 13 % mehr als vor einem Jahr. Die Benzinpreise stiegen um 3 bis 5 %, Dieselkraftstoff verteuerte sich um nicht ganz 4 %. Fast ein Drittel billiger als im Vorjahr war nach wie vor das Gas.

Beim Kauf von Fleisch, Wurstwaren, Brathähnchen, Rotbarschfilet, Pflanzenmargarine, Butter, Pflanzenöl und insbesondere Bohnenkaffee konnte gegenüber dem Vorjahr manche Mark eingespart werden. Auch Kartoffeln, Birnen, Äpfel und Apfelsinen waren preiswerter. Beträchtlich teurer als vor Jahresfrist wurden Chinakohl, Blumenkohl, Kopfsalat und Tomaten angeboten. Ebenfalls merklich im Preis stiegen Eier, Kabeljau, grüne Bohnen in Dosen, Sauerkirschen in Gläsern und tiefgekühlter Spinat. br

Verbraucherpreisniveau so stabil wie zuletzt vor 30 Jahren

Im Jahre 1986 und im ersten Halbjahr 1987 waren erstmals nach mehr als 30 Jahren die Preise stabil. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ging 1986 um 0,2 % gegenüber 1985 zurück und auch für das erste Halbjahr 1987 wurde eine Preissenkungsrate von 0,2 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ermittelt. Die Gesamt-Lebenshaltung, ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe, verteuerte sich hingegen im vergangenen Jahr um 1,5 %. Im ersten Halbjahr 1987 betrug die Verteue-

rung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur noch 0,5 %. Das zeigt die hohe Preisstabilität auch bei den übrigen Waren und Dienstleistungen.

Von den neun Hauptgruppen des Preisindex für die Lebenshaltung verbilligten sich 1986 Energie (ohne Kraftstoffe) um 13 % sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (einschließlich Kraftstoffe) um 4 %. Im ersten Halbjahr 1987 gab es im Vergleich zu den ersten 6 Monaten des Jahres 1986 Preisreduzierungen für Energie (ohne Kraftstoffe) um 13 % sowie für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren um 0,3 %. Der Teilindex für Kraftfahrzeug-Anschaffung und -Unterhaltung sank 1986 um 3,8 % und im ersten Halbjahr 1987 um 0,3 %.

Von den ausgewählten Verbraucherpreisen in Rheinland-Pfalz verbilligte sich 1986 der Liter verbleites Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) um 25 %. Von Januar bis Juli dieses Jahres erhöhte er sich um 3 Pfennig auf 1 DM. Verbleites Superbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete 1986 durchschnittlich 1,08 DM (24 % weniger als 1985) und im Juli dieses Jahres 1,05 DM. Der Literpreis für Dieselmotorkraftstoff sank 1986 um 26 % auf 99 Pfennig und bis Juli dieses Jahres auf 91 Pfennig. 100 Liter Heizöl kosteten im vergangenen Jahr 42,80 DM (45 % weniger als 1985) und im Juli dieses Jahres 37,54 DM. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 240

Statistische Methoden können weitere Aufschlüsse über landwirtschaftlichen Strukturwandel geben

Während herkömmliche Vergleiche saldierter Größenklassenverteilungen den Umfang landwirtschaftlichen Strukturwandels nur unvollständig wiedergeben, können mit Hilfe verlaufsstatistischer Untersuchungen einzelbetriebliche Veränderungen im Zeitablauf erfaßt werden. Daneben bieten einige Prozeduren des SPSS-Programmpaketes Möglichkeiten zur statistischen Kausalanalyse des Strukturwandels. Abschließend wird ein einfacher Ansatz zur Fortschreibung struktureller Veränderungen skizziert. od

Mehr über dieses Thema auf Seite 237

Stundenlohn der Handwerker 15,71 DM

Die rheinland-pfälzischen Arbeiter im Handwerk erzielten im Mai 1987 einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 15,71 DM. Das sind 3,8 % mehr als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Bei den Vollgesellen stiegen die Stundenverdienste auf 16,50 DM (+ 3,5 %), bei den Junggesellen auf 12,51 DM (+ 5,2 %)

und bei den übrigen Arbeitern auf 14,30 DM (+ 3,2 %). Die Bruttowochenverdienste erhöhten sich im gleichen Zeitraum für Vollgesellen um 2,9 % auf 671 DM und für Junggesellen um 5 % auf 506 DM.

Den höchsten Stunden- und Wochenlohn unter den Vollgesellen erreichten mit 17,06 DM bzw. 681 DM die Elektroinstallateure. Bei den Junggesellen standen mit 13,49 DM bzw. 541 DM die Maler und Lackierer an der Spitze.

Die bezahlten Wochenstunden aller Voll- und Junggesellen gingen um 0,5 % auf jeweils 40,7 Stunden zurück. ze

Im ersten Halbjahr 6,6 Mill. t Güter mit einem Gesamtwert von 14,5 Mrd. DM exportiert

Im ersten Halbjahr 1987 wurden 6,6 Mill. t Güter im Wert von 14,5 Mrd. DM aus Rheinland-Pfalz ausgeführt gegenüber 6,1 Mill. t im Wert von 14,9 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1986. Die unterschiedliche Entwicklung von Exportmengen und -werten (+ 7 % bzw. - 3,3 %) spiegelt teilweise den Preisrückgang, insbesondere für Rohstoffe und Halbwaren wider.

Die Lieferungen in EG-Länder hielten sich mit 8,1 Mrd. auf dem Stand des ersten Halbjahres 1986 (+ 0,5 %), wobei die neuen Mitgliedsländer Portugal und Spanien erheblich mehr Waren aus Rheinland-Pfalz aufnahmen. Die Entwicklungsländer, Staatshandelsländer sowie industrialisierten westlichen Länder außerhalb der EG, wie die USA und Kanada, haben dagegen für weniger D-Mark Waren bezogen, was vor allem auf den Dollarkurs-Verfall zurückzuführen ist.

Die Einfuhr von Waren aus dem Ausland belief sich im ersten Halbjahr 1987 auf 8,6 Mrd. DM. Das entspricht einer Verringerung gegenüber dem ersten Halbjahr 1986 um 5,6 %. Der Anteil der Bezüge aus den EG-Ländern betrug 5,3 Mrd. DM (- 3,2 %). Während die Importe aus den OPEC-Ländern um 42 % zurückgingen, stiegen diejenigen aus den sonstigen Entwicklungsländern um 3,8 % an. Auch für die Importe aus den einzelnen Staatshandelsländern ergaben sich unterschiedliche Entwicklungen (Länder in Europa: - 23 %, Länder in Asien: + 49 %), wobei sich der Handel mit der Volksrepublik China erheblich ausweitete. sr

Warenlieferungen in die DDR im ersten Halbjahr um 14 % gestiegen

Im ersten Halbjahr 1987 wurden für 164 Mill. DM Waren aus Rheinland-Pfalz in die DDR und nach Ost-Berlin geliefert. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1986

kurz + aktuell

bedeutet das eine Zunahme von 14 %. Dagegen stagnierten die Lieferungen des Bundesgebietes im gleichen Zeitraum bei 3,5 Mrd. DM.

Sieben Zehntel der Lieferungen bestanden aus Grundstoffen und Produktionsgütern (+ 14 %). Dabei dominierten die Güter der chemischen Industrie. Um je 14 % stieg der Absatz von Investitionsgütern und von Verbrauchsgütern. Ihr Anteil an den gesamten Lieferungen in die DDR und Ost-Berlin war mit 22 Mill. DM bzw. 21 Mill. DM, das ist gut ein Viertel, jedoch verhältnismäßig gering (Bundesgebiet: 41 %).

Aus der DDR und Ost-Berlin wurden im ersten Halbjahr 1987 für 39 Mill. DM Güter bezogen, um 1,7 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Bundesgebiet: 3,1 Mrd. DM, - 9,9 %). Es handelte sich vor allem um Verbrauchsgüter im Wert von 23 Mill. DM (+ 13,2 %), wie Textilien und Bekleidung sowie feinkeramische Erzeugnisse, Glas und Glaswaren. Der Bezug von Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ging um 22 % auf 11 Mill. DM zurück. Auch wurden um 12 % weniger Investitionsgüter aufgenommen. sr

Produktion nahm im Juli wieder zu

Die Produktion von Industrie und Handwerk lag im Juli 1987 nach vorläufigen Berechnungen um 5 % höher als im Vorjahresmonat. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 13,3 %) sowie der Verbrauchsgütersektor (+ 8,1 %) verzeichneten überdurchschnittliche Zunahmen. Die übrigen Bereiche des verarbeitenden Gewerbes konnten Produktionssteigerungen um 2,4 bzw. 3,7 % aufweisen. Dieses günstige Ergebnis wurde insbesondere durch die Entwicklung im Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen und bei den Herstellern von Kunststoffwaren, wo sich der Ausstoß um nahezu 13 % erhöhte, erreicht.

Auch gegenüber dem Vormonat nahm die Produktionstätigkeit um 3,4 % zu. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr nur um 0,6 % mehr Güter als im entsprechenden Vorjahreszeitraum erzeugt. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten die Hersteller von Kunststoffwaren (+ 8,3 %) und die chemische Industrie (+ 4,9 %). gn

Deutliche Steigerung der Auftragseingänge im Juli

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk lagen nach vorläufigen Berechnungen im Juli 1987 deutlich über dem Vormonatsergebnis (+ 6,1 %). Die

Inlandsbestellungen erhöhten sich um 9,5 %, die Auslandsorder um 0,7 %. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 10,4 %) sowie der Investitionsgütersektor (+ 4,6 %) verzeichneten die höchsten Zuwachsraten. Unter den Investitionsgütern dominierte der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen mit einer Steigerung von 6,7 %, während sich für den Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen ein Rückgang um 1 % errechnet.

Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nahm im Juli 1987 die Bestelltätigkeit bei deutlich gestiegenen Auslandsaufträgen (+ 5 %) und einer rückläufigen Inlandsnachfrage (- 7 %) um nahezu 3 % ab. gn

Umsätze im Juli über dem Vormonat

Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Umsätze von Industrie und Handwerk im Juli 1987 gegenüber dem Vormonat um 4 % zu. Die Umsätze im Inland lagen um 5,2 %, bei den Exporten um 2 % höher. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnete das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe (+ 5,8 %) und der Investitionsgütersektor (+ 4,1 %). Von den bedeutenden Wirtschaftszweigen konnten der Steine- und Erden-Sektor (+ 11,1 %), der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (+ 7,3 %) und die chemische Industrie (+ 3,4 %) ihre Umsätze deutlich steigern.

Auch im Vergleich zum Juli 1986 lagen die Umsätze des verarbeitenden Gewerbes um 4,6 % höher. Die Inlandsumsätze nahmen um 2,5 %, die Auslandsumsätze um 8,4 % zu. gn

Auftragsschub im Bauhauptgewerbe

Im Juli konnten die rheinland-pfälzischen Betriebe des Bauhauptgewerbes (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) Auftragseingänge in Höhe von 452 Mill. DM verbuchen. Das ist ein Drittel mehr als im Juli des Vorjahres. Im Jahresvergleich nahmen die Werte im Hoch- und Tiefbau etwa gleich stark zu (32 bzw. 35 %). Ein wichtiger Auftraggeber sind die Gebietskörperschaften einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Sie vergaben Aufträge für Baumaßnahmen von 147 Mill. DM, das heißt jede dritte Mark kam von der öffentlichen Hand.

Ebenfalls positiv ist die Entwicklung in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stiegen die Aufträge um 9 % auf 2,43 Mrd. DM. hw

Methodische Aspekte der Analyse landwirtschaftlichen Strukturwandels

In der Landwirtschaft ist in letzten Jahrzehnten ein tiefgreifender Strukturwandel zu verzeichnen. Damit sind u. a. Auf- und Abstockungen der Flächen und Viehbestände, Wechsel zwischen Haupt- und Nebenerwerb sowie Änderung der Maschinen- und Arbeitskräteaustattung gemeint. Strukturwandel ist mithin die Summe vielzähliger, sich auf einzelbetrieblicher Ebene vollziehender Vorgänge. In herkömmlichen Untersuchungen wird das Ausmaß des Strukturwandels anhand von Saldenvergleichen auf aggregiertem Niveau festgestellt, d. h. es wird die Besetzung verschiedener Größenklassen hinsichtlich landwirtschaftlicher Nutzfläche, Arbeitskräften, Standardbetriebseinkommen, Vieheinheiten oder ähnlichem zu mehreren Zeitpunkten verglichen. Dadurch können lediglich das Endergebnis, nicht aber die gesamten einzelbetrieblichen Veränderungen (Zu- und Abgänge, Wechsel zwischen Klassen) transparent gemacht werden, da sich Übergänge zwischen Klassen kompensieren können und nicht im Saldo niederschlagen. Um den Strukturwandel in seinem vollen Umfang überhaupt darstellen und erklären zu können, bedarf es einer Betrachtung der Einzelbetriebe im Zeitablauf. Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit einigen methodischen Fragen zu diesem Thema.

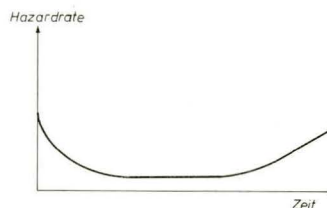
Ereignisanalyse als problemadäquates Instrumentarium nicht auf die verfügbaren Daten anwendbar

Unter Ereignisanalyse versteht man statistische Verfahren zur Untersuchung von Zeitintervallen zwischen aufeinanderfolgenden Ereignissen oder Zustandswechseln. Der Anwendungsbereich solcher Modelle ist vielfältig. Er reicht von Arbeitslosigkeitsstudien, in denen Phasen der Arbeitslosigkeit, Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Arbeitsunfähigkeit erfaßt und modelliert werden, bis hin zu Studien über Krankheitsverläufe. Ein in der amtlichen Statistik verbreitetes Anwendungsgebiet dieser Methode ist die Berechnung von Lebenserwartungen. Die Übertragung auf landwirtschaftliche Fragestellungen liegt nahe. So könnte der „Lebenslauf“ eines Betriebes mit den Ereignissen: Aufstockung/Abstockung/Betriebsauflösung oder Wechsel zwischen Haupterwerb und Nebenerwerb dargestellt werden.

Ein zentrales Konzept der Ereignisanalyse bildet die Hazardrate, die wie folgt zu interpretieren ist: Überlebt ein Individuum den Zeitpunkt, dann gibt die Hazardrate die Wahrscheinlichkeit an, daß zum Zeitpunkt $t + \Delta t$ ein Ereignis eintritt, d. h. sie informiert über den weiteren

Verlauf des Individuums. Zur Veranschaulichung betrachte man den typischen, badewannenförmigen Verlauf der Hazardrate für das Sterberisiko einer Population. Das Sterberisiko ist zunächst aufgrund von Kinderkrankheiten groß, fällt dann ab, um mit zunehmendem Alter wieder anzusteigen. Auf einen landwirtschaftlichen Betrieb lassen sich solche a priori-Informationen allerdings nicht übertragen.

Typischer Verlauf der Hazardrate für das Sterberisiko einer Population



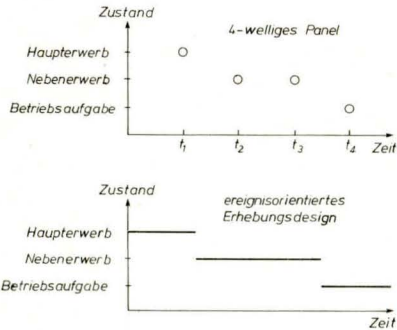
Im allgemeinen hängt die Hazardrate ab von

- a) der Wahrscheinlichkeitsverteilung, die man für die Verweildauer in den einzelnen Zuständen unterstellt
- b) von den Parametern dieser Wahrscheinlichkeitsverteilung, die aus den Daten zu schätzen sind und
- c) von Kovariablen, die als Erklärungsgrößen in das Modell einbezogen werden können und individuelle, betriebsspezifische Unterschiede in der Hazardrate zulassen und erklären. Als Erklärungsgrößen könnten hier die Betriebsfläche, das Standardbetriebseinkommen etc. herangezogen werden.

Einer Implementierung dieses Instrumentariums stehen jedoch einige Probleme im Weg, die im Zusammenhang mit der Datenstruktur zu sehen sind. Ereignisanalyse setzt zunächst die Messung der Verweildauer in kontinuierlicher Zeit voraus. Dem gegenüber entspricht die Datenstruktur der Agrarstatistik einer Panelerhebung, d. h. einer Kombination von Zeitreihen und Querschnittsdaten. Dabei ist es unwahrscheinlich, daß sich Zeitpunkt der Erhebung und der Ereigniseintritte decken. Es besteht zwar die Möglichkeit, die Zeitachse in diskrete Intervalle zu zerlegen, die von der SPSS-Routine SURVIVOR verwendete Sterbetafelmethode zur Schätzung der Hazardrate setzt dies sogar voraus, doch der Abstand zwischen zwei Erhebungszeitpunkten ist für die praktische Untersuchung zu groß (bei der totalen

Agrarberichterstattung beträgt er vier Jahre). Ein weiteres wesentliches Hindernis liegt darin, daß die Entwicklungsgeschichte eines Einzelbetriebes nur bis in die jüngere Vergangenheit (bis ca. 1960), nicht aber in seiner Gesamtheit verfolgt werden kann. Es ist also nicht bekannt, wie lange ein Betrieb schon im Anfangszustand verharret ist ; man spricht in diesem Fall von linkszensierten Daten, für die die gängigen Schätzverfahren keine Lösung bieten.

Unterschied zwischen einer mehrwelligen Panelerhebung und einer ereignisorientierten Erhebung am Beispiel der Entwicklung eines landwirtschaftlichen Betriebes



Die Programme VERU 1 und VERU 2 zur verlaufsstatistischen Auswertung agrarstruktureller Daten

Um der eingangs angesprochenen Problematik Rechnung zu tragen, wurden Mitte der 70er Jahre von der amtlichen Statistik Programme zur verlaufsstatistischen Auswertung insbesondere der Daten der Agrarberichterstattung entwickelt. Die Voraussetzung dafür war die Vergabe einer unveränderlichen Betriebsnummer, an Hand derer ein Betrieb mit seinen Merkmalen im Zeitablauf identifiziert und verfolgt werden kann.

Die Leistung des Programms VERU 1 besteht darin, für ein nach Größenklassen gegliedertes Hauptleitmerkmal, z. B. landwirtschaftlich genutzte Fläche, Standardbetriebseinkommen oder Vieheinheiten, eine Fallzahlta-
belle in Form einer Übergangsmatrix zu erstellen. Durch einen betriebsweisen Vergleich der Datensätze zweier

Erhebungszeitpunkte (Basis- und Folgejahr) ist u.a. eine Aussage darüber möglich, wieviele Betriebe einer bestimmten Größenklasse in dieser verblieben bzw. in eine andere übergewechselt sind. Bei der Erstellung der Fallzahlta-
belle ist eine zusätzliche Gliederung nach einem übergeordneten Merkmal, etwa regionaler Zugehörigkeit oder Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit, mög-
lich.

Eine diesbezügliche Auswertung aus der Agrarberichterstattung 1983 soll den Aufbau einer solchen Übergangsmatrix verdeutlichen: Zeilen und Spalten werden durch die Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Basis- und Folgejahr gebildet. Auf der Hauptdiagonale finden sich Betriebe, die zwischen 1979 und 1983 in ihrer Größenklasse verblieben sind. Für die wandernden Betriebe lassen sich abgebende und aufnehmende Größenklassen ablesen. Darüber hinaus informiert die Tabelle über Neuzugänge und aus-
geschiedene Betriebe in den einzelnen Klassen.

Die Aufbereitung mit dem Programm VERU 2 knüpft an diese Ergebnisse an, indem es eine Charakterisierung der Betriebe vornimmt, die ein bestimmtes Übergangsverhalten gezeigt haben. So können z. B. für die Betriebe, die sich in dem Bezugszeitraum vergrößert haben, wichtige natürliche und wirtschaftliche Kennziffern, wie etwa die landwirtschaftliche Nutzfläche, der Viehbestand, das Standardbetriebseinkommen oder der Arbeitskräftebesatz herangezogen werden, um Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Faktorausstattung und weiterer Produktionsbedingungen herauszustellen, die eine Ursache für den beobachteten gleichgerichteten Wechsel darstellen können. Es soll festgestellt werden, ob die Veränderungen des Hauptleitmerkmals begleitet sind von Veränderungen weiterer betrieblicher Größen. Zu diesem Zweck berechnet VERU 2 für die jeweilige Gruppe von Betrieben, die zusammen ein Feld der von VERU 1 erstellten Übergangsmatrix bilden, Mittelwert, Varianz und Variationskoeffizient der ausgewählten Merkmale für das Basis- und das Folgejahr sowie die Autokorrelation der Merkmale zu beiden Zeitpunkten. Daraus ergeben sich Hinweise über Veränderungen im Niveau und in der Stärke der Streuung der Merkmale sowie über den Zusammenhang zwischen den Merkmalsausprägungen der beiden betrachteten Jahre.

Beispiel einer VERU 1-Tabelle : Veränderung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebsgrößenklassen zwischen 1979 und 1983

Betriebsgrößenklasse nach der LF 1979	Betriebsgrößenklasse nach der LF 1983										Ab- gänge 1979 bis 1983	Ins- ge- samt 1979
	unter 1	1 – 2	2 – 5	5 – 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 und mehr	zu- sam- men		
	Betriebe											
unter 1	6 859	730	89	12	.	3	.	–	.	7 704	2 980	10 684
1 – 2	967	6 082	911	39	.	–	.	–	–	8 009	2 982	10 991
2 – 5	293	1 707	9 726	743	50	6	4	.	.	12 532	2 639	15 171
5 – 10	134	388	1 894	8 603	715	27	6	.	.	11 772	1 376	13 148
10 – 20	108	160	247	1 361	9 139	803	65	9	15	11 907	607	12 514
20 – 30	32	49	25	56	772	4 450	868	78	27	6 357	165	6 522
30 – 40	.	10	.	16	56	353	2 041	464	120	3 073	43	3 116
40 – 50	.	–	.	4	11	45	143	789	367	1 363	20	1 383
50 und mehr	–	–	6	5	8	17	20	86	1 105	1 247	21	1 268
Zusammen	8 399	9 126	12 909	10 839	10 767	5 704	3 150	1 432	1 638	63 964	10 833	74 797
Zugänge 1979 – 1983	1 615	928	565	205	149	54	21	12	15	3 564	.	.
Insgesamt 1983	10 014	10 054	13 474	11 044	10 916	5 758	3 171	1 444	1 653	67 528	.	.

Die Untersuchung ist nicht nur auf einen Zeitraum beschränkt, sondern kann die Information über die Entwicklung der Betriebe in einer Vorperiode mit einbeziehen. Damit lassen sich Aussagen darüber treffen, ob das in der Basisperiode beobachtete Verhalten die Fortsetzung eines schon bestehenden Trends ist. So läßt sich beispielsweise feststellen, daß Aufsteigerbetriebe in einer Vielzahl der Fälle schon in der Vorperiode Flächen aufgenommen haben.

Anknüpfungspunkte an das VERU-Programm : Regressions- und Diskriminanzanalyse

Können die durch VERU 2 bereitgestellten Merkmale erste Aufschlüsse über Typ und Charakter der Betriebe geben, die ein bestimmtes Verhaltensmuster an den Tag gelegt haben, so bedarf es jedoch eines weitergehenden Instrumentariums, um wahrscheinlichkeitstheoretisch fundierte, kausalanalytische Aussagen treffen zu können. Beispiele dafür sind :

Wie stark wird die Entscheidung zur Betriebsauflösung durch die Höhe des Standardbetriebseinkommens beeinflusst oder

Ist die Größe der Viehbestände im Zusammenhang mit der Auf-/Abstockung von Flächen zu sehen oder

Lassen sich Auf-/Absteigerbetriebe durch bestimmte Bodennutzungsmerkmale kennzeichnen ?

Hier liegt jeweils eine regressionsanalytische Fragestellung zugrunde. Die üblichen Modelle und Schätzverfahren zur Regressionsanalyse, die auf eine oder mehrere metrisch skalierte abhängige Variablen abstellen, können in diesem Fall allerdings nicht greifen, da die zu erklärende Variable nominal skaliert ist, d.h. sie hat keine stetige, sondern eine diskrete Merkmalsausprägung (z.B. Auf-/Absteiger/Verharrer). Eine speziell für diesen Problemkreis zugeschnittene Modellklasse liegt in Form der Response-Modelle (Antwortmodelle) vor. Im Gegensatz zu herkömmlichen Regressionsmodellen, in denen es gilt, die Beobachtung der abhängigen Variablen möglichst exakt durch eine Linearkombination der Erklärungsgrößen anzunähern, werden nun nicht beobachtbare Wahrscheinlichkeiten für das Eintreten eines Ereignisses in der einen oder anderen Ausprägung geschätzt. Letztendlich sind damit Aussagen möglich, wie :

Ein Anstieg des Standardbetriebseinkommens um 1 000 DM erhöht die Wahrscheinlichkeit der Betriebsaufstockung um 0,1 oder

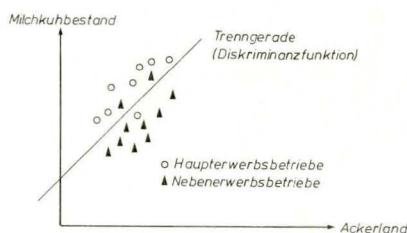
Für Nebenerwerbslandwirte ist die Wahrscheinlichkeit der Betriebsaufgabe ceteris paribus um 0,2 höher als für Haupterwerbslandwirte.

Die Schätzung der unbekannten Regressionskoeffizienten läßt sich in dieser Modellklasse im allgemeinen nicht mit der sonst gebräuchlichen Kleinste-Quadrate-Methode bewerkstelligen. Die Schätzaufgabe in Modellen der kategorialen Regression stellt sich vielmehr in nichtlinearer Form und wird in der Regel durch Verwendung des Maximum-Likelihood-Prinzips in Verbindung mit entsprechenden Algorithmen zur Lösung nichtlinearer Gleichungssysteme gelöst. Dies trifft auch für die im Programmpaket SPSS implementierte Prozedur PROBIT

zu, mit der dichotome, d.h. binäre Antwortmodelle geschätzt werden können.

Ein weiteres multivariates Analyseverfahren, das eine der kategorialen Regression vergleichbare Fragestellung behandelt, ist die Diskriminanzanalyse. Hierbei geht es darum, Objekte an Hand von zugehörigen Merkmalen in vorgegebenen Klassen einzuordnen, und zwar bestmöglich, d.h. mit einer möglichst geringen Zahl von Fehlklassifikationen. Objekte, das sind im betrachteten Fall landwirtschaftliche Betriebe, und die Klassen entsprechen den mit VERU 1 ermittelten Gruppen von Auf-/Absteigern/Verharrern oder Überwechslern zwischen Haupt- und Nebenerwerb. Die Klassifizierung erfolgt mit Hilfe sogenannter Diskriminanzfunktionen, deren Wert sich in Abhängigkeit von den an einen Betrieb festgestellten Merkmalsausprägungen berechnen läßt. Es gelingt mithin, einen Betrieb anhand seiner Flächenausstattung, seines Viehbestandes oder seines Standardbetriebseinkommens als typischen Neben- oder Haupterwerbsbetrieb zu charakterisieren. Ferner ist es möglich, die diskriminierende Wirkung einzelner Variablen (Merkmale) zu ermitteln, d.h. es läßt sich angeben, ob z.B. die Information über den Milchviehbestand eines Betriebes von Bedeutung ist, um ihn einer bestimmten Gruppe, z.B. derjenigen, die im Haupteinwerb verblieben ist, zuzuordnen.

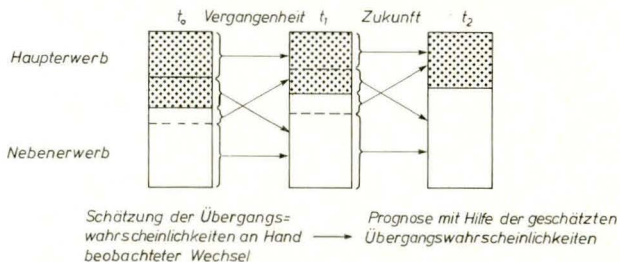
Darstellung des Trennproblems der Diskriminanzanalyse
im Zwei-Gruppen-Zwei-Variablen Fall



VERU-Ergebnisse können als Grundlage für Prognosen dienen

Sicher gilt das agrarpolitische Interesse nicht nur der Erklärung, sondern auch der Vorhersage des landwirtschaftlichen Strukturwandels. Als eine relativ einfache Möglichkeit der Vorhersage bietet es sich an, die absoluten Zahlen in der von VERU 1 ausgewiesenen Fallzahl-tabelle auf die Gesamtzahl der erfaßten Betriebe zu beziehen, um so zu relativen Häufigkeiten zu gelangen, die als Schätzwerte für die Wahrscheinlichkeit des Wechsels eines Betriebes zwischen zwei bestimmten Klassen oder Zuständen verwendet werden können. Die so errechnete Matrix der geschätzten Übergangswahr-

Prognose der Verteilung von Zuständen mit Hilfe
von Übergangswahrscheinlichkeiten



scheinlichkeiten kann durch Multiplikation mit der Ausgangsverteilung direkt zur Vorhersage der Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Klassen in zukünftigen Perioden herangezogen werden.

Hinter diesem Vorgehen steht das theoretische Konzept der Markov-Ketten als einem speziellen stochastischen Prozeß. Im vorliegenden Fall muß zusätzlich von einer homogenen Markov-Kette ausgegangen werden, d. h. es wird unterstellt, die Übergangswahrscheinlichkeiten seien zeitunabhängig. Dies ist allerdings in Anbetracht der sich wandelnden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen langfristig nicht realistisch, so daß der

skizzierte Ansatz von vornherein nur für kurz- und mittelfristige Prognosen in Frage kommt.

Abschließend ist festzustellen, daß die statistische Theorie eine Reihe von Analysemethoden zur Verfügung stellt, mit Hilfe derer sich – vom Einzelbetrieb ausgehend – ein tieferer Einblick in die Zusammenhänge des landwirtschaftlichen Strukturwandels gewinnen läßt. Eine Anwendung zumindest der VERU-Programme zur Auswertung der Agrarberichterstattung 1987 ist geplant.

Dr. Martin Odening

Verbraucherpreisindizes und ausgewählte Verbraucherpreise 1986 und 1987

Nach mehr als 30 Jahren, in denen das Verbraucherpreisniveau angestiegen war, waren 1986 und auch im ersten Halbjahr 1987 die Preise stabil. Erreicht wurde die Preisstabilität durch die fortschreitende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, durch maßvolle Verdienststeigerungen, durch erheblich gesunkene Weltmarktpreise für Erdöl und beträchtliche Verbilligungen der Importe infolge des deutlichen Kursrückgangs des US-Dollar gegenüber der D-Mark, der sich 1986 auf

26 % belief. Der Preisverfall auf den Rohölmärkten beeinflusste die Preisentwicklung verschiedener Wirtschaftszweige und Handelsstufen bis zum Endverbraucher. Nachdem der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet 1985 noch eine Teuerung um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen hatte, wurde für 1986 eine Verbilligung um 0,2 % ermittelt. Die Preissenkungsrate blieb im ersten Halbjahr 1987 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ebenfalls bei 0,2 %.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet 1980 – Juli 1987

Jahr Monat	Gesamtlebenshaltung		Gesamtlebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe	
	1980 = 100	Ver- änderung z. Vorjahr bzw. Vorjahres- monat in %	1980 = 100	Ver- änderung z. Vorjahr bzw. Vorjahres- monat in %
1980	100,0	5,4	100,0	4,8
1981	106,3	6,3	105,7	5,7
1982	111,9	5,3	111,5	5,5
1983	115,6	3,3	115,6	3,7
1984	118,4	2,4	118,4	2,4
1985	121,0	2,2	120,9	2,1
1986	120,7	- 0,2	122,7	1,5
1986 Januar	121,6	1,3	122,2	2,0
1986 Februar	121,3	0,7	122,6	1,9
1986 März	121,0	0,1	122,6	1,7
1986 April	120,9	- 0,2	122,8	1,6
1986 Mai	120,9	- 0,2	122,9	1,5
1986 Juni	121,1	- 0,2	123,1	1,6
1986 Juli	120,5	- 0,5	123,0	1,5
1986 August	120,2	- 0,4	122,7	1,5
1986 September	120,4	- 0,4	122,7	1,3
1986 Oktober	120,0	- 0,9	122,6	1,2
1986 November	119,9	- 1,2	122,5	1,0
1986 Dezember	120,1	- 1,1	122,7	0,9
1987 Januar	120,6	- 0,8	122,8	0,5
1987 Februar	120,7	- 0,5	123,2	0,5
1987 März	120,7	- 0,2	123,2	0,5
1987 April	121,0	0,1	123,3	0,4
1987 Mai	121,1	0,2	123,5	0,5
1987 Juni	121,3	0,2	123,7	0,5
1987 Juli	121,3	0,7	123,6	0,5

Der Rückgang des gesamten Verbraucherpreisniveaus konnte erstmals in den Monaten April, Mai und Juni des vergangenen Jahres beobachtet werden, als eine gleichbleibende Preissenkungsrate von 0,2 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat errechnet wurde. In den folgenden Monaten verstärkten sich die Preissenkungsraten, bis im November eine Verbilligung der Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 1,2 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ausgewiesen werden konnte. Gleichzeitig war damit der niedrigste Wert erreicht. Im Dezember des vergangenen Jahres und im ersten Quartal 1987 wurden zwar noch geringer werdende Preissenkungsraten ermittelt, ab April erhöhte sich jedoch die Änderungsrate des Verbraucherpreisniveaus und erreichte im Juli mit + 0,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat die in diesem Jahr bisher höchste Zunahme. Der Grund für den leichten Anstieg in den letzten Monaten ist darin zu sehen, daß der zuvor dämpfende Effekt rückläufiger Preise vor allem für Energie nachläßt und damit der binnenwirtschaftlich bedingte Preisanstieg wieder stärker die Entwicklung des Preisniveaus beeinflußt. Trotz der auslaufenden Stabilitätseffekte aus dem Ausland ist das Preisklima weiterhin ausgesprochen günstig.

Gesamtlebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe verteuerte sich 1986 um 1,5 %

Eine Sonderrechnung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, bei der flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe unberücksichtigt bleiben, weist für 1986 eine Verteuerung der Lebenshaltung um 1,5 % gegenüber 1985 aus. Für das erste Halbjahr 1987 ergab sich, verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum, nur noch eine Steigerung von 0,5 %. Der dämpfende

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Verwendungszwecken im Bundesgebiet
1985 – Juni 1987**

Verwendungszweck	1985	1986	Veränderung	1. Hj. 1986	1. Hj. 1987	Veränderung
	1980 = 100		%	1980 = 100		%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	116,9	117,6	0,6	118,0	117,7	- 0,3
Bekleidung, Schuhe	118,4	120,6	1,9	120,2	121,9	1,4
Wohnungsmieten	123,9	126,4	2,0	125,9	128,1	1,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	133,4	116,4	- 12,7	122,7	106,3	- 13,4
Möbel, Haushaltsgeräte u.a. Güter für die Haushaltsführung	117,7	119,1	1,2	118,9	120,2	1,1
Güter für:						
Gesundheits- und Körperpflege	119,7	121,5	1,5	121,2	122,6	1,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	123,2	118,3	- 4,0	119,1	119,1	-
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	116,2	117,8	1,4	118,0	119,3	1,1
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	125,7	130,1	3,5	129,8	131,6	1,4
Gesamtlebenshaltung	121,0	120,7	- 0,2	121,1	120,9	- 0,2

Einfluß der Preisentwicklung für flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe von Januar bis Juni dieses Jahres auf die Lebenshaltungskosten fiel somit deutlich geringer aus als im vergangenen Jahr. Das Ergebnis zeigt, wie hoch die Preisstabilität auch bei den übrigen Gütern und Dienstleistungen ist. Erstmals seit mehreren Jahren trug im Juli dieses Jahres die Verteuerung der flüssigen Brennstoffe und Kraftstoffe dazu bei, daß sich das Verbraucherpreisniveau mit 0,7 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat stärker erhöhte, als dies ohne deren Berücksichtigung der Fall gewesen wäre (+ 0,5 %).

Die Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen, Vier-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen sowie Zwei-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern im Bundesgebiet verlief in den letzten Jahren nahezu gleichgerichtet mit der Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Im Jahre 1986 verteuerte sich jedoch die Lebenshaltung der Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern, vorwiegend infolge des geringeren Verbrauchs von flüssigen Brennstoffen und Kraftstoffen, um 0,2 %, im 1. Halbjahr 1987 verbilligte sie sich um 0,6 % und somit etwas stärker als im Durchschnitt aller Haushalte.

Energiekosten (ohne Kraftstoffe) sanken 1986 um 12,7 %

Von den neun Hauptgruppen des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte verbilligten sich im Jahre 1986 Energie (ohne Kraftstoffe), vor allem durch starke Preisnachlässe für Heizöl und Gas, um 12,7 % sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (einschließlich Kraftstoffe) um 4 %. Den höchsten Preisanstieg verzeichnete die Hauptgruppe Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art (+ 3,5 %). Geringere Teue-

rungsraten gab es für Wohnungsmieten (+ 2 %), Bekleidung, Schuhe (+ 1,9 %), Güter für Gesundheits- und Körperpflege (+ 1,5 %), Bildung, Unterhaltung, Freizeit (+ 1,4 %) und Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung (+ 1,2 %). Vorwiegend die relativ stark an den Lohnkosten orientierten Dienstleistungen und Reparaturen verteuerten sich überdurchschnittlich stark. Der Preisanstieg für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren fiel mit 0,6 % besonders gering aus. Für diese Warengruppe wurde im ersten Halbjahr 1987 sogar eine Verbilligung um 0,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum errechnet.

Preis für verbleites Normalbenzin zwischen 1,26 DM und 92 Pfennig

In Rheinland-Pfalz befanden sich die Verbraucherpreise für verbleites Normal- und Superbenzin sowie Dieselmotorkraftstoff im untersuchten Zeitraum in permanenter Bewegung. Normalbenzin verbilligte sich 1986 um 25 %, Superbenzin um 24 % und Dieselmotorkraftstoff um 26 %. Der Liter Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete im Januar 1986 im Landesmittel 1,26 DM, erreichte im Dezember mit 92 Pfennig den niedrigsten Stand, stieg bis April dieses Jahres auf 1,02 DM und ermäßigte sich bis Juli geringfügig auf 1 DM. Analog verlief die Preisentwicklung für Superbenzin (Markenware, Selbstbedienung), das durchschnittlich 6 Pfennig teurer verkauft wurde und sich von Januar vorigen Jahres (1,32 DM) bis Dezember um 34 Pfennig auf 98 Pfennig verbilligte. Bis April dieses Jahres zog der Literpreis auf 1,08 DM an und ging bis Juli geringfügig auf 1,05 DM zurück. Der Literpreis für Dieselmotorkraftstoff (Markenware, Selbstbedienung), für den Anfang 1986 noch mehr bezahlt werden mußte als für Normalbenzin, betrug im Januar vorigen Jahres 1,27 DM, nahm in den folgenden Monaten deutlich ab und erreichte im Oktober mit 84 Pfennig den niedrigsten Stand. Dieselmotorkraftstoff war somit 9 Pfennig billiger als Normalbenzin. Er verteuerte sich danach unter geringen Schwankungen bis April dieses Jahres auf 94 Pfennig und fiel bis Juli auf 91 Pfen-

nig zurück. Der Abstand zum Literpreis für Normalbenzin, das im Juli für 1 DM angeboten wurde, blieb unverändert.

Den Preisen für bleifreies Benzin, die in Rheinland-Pfalz seit Februar 1986 an 41 Tanksäulen erfragt werden, kommt wegen der geringen Anzahl der Berichtsstellen nur eine eingeschränkte Aussagekraft zu. Der Liter bleifreies Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete im Januar dieses Jahres 94 Pfennig und war 3 Pfennig billiger als verbleites Normalbenzin. Die Mineralölsteuer für unverbleites Benzin, die am 1. Januar 1986 um 3 auf 46 Pfennig pro Liter ermäßigt worden war, wurde am 1. April dieses Jahres um 1 Pfennig auf 47 Pfennig angehoben. Im Juli war bleifreies Normalbenzin mit 97 Pfennig um 2 Pfennig billiger als verbleites Normalbenzin. Der Literpreis für bleifreies Superbenzin (Markenware, Selbstbedienung) lag im Januar mit 99 Pfennig um 3 Pfennig und im Juli mit 1,03 DM um 2 Pfennig unter dem für verbleites Superbenzin. Im untersuchten Zeitraum wurden bleifreies ebenso wie verbleites Benzin und Dieselkraftstoff an ringfreien Tankstellen etwa 2 Pfennig billiger verkauft als an Markentankstellen.

Die Kraftstoffpreise im Bundesgebiet entwickelten sich seit Anfang 1986 fast parallel zu denjenigen in Rheinland-Pfalz. Im Juli dieses Jahres kostete im Durchschnitt des Bundesgebietes ein Liter verbleites Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) 99 Pfennig,

Superbenzin 1,05 DM und Dieselkraftstoff 91 Pfennig. Diese Preise entsprechen fast genau den für Rheinland-Pfalz ermittelten Literpreisen.

Heizöl im Juli 1987 um ein Viertel teurer als vor Jahresfrist

Im Vergleich zu den mit hohen Steuern belasteten Kraftstoffpreisen fielen die Preisreduzierungen für Heizöl im Jahre 1986 noch drastischer aus. 100 Liter Heizöl kosteten in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr durchschnittlich noch 42,80 DM, das sind 45 % weniger als im Jahr zuvor. Der niedrigste Preisstand konnte im Juli 1986 mit 30,05 DM errechnet werden. Unter teilweise erheblichen Schwankungen stieg der Heizölpreis in den folgenden Monaten wieder an und belief sich im Januar dieses Jahres auf 40,68 DM. Im Juli mußten für 100 Liter Heizöl im Mittel der elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 37,54 DM bezahlt werden, das sind 25 % mehr als vor Jahresfrist. Bei dieser hohen Steigerungsrate ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Juli 1986 ein Preis ermittelt worden war, der nur vor 1979 noch tiefer lag.

Im Bundesgebiet liegen die Heizölpreise etwas höher als in Rheinland-Pfalz. Im Jahre 1986 kosteten 100 Liter Heizöl durchschnittlich 43,80 DM, das ist 1 DM mehr als in Rheinland-Pfalz. Im Januar dieses Jahres waren es 42 DM (1,32 DM mehr als in Rheinland-Pfalz) und im Juli 38,30 DM (+ 76 Pfennig).

Verbraucherpreise für verbleite Kraftstoffe (Selbstbedienung) und Heizöl in Rheinland-Pfalz 1980 – Juli 1987

Jahr Monat	Normalbenzin		Superbenzin		Dieselkraftstoff		Heizöl
	Marken- ware	ringfrei	Marken- ware	ringfrei	Marken- ware	ringfrei	
	Pfennig je Liter						DM je 100 Liter
1980	112,8	110,6	117,6	115,2	114,0	111,0	62,12
1981	136,7	134,0	141,7	138,4	127,0	123,1	73,08
1982	132,7	131,4	138,8	136,9	130,1	127,3	77,16
1983	132,2	129,7	138,7	135,8	127,5	124,8	70,96
1984	132,1	129,5	138,3	135,5	129,6	126,7	75,03
1985	135,3	132,9	142,0	139,4	133,4	130,7	78,23
1986	101,6	99,7	107,6	105,7	98,9	96,9	42,80
1986 Januar	125,8	123,9	132,4	130,6	126,5	124,0	65,63
Februar	114,5	112,6	120,2	118,6	114,3	112,6	58,80
März	100,3	99,3	106,5	105,1	109,3	106,5	55,36
April	98,2	96,3	104,2	102,6	106,8	104,5	53,16
Mai	99,7	97,8	105,7	104,2	103,2	101,7	45,53
Juni	106,3	105,0	111,9	110,4	99,1	97,5	39,18
Juli	101,1	98,7	106,2	104,4	93,6	91,7	30,05
August	95,2	93,4	101,2	98,6	90,3	87,5	34,76
September	99,6	96,2	106,9	103,2	89,7	87,8	34,53
Oktober	93,4	92,0	99,6	97,9	84,0	82,4	31,63
November	92,7	90,7	98,7	96,6	84,8	82,9	33,05
Dezember	92,2	91,0	97,9	96,7	85,6	83,9	31,94
1987 Januar	96,7	94,3	102,4	99,9	92,3	89,4	40,68
Februar	93,8	92,6	99,6	98,5	91,2	89,7	35,20
März	96,5	94,6	102,2	99,8	91,6	89,5	35,88
April	102,2	100,3	107,7	105,9	93,5	91,5	35,26
Mai	101,3	98,9	106,6	103,8	92,2	88,3	35,42
Juni	99,8	97,1	105,4	103,0	90,7	87,2	35,77
Juli	99,6	97,5	105,0	103,2	90,6	88,5	37,54
Veränderung zum Vorjahr in %							
1981	21,2	21,2	20,5	20,1	11,4	10,9	17,6
1982	-2,9	-1,9	-2,0	-1,1	2,4	3,4	5,6
1983	-0,4	-1,3	-0,1	-0,8	-2,0	-2,0	-8,0
1984	-0,1	-0,2	-0,3	-2,2	1,6	1,5	5,7
1985	2,4	2,6	2,7	2,9	2,9	3,2	4,3
1986	-24,9	-25,0	-24,2	-24,2	-25,9	-25,9	-45,3

Kfz-Anschaffung und -Unterhaltung („Kraftfahrer-Preisindex im Bundesgebiet“) 1980 – Juli 1987

Jahr Monat	Ins- gesamt	Personen- kraftwagen	Kraft- räder	Kraft- stoffe	Ersatz- teile, Zubehör und Auto- pflege- mittel	Repara- turen, Inspektion, Wagen- wäsche	Garagen- miete	Fahr- schule	Kfz-Ver- sicherung	Kfz- Steuer
1980 = 100										
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	108,8	105,3	104,7	119,5	105,9	107,5	102,2	104,7	104,4	100,0
1982	112,4	112,0	108,4	117,0	103,8	118,7	104,2	112,4	108,9	100,0
1983	116,9	119,1	110,7	116,1	112,5	129,3	106,3	114,7	111,5	100,0
1984	120,2	125,0	113,7	116,5	114,1	134,3	108,2	116,3	113,7	100,0
1985	124,1	129,4	117,0	119,7	116,0	137,8	109,3	117,4	122,4	100,0
1986	119,4	133,5	119,1	90,3	117,9	140,4	111,3	117,8	122,7	123,7
1986 Januar	124,4	132,2	117,7	111,6	117,4	139,0	110,4	117,5	122,5	127,7
1986 Februar	121,8	132,4	117,8	101,3	117,6	139,1	110,9	117,6	122,5	127,4
1986 März	119,3	132,4	118,0	91,5	117,7	139,5	110,9	117,4	122,5	127,0
1986 April	118,4	132,4	118,1	88,1	117,7	140,0	111,0	117,8	122,7	125,7
1986 Mai	118,6	132,4	118,7	88,6	117,9	140,1	111,1	117,8	122,7	125,6
1986 Juni	120,0	132,8	118,7	93,3	118,0	140,3	111,1	117,9	122,7	124,9
1986 Juli	118,9	133,1	118,8	88,5	118,0	140,4	111,4	117,9	122,7	124,7
1986 August	118,1	133,9	119,5	84,6	118,1	140,6	111,5	118,0	122,7	121,6
1986 September	119,3	134,9	119,7	87,9	118,0	140,7	111,5	118,0	122,7	121,0
1986 Oktober	118,1	135,2	120,5	82,8	118,0	141,4	111,7	117,7	122,7	120,2
1986 November	117,9	135,2	120,6	82,1	118,2	141,7	111,9	117,8	122,7	119,4
1986 Dezember	118,1	135,2	120,7	82,7	118,3	141,8	112,1	117,6	122,7	118,8
1987 Januar	119,4	135,9	120,8	86,2	118,4	142,3	112,4	117,6	122,7	118,6
1987 Februar	119,2	136,6	121,7	84,4	118,5	143,1	112,5	117,7	122,7	118,4
1987 März	119,3	136,9	122,0	84,0	118,5	143,3	112,8	117,7	122,7	118,3
1987 April	120,6	137,0	122,0	88,5	118,2	143,7	112,9	117,7	122,7	118,2
1987 Mai	120,6	137,4	122,1	88,3	118,3	143,9	113,0	117,7	122,7	117,8
1987 Juni	120,7	138,2	122,4	87,1	118,5	144,1	113,0	117,8	122,7	117,4
1987 Juli	120,9	138,2	122,9	87,0	118,5	144,8	113,2	118,0	125,0	117,2

Kraftfahrer-Preisindex sank 1986 um 3,8 %

Der über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelte Index für die Kraftfahrzeug-Anschaffung und -Unterhaltung, auch Kraftfahrer-Preisindex genannt, zeigt die Preisveränderung der durchschnittlich aufzubringenden Beträge für die Anschaffung und Unterhaltung von Personenkraftwagen und Motorrädern. Der Kraftfahrer-Preisindex, der ebenso wie der Preisindex für die Lebenshaltung nur für das Bundesgebiet ermittelt wird, stieg von 1980 bis Juli 1987 um 20,9 % und somit fast gleich stark wie der Verbraucherpreisindex (+ 21,3 %). Seit 1980 sank der Kraftfahrer-Preisindex erstmals im vergangenen Jahr, und zwar um 3,8 %. Verursacht wurde der Indexrückgang durch die Preisermäßigungen für Kraftstoffe um ein Viertel, während für alle übrigen Positionen Verteuerungen errechnet wurden. Im einzelnen gab es 1986 folgende Veränderungsraten: Anschaffung von Personenkraftwagen + 3,2 %,

Anschaffung von Krafträdern + 1,8 %, Kraftstoffe – 25 %, Ersatzteile, Zubehör und Autopflegemittel + 1,6 %, Reparaturen, Inspektion, Wagenwäsche + 1,9 %, Garagenmiete + 1,8 %, Fahrschule + 0,3 %, Kfz-Versicherung + 0,2 % und Kfz-Steuer + 24 %. Der Kraftfahrer-Preisindex sank im ersten Halbjahr 1987 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,3 %. Für die einzelnen Positionen ergaben sich im ersten Halbjahr 1987 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur für Kraftstoffe und die Kfz-Steuer Verbilligungen, während für alle übrigen Verteuerungen ermittelt wurden. Der längerfristige Vergleich von 1980 bis Juli 1987 zeigt überdurchschnittliche Preisanhebungen vor allem für die lohnaufwendigen Reparaturen, Inspektion und Wagenwäsche (+ 45 %) sowie die Anschaffung von Personenkraftwagen (+ 38 %), während sich allein die Kraftstoffe verbilligten (– 13 %).

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Einkommensschichtung natürlicher Personen

Die gemäß dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) in dreijährlichem Turnus zu erhebenden Statistiken der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer geben Auskunft über die von den natürlichen Personen erzielten Einkünfte bzw. Einkommen, soweit diese steuerlich zu erfassen sind. Während durch die Lohnsteuerstatistik sämtliche Arbeitnehmer mit ihren Bruttolöhnen ermittelt werden,

und zwar unabhängig davon, ob sie zur Einkommensteuer zu veranlagten sind oder nicht, weist die Einkommensteuerstatistik alle Steuerpflichtigen mit ihren verschiedenen steuerlichen Einkünften aus, für die eine Einkommensteuerveranlagung durchgeführt wurde, also auch alle veranlagten Arbeitnehmer. Ein Gesamtüberblick über Anzahl und Einkünfte aller natürlichen Personen in Form einer einheitlichen Schichtung durch

**Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige und deren Gesamtbetrag der Einkünfte
nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte 1980 und 1983**

Gesamtbetrag der Einkünfte	Lohn- und Einkommensteuerpflichtige				Gesamtbetrag der Einkünfte			
	1980		1983		1980		1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
unter 8 000 DM	177 830	13,8	170 485	13,4	673 929	1,6	652 802	1,4
8 000 – 16 000 DM	146 551	11,4	132 652	10,4	1 765 914	4,1	1 589 083	3,5
16 000 – 25 000 DM	225 985	17,6	181 049	14,3	4 709 810	11,0	3 763 535	8,2
25 000 – 30 000 DM	539 833	42,1	130 592	10,3	19 027 422	44,4	3 597 322	7,8
30 000 – 40 000 DM			245 691	19,4			8 528 503	18,5
40 000 – 50 000 DM			154 750	12,2			6 902 351	15,0
50 000 – 75 000 DM	137 237	10,7	177 794	14,0	8 098 470	18,9	10 612 678	23,0
75 000 – 100 000 DM	28 684	2,2	43 051	3,4	2 436 259	5,7	3 651 076	7,9
100 000 und mehr DM	27 659	2,2	32 764	2,6	6 131 198	14,3	6 745 414	14,7
Insgesamt	1 283 779	100,0	1 268 828	100,0	42 843 001	100,0	46 042 764	100,0

bloße Addition der Daten der beiden vorgenannten Statistiken ist jedoch nicht möglich. Dies würde teilweise zu Doppelerfassungen führen, da diejenigen Lohnsteuerpflichtigen, für die – zum Beispiel wegen Überschreitens der im Einkommensteuergesetz festgelegten Einkommensgrenzen – eine Veranlagung vorgenommen wurde, sowohl in der Lohn- als auch in der Einkommensteuerstatistik enthalten sind. Andererseits ermöglicht erst eine Gesamtbetrachtung aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen einen Überblick über die Einkommensverteilung der steuerlich erfaßten natürlichen Personen; sie ist nicht zuletzt auch deshalb sinnvoll, weil die Lohnsteuer lediglich eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer darstellt.

Die Abgrenzung des Begriffs Steuerpflichtiger erlaubt naturgemäß keine Aussage über die jeweiligen Durchschnittseinkünfte je Einzelperson und damit über die individuelle Einkommensstruktur. Dagegen geben die Zahlen Aufschluß über die Höhe der Familien- bzw. Haushaltseinkünfte, allerdings ohne Einbeziehung der Einkünfte eventuell vorhandener Kinder oder sonstiger Haushaltsmitglieder. Der Nachweis des Haushaltseinkommens anstelle der jeweiligen Individualeinkünfte der Ehegatten ist insofern zweckmäßig, als der Lebensstandard eines Haushalts von seiner Gesamtkaufkraft, das heißt vom gemeinsamen Einkommen seiner Mitglieder abhängt.

Zahl der Steuerpflichtigen rückläufig

Im Jahre 1983 wurden 1 268 828 Lohn- und Einkommensteuerpflichtige gezählt, die zusammen 46 Mrd. DM verdienten. Gegenüber 1980 hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen geringfügig um 1,2 % verringert, während gleichzeitig der Gesamtbetrag der Einkünfte um 7,5 % gestiegen ist.

Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen setzt sich zusammen aus 583 601 veranlagten Lohnsteuerpflichtigen und 584 745 nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen sowie 100 482 Steuerpflichtigen mit Einkünften aus anderen Quellen. Die Zusammensetzung hat sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Als Folge steigender Löhne und Gehälter wachsen immer mehr Arbeitnehmer über die im Einkommensteuergesetz seit längerem unverändert fixierten Veranlagungsgrenzen hinaus und werden deshalb zur Einkommensteuer veranlagt.

1971 wurden fast drei Viertel der Lohnsteuerpflichtigen nicht veranlagt. Seither hat sich der Anteil kontinuierlich reduziert und lag 1983 bei etwas unter 50 %.

Viele Steuerpflichtige hatten mehrere Einkommensquellen. Im Schnitt verfügte jeder über 1,4 Einkunftsarten. Am häufigsten resultierten die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit, gefolgt von Vermietung und Verpachtung. Die vermehrte Bildung von Kapitalvermögen findet auch in den steuerlich erklärten Einkünften seinen Niederschlag. In 130 067 Fällen gaben Steuerpflichtige Beträge von insgesamt 854 Mill. DM an. Damit ist die Zahl der Fälle in den letzten zehn Jahren um 53 % und der DM-Betrag der Einkünfte um 130 % gestiegen. Dennoch ist diese Einkunftsart gemessen an den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit von geringerer Bedeutung.

Durchschnittseinkommen betrug 36 300 DM

Im Schnitt konnte Jeder über ein Einkommen von 36 300 DM verfügen. Gegenüber 1980 verbesserte sich dieser Betrag um 8,7 % und damit schwächer als in früheren Jahren. Ursache hierfür war die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung Anfang der 80er Jahre, die jährliche Einkommenszuwächse von nur 2,8 % zuließ. Im Drei-Jahres-Zeitraum von 1971 bis 1974 lag die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate bei 9 %, im darauf folgenden Zeitabschnitt bis 1977 bei knapp 7 % und bis 1980 bei 6 %. Die Einkommenszuwächse fielen also immer geringer aus.

Die Einkommen streuen um den rechnerischen Mittelwert relativ stark. Dies zeigt die Schichtung nach Einkunftsgrößenklassen deutlich. In die Gruppe zwischen 30 000 DM und 40 000 DM, die das arithmetische Mittel umschließt, fallen 19,4 % der Steuerpflichtigen, das heißt etwa jeder Fünfte ist zu den Durchschnittsverdienern zu rechnen. Bei fast der Hälfte der Steuerpflichtigen lag der Gesamtbetrag der Einkünfte niedriger, von denen die relativ meisten einen Betrag zwischen 16 000 DM und 25 000 DM zur Verfügung hatten. Weniger als 8 000 DM verdienten 13,4 % der Steuerpflichtigen. In der ganz überwiegenden Mehrheit entfielen auf diese Größenklasse die nichtveranlagten Arbeitnehmer. In erster Linie dürfte es sich hierbei um Steuerpflichtige handeln, deren geringe Jahreseinkünfte nicht auf niedrige Monatsverdienste zurückzuführen sind, sondern

**Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige und deren Gesamtbetrag der Einkünfte
nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte und Verwaltungsbezirken 1983**

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Lohn- und Einkommensteuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... DM						
		1 — 8 000	8 000 — 16 000	16 000 — 25 000	25 000 — 40 000	40 000 — 50 000	50 000 — 100 000	100 000 und mehr
Kreisfreie Stadt Koblenz	42 747	5 433	4 584	6 245	11 744	5 068	8 434	1 239
Landkreise								
Ahrweiler	39 794	5 039	4 420	5 868	12 267	4 732	6 475	993
Altenkirchen (Ww.)	41 063	5 830	4 361	6 111	13 521	4 708	5 793	739
Bad Kreuznach	51 125	6 835	5 677	8 216	15 655	5 622	7 960	1 160
Bad Kreuznach, St	14 082	1 767	1 623	2 121	4 035	1 531	2 519	486
Birkenfeld	30 542	3 852	3 425	5 514	9 702	3 306	4 027	716
Idar-Oberstein, St	12 624	1 624	1 430	2 204	3 768	1 370	1 834	394
Cochem-Zell	19 867	2 893	2 576	3 483	6 346	2 083	2 143	343
Mayen-Koblenz	65 607	8 368	6 810	9 367	20 587	8 025	10 933	1 517
Andernach, St	8 945	1 167	909	1 234	2 630	1 080	1 613	312
Mayen, St	6 690	893	813	1 007	1 880	815	1 080	202
Neuwied	51 919	7 040	5 240	6 943	15 287	6 422	9 545	1 442
Neuwied, St	20 820	2 845	2 032	2 712	6 026	2 596	3 984	625
Rhein-Hunsrück-Kreis	29 872	4 086	3 137	4 519	9 804	3 325	4 346	655
Rhein-Lahn-Kreis	41 704	6 267	4 454	6 298	13 090	4 647	6 108	840
Lahnstein, St	6 916	1 094	758	981	1 910	786	1 235	152
Westerwaldkreis	57 376	7 910	5 882	8 634	18 733	6 642	8 348	1 227
RB Koblenz	471 616	63 553	50 566	71 198	146 736	54 580	74 112	10 871
Kreisfreie Stadt Trier	32 217	5 051	3 963	4 837	9 068	3 413	4 928	957
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	34 273	4 574	4 190	5 884	11 178	3 568	4 219	660
Bitburg-Prüm	26 536	3 857	3 519	5 100	8 172	2 514	2 925	449
Daun	19 381	2 974	2 331	3 363	6 284	1 895	2 176	358
Trier-Saarburg	40 567	5 889	4 645	7 112	13 015	4 223	5 074	609
RB Trier	152 974	22 345	18 648	26 296	47 717	15 613	19 322	3 033
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	16 392	2 203	1 455	1 734	4 155	2 412	3 747	686
Kaiserslautern	35 858	4 844	3 805	4 871	10 394	4 368	6 530	1 046
Landau i. d. Pfalz	13 751	1 825	1 572	2 111	3 804	1 552	2 406	481
Ludwigshafen a. Rhein	60 555	8 996	6 266	6 548	15 264	8 860	12 796	1 825
Mainz	62 991	8 366	5 807	6 975	15 793	7 802	15 427	2 821
Neustadt a. d. Weinstr.	17 596	2 138	1 893	2 272	4 703	2 332	3 596	662
Pirmasens	16 318	2 081	1 845	2 714	4 115	2 004	3 025	534
Speyer	15 222	1 648	1 506	1 894	4 104	2 101	3 466	503
Worms	25 884	3 569	2 632	3 312	7 448	3 303	4 865	755
Zweibrücken	11 563	1 571	1 251	1 608	3 295	1 404	2 109	325
Landkreise								
Alzey-Worms	34 240	4 458	3 436	4 914	10 539	4 387	5 810	696
Bad Dürkheim	42 113	5 419	3 961	5 189	11 546	5 644	8 751	1 603
Donnersbergkreis	23 441	2 930	2 492	3 603	7 892	2 766	3 375	383
Germersheim	37 133	4 875	3 380	4 651	10 758	5 276	7 493	700
Kaiserslautern	34 359	4 390	3 397	4 771	11 236	4 389	5 601	575
Kusel	25 795	3 000	2 532	4 192	9 319	3 057	3 362	333
Südliche Weinstraße	34 139	4 391	3 692	5 226	10 169	4 340	5 559	762
Ludwigshafen	46 677	6 143	3 771	4 812	11 373	7 132	11 786	1 660
Mainz-Bingen	57 861	7 789	5 455	7 053	16 062	7 044	12 548	1 910
Bingen am Rhein, St	9 085	1 393	1 002	1 306	2 475	1 015	1 579	315
Ingelheim am Rhein, St	7 839	1 086	710	810	2 016	946	1 928	343
Pirmasens	32 350	3 951	3 290	5 105	9 861	4 384	5 159	600
RB Rheinhessen-Pfalz	644 238	84 587	63 438	83 555	181 830	84 557	127 411	18 860
Rheinland-Pfalz	1 268 828	170 485	132 652	181 049	376 283	154 750	220 845	32 764
Kreisfreie Städte	351 094	47 725	36 579	45 121	93 887	44 619	71 329	11 834
Landkreise	917 734	122 760	96 073	135 928	282 396	110 131	149 516	20 930

auf eine nicht ganzjährige Beschäftigung oder eine Teilzeitbeschäftigung. Auch die Auszubildenden finden sich vornehmlich in den unteren Einkunftsschichten.

Etwa ein Drittel aller Steuerpflichtigen lag mit seinem Einkommen über dem Durchschnitt. In diesem Bereich war der Schwerpunkt in der Größenklasse zwischen 50 000 DM und 75 000 DM zu verzeichnen. Spitzenverdiener mit Einkünften von mindestens 100 000 DM waren 1983 nur 2,6 % der Steuerpflichtigen, die allerdings 14,7 % des Gesamtbetrags der Einkünfte auf sich vereinigten.

Selbständige verfügten über höchstes Durchschnittseinkommen

Das Einkommensteuergesetz unterscheidet sieben Einkunftsarten, die auch statistisch getrennt dargestellt werden. Es werden allerdings nur Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte nachgewiesen, das heißt, wenn sich nach Berücksichtigung des Verlustausgleichs ein negativer bzw. ein Null-Betrag ergibt, wird der Steuerpflichtige als Verlustfall gezählt und ist deshalb in den Ergebnissen nicht enthalten. Darüber hinaus bedeutet dies, daß ein Steuerfall, bei dem sich nach Berücksichtigung des Verlustausgleichs ein positives Einkommen ergibt, nur mit seinen positiven Einkünften nachgewiesen wird, während die negativen unberücksichtigt bleiben.

Die durchschnittlichen Einkommensbeträge differieren sehr stark bei den einzelnen Einkunftsarten. Die Selbständigen verfügten mit 60 000 DM über das höchste Durchschnittseinkommen, gefolgt von den Gewerbetreibenden (44 000 DM) und den Arbeitnehmern (33 500 DM). Die Land- und Forstwirte erwirtschafteten im Schnitt Einkünfte in Höhe von 18 500 DM. Der geringe Betrag ergibt sich nicht zuletzt wegen der besonderen Gewinnermittlungsvorschriften, die häufig dazu führen, daß Einkünfte unvollständig erfaßt werden. Hinzu kommt, daß zahlreiche Betriebe als Nebenerwerbsquelle dienen, so daß die erzielten Einkünfte nicht allein zur Bestreitung des Lebensunterhaltes dienen. Dies dürfte auch für die Einkünfte aus Kapitalvermögen (6 600 DM), denen aus Vermietung und Verpachtung (5 800 DM) sowie den sonstigen Einkünften (4 300 DM) gelten, da die im Schnitt vereinnahmten Beträge sehr gering sind.

Einkommensstruktur in den Verwaltungsbezirken unterschiedlich

Regional recht unterschiedlich ist die Einkommensstruktur. Während die Anteile der Steuerpflichtigen, die weniger als 16 000 DM verdienten, in den Landkreisen und den kreisfreien Städten annähernd gleich hoch waren, gab es in den darüber liegenden Gruppen deutliche Differenzen. In den Landkreisen wohnten 1983 relativ mehr Erwerbstätige, die zwischen 16 000 DM und 40 000 DM verdienten, in den kreisfreien Städten waren die oberen Einkunftsklassen stärker besetzt.

Vergleicht man das Durchschnittseinkommen der Steuerpflichtigen in den einzelnen Gemeinden miteinander, zeigt sich, daß es in den meisten Gemeinden,

nämlich in 997, unter 30 000 DM liegt. In 860 Gemeinden ergibt sich ein um bis zu 5 000 DM höherer Betrag und in weiteren 445 Gemeinden beträgt es mindestens 35 000 DM. Die Konzentration bei einem Einkommen von 25 000 DM bis 40 000 DM ist sehr groß, während die Besetzung am unteren und oberen Ende der Einkommenskala gering ist. Lediglich in 21 Gemeinden liegt das Durchschnittseinkommen unter 20 000 DM, wobei es sich mit Ausnahme einer Gemeinde ausschließlich um Gemeinden im Landkreis Bitburg-Prüm handelt. In 17 Gemeinden konnten die Steuerpflichtigen im Schnitt über mehr als 50 000 DM verfügen. Darunter befinden sich Gemeinden wie Ransbach-Baumbach, Wachenheim, Limburgerhof und Ingelheim.

Die Zahlen deuten darauf hin, daß es einen Zusammenhang zwischen Einkommensniveau und Gemeindegrößenklasse insofern gibt, als in kleinen Gemeinden die Steuerpflichtigen mit niedrigem Einkommen die größte Gruppe stellen, während bei größeren Gemeinden der Schwerpunkt in der oberen Einkommenskategorie liegt. So haben beispielsweise 484 Gemeinden in Rheinland-Pfalz weniger als 300 Einwohner und weisen ein Einkommensniveau von unter 30 000 DM je Steuerpflichtigen auf. Damit trifft die Kombination von niedrigem Einkommensniveau und geringer Einwohnerzahl auf 21 % aller Gemeinden zu. Nur in 2 % der kleinen Gemeinden werden im Schnitt 35 000 DM oder mehr verdient. In 286 Gemeinden mit mindestens 1 000 Einwohnern wird ein Einkommensniveau von 35 000 DM und mehr erreicht. Dies sind 12,4 % aller Gemeinden. Die Kombination von niedrigem Einkommensniveau unter 30 000 DM und größerer Einwohnerzahl trifft auf 3 % aller Gemeinden zu. Hierzu zählen zum Beispiel Hoppstädten-Weiersbach, Welschbillig, Fell, Birken-Honigsessen und Zeltingen-Rachtig, die jeweils mehr als 2 000 Einwohner haben und deren Einkommen im Schnitt zwischen 29 000 DM und 30 000 DM liegt.

Zwischen Gemeindegröße und Einkommensniveau läßt sich ein positiver Zusammenhang ermitteln, da mit zunehmender Gemeindegröße das durchschnittliche Einkommen steigt. So berechnet sich für Gamma, ein Maß für die Stärke der Beziehung zwischen den Variablen mit dem Maximum 1, ein Wert von 0,62, der zeigt, daß ein relativ starker Zusammenhang gegeben ist. Eine relativ enge Assoziation zwischen Einkommensniveau und Gemeindegröße besteht auch bei den Einzelkomponenten des Gesamtbetrags der Einkünfte. Der Zusammenhang zwischen Einkommensniveau und Gemeindegröße ist bei den Einkünften aus selbständiger Arbeit am größten und bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft am geringsten. Auch für die Arbeitnehmer gilt, daß die schlechter Verdienenden überwiegend in kleineren Orten wohnen und die mit höheren Einkünften Gemeinden mit mindestens 1 000 Einwohnern bevorzugen. Die Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen sind dagegen nahezu gleichmäßig über die Gemeindegrößenklassen verteilt.

Ausgehend von der Tatsache, daß ein positiver Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und dem Einkommensniveau der dort Wohnenden besteht, müßten möglichst alle einkommensbeeinflussenden Merkmale in die Untersuchung einbezogen und geprüft werden, ob trotzdem noch eine Assoziation zwischen

**Einkünfte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen
nach der Art der Einkünfte und Verwaltungsbezirken 1983**

Verwaltungsbezirk	Einkünfte aus						
	Land- und Forst- wirtschaft	Gewerbe- betrieb	selb- ständiger Arbeit	nicht- selb- ständiger Arbeit	Kapital- vermögen	Vermietung und Verpachtung	sonstigen Einkünften
	1 000 DM						
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 750	146 131	92 915	1 347 742	37 759	39 638	18 348
Landkreise							
Ahrweiler	16 518	172 445	56 446	1 174 952	38 835	32 913	17 116
Altenkirchen (Ww.)	7 750	155 355	49 725	1 204 417	23 921	19 341	12 348
Bad Kreuznach	34 824	193 760	72 613	1 496 022	34 279	26 875	17 077
Bad Kreuznach, St	4 433	64 733	33 553	423 532	15 536	13 146	7 348
Birkenfeld	7 642	169 835	42 917	826 930	38 723	16 148	8 772
Idar-Oberstein, St	438	90 842	24 924	340 179	20 193	8 943	4 632
Cochem-Zell	30 609	78 211	22 062	498 778	10 903	9 358	4 932
Mayen-Koblenz	36 182	231 927	95 519	1 995 667	40 047	43 791	17 944
Andernach, St	1 552	50 347	17 486	278 703	9 483	8 694	3 595
Mayen, St	1 800	26 378	16 140	195 367	5 121	5 590	2 308
Neuwied	10 397	227 038	79 744	1 646 608	33 408	35 657	18 397
Neuwied, St	1 571	85 637	38 619	666 872	13 222	14 771	7 450
Rhein-Hunsrück-Kreis	15 753	130 754	38 026	874 603	18 746	15 191	8 912
Rhein-Lahn-Kreis	18 803	129 793	58 275	1 210 703	29 245	20 008	12 851
Lahnstein, St	171	23 796	11 874	210 775	3 685	4 652	2 763
Westerwaldkreis	8 554	243 727	63 637	1 699 008	26 923	25 217	14 798
RB Koblenz	190 782	1 878 975	671 878	13 975 431	332 787	284 137	151 494
Kreisfreie Stadt Trier	2 154	142 438	87 110	919 764	26 088	31 693	13 525
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	72 373	148 003	43 820	887 859	17 327	15 812	8 737
Bitburg-Prüm	24 210	103 151	32 836	670 685	12 433	12 078	4 988
Daun	12 650	79 169	23 518	507 542	8 649	8 604	4 965
Trier-Saarburg	41 062	123 212	47 355	1 125 800	12 523	13 373	7 452
RB Trier	152 449	595 973	234 640	4 111 650	77 020	81 561	39 667
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	4 538	42 880	25 196	593 763	11 752	9 918	6 935
Kaiserslautern	798	115 242	68 437	1 115 132	24 324	34 266	15 501
Landau i. d. Pfalz	13 219	60 831	33 559	403 866	15 806	11 509	5 779
Ludwigshafen a. Rhein	6 156	121 416	60 033	2 050 186	41 168	35 758	34 269
Mainz	8 636	207 648	155 064	2 311 998	61 038	53 522	30 226
Neustadt a. d. Weinstr.	14 211	72 807	41 918	565 766	23 195	14 972	10 132
Pirmasens	970	93 811	31 576	495 267	22 118	11 749	7 092
Speyer	1 154	52 283	30 511	525 375	11 082	11 445	7 472
Worms	13 713	96 899	45 009	809 475	26 110	20 093	10 039
Zweibrücken	2 399	38 018	22 359	356 506	8 550	7 151	5 154
Landkreise							
Alzey-Worms	100 704	106 880	38 115	1 011 119	18 769	14 685	8 812
Bad Dürkheim	66 709	157 798	69 162	1 412 445	34 595	25 785	15 842
Donnersbergkreis	22 911	80 898	22 844	689 281	9 756	7 950	6 200
Germersheim	20 488	103 553	39 434	1 227 091	14 302	13 332	7 372
Kaiserslautern	10 225	95 666	34 606	1 054 641	11 572	23 284	9 582
Kusel	9 885	73 331	22 368	760 512	8 470	8 546	6 217
Südliche Weinstraße	84 082	128 594	42 948	973 067	21 579	16 740	10 503
Ludwigshafen	24 623	135 609	64 405	1 732 776	24 532	24 527	16 236
Mainz-Bingen	70 930	360 047	86 078	1 989 463	37 505	35 065	17 462
Bingen am Rhein, St	2 627	57 880	16 552	277 540	12 159	6 824	3 500
Ingelheim am Rhein, St	5 668	180 603	10 141	290 875	4 774	4 704	2 965
Pirmasens	10 608	135 224	31 210	982 753	18 138	12 594	7 581
RB Rheinhessen-Pfalz	486 959	2 279 435	964 833	21 060 484	444 363	392 892	238 408
Rheinland-Pfalz	830 190	4 754 384	1 871 351	39 147 565	854 170	758 589	429 569
Kreisfreie Städte	71 698	1 190 403	693 687	11 494 841	308 992	281 714	164 473
Landkreise	758 492	3 563 981	1 177 664	27 652 724	545 178	476 875	265 096

Gemeinden nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen und nach Größenklassen 1983

Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen	Ge- mein- den ins- gesamt	Gemeinden mit ... Einwohnern			
		unter 300	300 — 500	500 — 1000	1000 und mehr
Anzahl der Gemeinden					
unter 30000 DM	997	484	246	198	69
30000 – 35000 "	860	152	178	271	259
35000 und mehr "	445	45	34	80	286
I n s g e s a m t	2 302	681	458	549	614
Anteil in %					
unter 30000 DM	·	21,0	10,7	8,6	3,0
30000 – 35000 "	·	6,6	7,7	11,8	11,3
35000 und mehr "	·	2,0	1,5	3,5	12,4

Gemeindegröße und Einkommensniveau bleibt. Als Beispiel soll der unterschiedliche Besatz mit landwirtschaftlichen Betrieben einerseits und Gewerbebetrieben andererseits in die Analyse einbezogen werden, da sich die Einkommenssituation in der Landwirtschaft erheblich von der in anderen Wirtschaftsbereichen

unterscheidet. Es zeigt sich, daß landwirtschaftliche Betriebe vornehmlich in kleineren Gemeinden zu finden sind, während Gewerbebetriebe sich auf die größeren Orte ab 1000 Einwohner konzentrieren. Gamma, als Maß für den Zusammenhang zwischen Einkommensniveau und Gemeindegröße, nimmt in diesen Fällen niedrigere Werte an. Das bedeutet, daß ein Teil der Einkommensunterschiede auf die landwirtschaftliche bzw. gewerbliche Prägung der Gemeinden zurückzuführen ist. Es bleiben jedoch noch weitere einkommensrelevante Strukturunterschiede zwischen den Gemeinden der verschiedenen Einwohnergrößenklasse bestehen. Es müßte beispielsweise die nicht homogen zusammengesetzte Gruppe der Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer quantitativ herausragenden Bedeutung mit ihren Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit das Einkommensniveau der Gemeinden beeinflussen, in die Betrachtung einbezogen werden. Für eine Differenzierung der Arbeitnehmer nach einkommensrelevanten Merkmalen wird auf das durch die Volkszählung 1987 bereitzustellende Datenmaterial zurückgegriffen werden müssen.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Personenbeförderung im Straßenverkehr

Personalbestand unverändert

Zum Stichtag der Unternehmenserhebung, dem 30. September 1986, waren in Rheinland-Pfalz 508 Per-

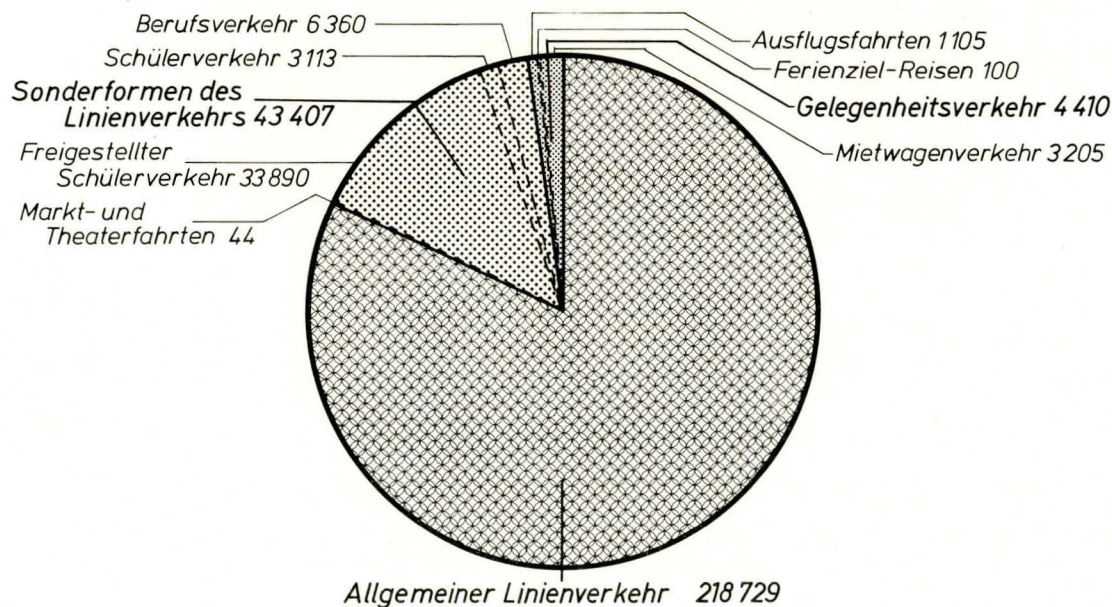
sonenbeförderungsunternehmen meldepflichtig. Das sind zehn weniger als im Vorjahr und 76 weniger als 1980. Bei 444 Unternehmen lag der Schwerpunkt der Tätigkeit im Straßenpersonenverkehr und bei 29 Unter-

Straßenverkehrsunternehmen¹⁾ und deren Beschäftigte am 30. September 1980, 1985 und 1986

	Insgesamt	Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt					
		Straßenpersonenverkehr		Übriger Verkehrsbereich		sonstige Wirtschaftsbereiche	
		zusammen	kombiniert mit anderen Tätigkeiten	zusammen	Deutsche Bundesbahn ²⁾	zusammen	Energie- wirtschaft
1980							
Unternehmen	575	494	85	12	1	69	10
Beschäftigte	7 138	4 341	1 085	972	915	1 825	1 668
Fahrer und Schaffner	5 154	3 282	827	700	660	1 172	1 036
Sonstiges Personal	273	132	17	35	33	106	101
Technisches Personal	893	332	59	120	118	441	435
Verwaltungspersonal	818	595	182	117	104	106	96
1985							
Unternehmen	518	450	110	32	1	36	11
Beschäftigte	7 388	4 165	1 112	1 366	1 308	1 857	1 720
Fahrer und Schaffner	5 149	3 036	825	970	924	1 143	1 035
Sonstiges Personal	396	133	25	144	143	119	114
Technisches Personal	969	344	87	159	157	466	458
Verwaltungspersonal	874	652	175	93	84	129	113
1986							
Unternehmen	508	444	108	29	1	35	11
Beschäftigte	7 127	3 885	1 090	1 335	1 284	1 907	1 774
Fahrer und Schaffner	4 852	2 742	812	942	900	1 168	1 066
Sonstiges Personal	432	160	25	144	143	128	121
Technisches Personal	956	325	81	157	155	474	466
Verwaltungspersonal	887	658	172	92	86	137	121

1) Ohne Unternehmen, die nur Straßenpersonenverkehr mit Personenkraftwagen bis zu acht Fahrgastplätzen durchführen. – 2) Rheinland-pfälzischer Unternehmens-teil.

Beförderte Personen (in 1000)



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

nehmen im übrigen Verkehrsbereich, teils in der Güterbeförderung oder in der Reisevermittlung. In 35 Fällen war die Personenbeförderung nur ein Betriebszweig mit untergeordneter Bedeutung. Gegenüber 1985 blieb diese Struktur unverändert.

Die Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs beschäftigten am 30. September 1986 insgesamt 7 127 Personen, davon über zwei Drittel (4 852) als Fahrer und Schaffner. Zur Pflege und Wartung der Fahrzeuge und Verkehrsmittel sowie der Gleisanlagen waren 956 Mitarbeiter eingesetzt. In der Verwaltung waren 887 Personen tätig, als Kontrolleure, Fahrdienstleiter oder im Schalter- und Auskunftsdienst 432. Die Gesamtzahl der Beschäftigten blieb seit 1980 nahezu unverändert. Während in den Unternehmensbereichen Verwaltung und Instandhaltung 8,4 % bzw. 7,1 % mehr Personal als vor sechs Jahren tätig war, nahm die Zahl der Fahrer und Schaffner um 5,9 % ab. Die zunehmende Installation von Fahrkartenautomaten verdrängt auf vielen Strecken den Einsatz von Schaffnern.

Mehr als 4 900 Kraftomnibusse

Im September 1986 verfügten die rheinland-pfälzischen Personenbeförderungsunternehmen über 101 Straßenbahnfahrzeuge. Diese Größe blieb in den vergangenen sechs Jahren nahezu konstant.

Die Anzahl der fahrdrahtgebundenen Omnibusse (Obusse) hat sich seit 1980 – damals lag ihr Bestand noch bei 17 Fahrzeugen – stetig verringert. Nachdem die städtischen Verkehrsbetriebe Kaiserslautern Ende 1985 die letzten Obusse außer Dienst stellten, gibt es in Rheinland-Pfalz keine Verkehrsbedienungen mehr mit Oberleitungsbussen.

Der Bestand an Kraftomnibussen erreichte 1986 einen neuen Höchststand. Mit 4 917 Bussen wurde das Ergebnis des Vorjahres um 1 %, das des Jahres 1980 gar um 5,7 % übertroffen. Neben 4 623 Fahrzeugen konventioneller Bauart, waren 255 Gelenkwagen und 39 Eineinhalb- und Doppeldecker im Einsatz. Während 92 % der Gelenkbusse zum Fuhrpark der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, der Deutschen Bundesbahn und der nichtbundeseigenen Eisenbahnen zählten, gehörten alle mehrstöckigen und die Hälfte der konventionellen Kraftomnibusse den Privatunternehmen.

Die Straßenbahnwagen verfügten im Durchschnitt über 118 Steh- und 51 Sitzplätze, die Kraftomnibusse normaler Bauart über 30 Steh- und 45 Sitzplätze, die Gelenkfahrzeuge über 83 Steh- und 62 Sitzgelegenheiten. Die Eineinhalb- und Doppeldecker, die meist als luxuriös ausgestattete Reisebusse eingesetzt wurden, bieten durchschnittlich 72 Passagieren Sitzgelegenheit.

Der allgemeine Linienverkehr

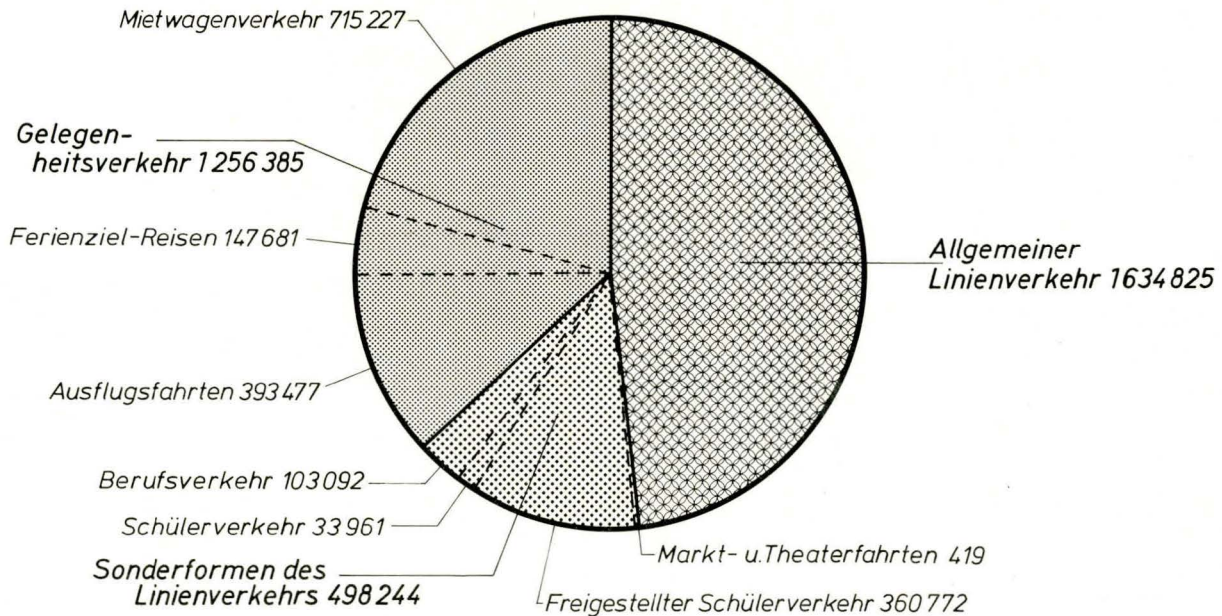
Von den 152 Personenbeförderungsunternehmen in Rheinland-Pfalz, die aufgrund ihrer Betriebsgröße von sechs und mehr Bussen zur vierteljährlichen Verkehrstatistik meldepflichtig waren, wurden im vergangenen Jahr knapp 219 Millionen Personen im allgemeinen Linienverkehr befördert, das sind 82 % aller Beförderungsfälle im Straßenverkehr. Die Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen betrugen rund 234 Millionen DM und hatten einen Anteil von 71 % an den Gesamteinnahmen der Personenbeförderung. Die Abgeltungszahlungen für die erbrachten Leistungen im freigestellten Schülerverkehr sind hier nicht enthalten.

Personenbeförderung im Straßenverkehr ¹⁾ nach Verkehrsformen 1985 und 1986

Verkehrsform	Insgesamt			Kommunale und gemischt- wirtschaft- liche Unternehmen	Nicht- bundes- eigene Eisenbahnen	Private Unternehmen	Deutsche Bundesbahn
	1985	1986	Ver- änderung in %	1986			
Beförderte Personen (1 000)							
Allgemeiner Linienverkehr	219 575	218 729	- 0,4	121 673	6 049	10 468	80 539
Sonderformen des Linienverkehrs	47 738	43 407	- 9,1	1 218	900	20 620	20 669
Berufsverkehr	6 372	6 360	- 0,2	84	165	3 279	2 832
Schülerverkehr (§ 43 PBefG)	3 442	3 113	- 9,6	267	143	1 489	1 214
Freigestellter Schülerverkehr	37 882	33 890	- 10,5	867	592	15 808	16 623
Markt- und Theaterfahrten	42	44	4,8	-	-	44	-
Gelegenheitsverkehr	4 506	4 410	- 2,1	336	107	3 697	270
Ausflugsfahrten	1 018	1 105	8,5	0	8	1 090	7
Ferienziel-Reisen	101	100	- 1,0	-	-	100	-
Mietwagenverkehr	3 387	3 205	- 5,4	336	99	2 507	263
Insgesamt	271 819	266 546	- 1,9	123 227	7 056	34 785	101 478
Wagen-Kilometer (1 000)							
Allgemeiner Linienverkehr	96 607	96 333	- 0,3	29 269	3 264	6 432	57 368
Sonderformen des Linienverkehrs	29 692	28 726	- 3,3	346	572	19 417	8 391
Berufsverkehr	7 447	7 402	- 0,6	30	153	5 165	2 054
Schülerverkehr (§ 43 PBefG)	2 135	2 284	7,0	48	77	1 631	528
Freigestellter Schülerverkehr	20 063	18 992	- 5,3	268	342	12 573	5 809
Markt- und Theaterfahrten	47	48	2,1	-	-	48	-
Gelegenheitsverkehr	37 094	35 609	- 4,0	196	301	34 443	669
Ausflugsfahrten	11 371	10 506	- 7,6	2	66	10 263	175
Ferienziel-Reisen	3 432	3 727	8,6	-	-	3 727	-
Mietwagenverkehr	22 291	21 376	- 4,1	194	235	20 453	494
Insgesamt	163 393	160 668	- 1,7	29 811	4 137	60 292	66 428
Personen-Kilometer (1 000)							
Allgemeiner Linienverkehr	1 760 717	1 634 825	- 7,2	620 256	69 127	92 640	852 802
Sonderformen des Linienverkehrs	559 514	498 244	- 11,0	11 282	8 030	260 555	218 377
Berufsverkehr	109 915	103 092	- 6,2	624	2 528	65 359	34 581
Schülerverkehr (§ 43 PBefG)	39 892	33 961	- 14,9	2 822	1 120	15 018	15 001
Freigestellter Schülerverkehr	409 283	360 772	- 11,9	7 836	4 382	179 759	168 795
Markt- und Theaterfahrten	424	419	- 1,2	-	-	419	-
Gelegenheitsverkehr	1 270 709	1 256 385	- 1,1	7 612	14 904	1 201 259	32 610
Ausflugsfahrten	414 482	393 477	- 5,1	71	1 877	383 216	8 313
Ferienziel-Reisen	117 149	147 681	26,1	-	-	147 681	-
Mietwagenverkehr	739 078	715 227	- 3,2	7 541	13 027	670 362	24 297
Insgesamt	3 590 940	3 389 454	- 5,6	639 150	92 061	1 554 454	1 103 789
Einnahmen ²⁾ (1 000 DM)							
Allgemeiner Linienverkehr	244 426	233 941	- 4,3	95 687	6 731	11 816	119 707
Sonderformen des Linienverkehrs	19 407	20 477	5,5	429	477	13 794	5 777
Berufsverkehr	13 904	13 885	- 0,1	167	306	9 099	4 313
Schülerverkehr (§ 43 PBefG)	5 417	6 506	20,1	262	171	4 609	1 464
Markt- und Theaterfahrten	86	86	-	-	-	86	-
Gelegenheitsverkehr	75 297	75 418	0,2	592	618	72 346	1 862
Ausflugsfahrten	22 679	22 001	- 3,0	6	121	21 324	550
Ferienziel-Reisen	8 111	9 626	18,7	-	-	9 626	-
Mietwagenverkehr	44 507	43 791	- 1,6	586	497	41 396	1 312
Insgesamt	339 129	329 836	- 2,7	96 708	7 826	97 956	127 346

1) Nur Leistungen der Unternehmen, die Straßenpersonenverkehr mit Straßenbahnen und Obussen betreiben oder über sechs und mehr Kraftomnibusse verfügen. -
2) Ohne Freigestellter Schülerverkehr.

Personenkilometer (in 1000)



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Gegenüber 1985 entwickelten sich sowohl die Verkehrs- und Betriebsleistungen als auch die Einnahmen beim allgemeinen Linienverkehr rückläufig. Während die Anzahl der beförderten Personen um 0,4 % und die der Wagen-Kilometer um 0,3 % auf 96 Millionen Kilometer nur leicht zurückgingen, zeigten sich bei der Zahl der Personen-Kilometer (1,6 Mrd.) und der Höhe der Einnahmen deutliche Einbußen von - 7,2 % und - 4,3 %. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Rückgang der mittleren Fahrstrecke pro Fahrgast zurückzuführen, die sich binnen Jahresfrist von 8 km auf 7,5 km (- 6,3 %) reduzierte.

Der allgemeine Linienverkehr wird zum weitaus größten Teil von den kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50 % beteiligt ist, sowie von der Deutschen Bundesbahn betrieben. Von den 219 Millionen Fahrgästen im Jahre 1986 beförderten die kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen Betriebe 122 (56 %) und die Bundesbahn 81 Millionen (37 %). Da die Bundesbahn mit ihren Bussen auch die ländlichen Regionen bedient, in denen weitere Strecken zurückzulegen sind, während die kommunalen Verkehrsbetriebe in der Regel im innerstädtischen Verkehr tätig sind, liegt die Zahl der von den Bussen der Bundesbahn zurückgelegten Wagen-Kilometer mit 57 Millionen Kilometer fast doppelt so hoch wie die der kommunalen Unternehmen (29 Millionen Kilometer).

Auch bei der Verkehrsleistung wird dieser Unterschied sichtbar. Mit 853 Millionen Personen-Kilometern erbrachte die Bahn mehr als die Hälfte der Gesamtleistung von 1,6 Milliarden Kilometern. Die kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe hatten einen Anteil von 620 Millionen Kilometer (38 %), die privaten Unternehmen von 93 Millionen Kilometer (6 %), auf die

nichtbundeseigenen Eisenbahnen entfielen 69 Millionen Kilometer (4 %). Ähnliche Relationen spiegeln sich auch bei der Verteilung der Einnahmen wider, von denen 51 % an die Bundesbahn, 41 % an die kommunalen und 5 % bzw. 3 % an private Unternehmen und nichtbundeseigene Eisenbahnen flossen.

Sonderformen des Linienverkehrs

Zu den Sonderformen des Linienverkehrs rechnen die Beförderung Berufstätiger zum Arbeitsplatz, der Transport von Schülern und die Fahrten zum Besuch von Märkten oder Theaterveranstaltungen, soweit diese Fahrten unter Ausschluß anderer Fahrgäste durchgeführt werden.

Von den 152 rheinland-pfälzischen Unternehmen mit Straßenbahnen, Obussen oder mindestens sechs Kraftomnibussen wurden im Jahr 1986 rund 9,5 Millionen Personen im Berufs- und Schülerverkehr kostenpflichtig befördert und dabei Einnahmen in Höhe von 20,3 Mill. DM erzielt. Die weitaus größte Zahl der Beförderungsfälle entfiel jedoch mit 33,9 Millionen auf den freigestellten Schülerverkehr. Für diese Verkehrsleistung erhielten die jeweiligen Unternehmen Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand.

Eine untergeordnete Bedeutung kommt den Markt- und Theaterfahrten zu. Bei 44 000 zahlenden Fahrtteilnehmern wurden 86 000 DM vereinnahmt.

Die mittlere Reiseweite der beförderten Personen lag bei allen Sonderformen des Linienverkehrs bei 11,5 km. Nur im Berufsverkehr war die pro Fahrgast zurückgelegte Strecke mit 16,2 km deutlich höher. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die durchschnittliche Reiseweite

Fahrzeugbestand für die Personenbeförderung im Straßenverkehr am 30. September 1986

Art der Fahrzeuge	Fahrzeug- bestand	Beförderungskapazität					
		insgesamt	je Fahrzeug	feste Sitzplätze		Stehplätze	
				insgesamt	je Fahrzeug	insgesamt	je Fahrzeug
	Anzahl	Personen		Anzahl			
Insgesamt							
Straßenbahnen	102	17 229	169	5 181	51	12 048	118
Triebwagen	2	175	88	56	28	119	60
Gelenktriebwagen	92	15 742	171	4 597	50	11 145	121
Gelenkbeiwagen	8	1 312	164	528	66	784	98
Kraftomnibusse	4 917	385 917	78	226 422	46	159 495	32
normaler Bauart	4 623	346 239	75	207 939	45	138 300	30
Gelenkwagen	255	36 871	145	15 690	62	21 181	83
Ein- und Doppeldecker	39	2 807	72	2 793	72	14	0
Kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen							
Straßenbahnen	102	17 229	169	5 181	51	12 048	118
Triebwagen	2	175	88	56	28	119	60
Gelenktriebwagen	92	15 742	171	4 597	50	11 145	121
Gelenkbeiwagen	8	1 312	164	528	66	784	98
Kraftomnibusse	670	72 354	108	30 129	45	42 225	63
normaler Bauart	473	44 839	95	18 740	40	26 099	55
Gelenkwagen	197	27 515	140	11 389	58	16 126	82
Nichtbundeseigene Eisenbahnen							
Kraftomnibusse	137	14 384	105	7 663	56	6 721	49
normaler Bauart	113	10 385	92	5 725	51	4 660	41
Gelenkwagen	24	3 999	167	1 938	81	2 061	86
Private Unternehmen							
Kraftomnibusse	2 461	150 308	61	107 491	44	42 817	17
normaler Bauart	2 402	144 380	60	103 323	43	41 057	17
Gelenkwagen	20	3 121	156	1 375	69	1 746	87
Ein- und Doppeldecker	39	2 807	72	2 793	72	14	0
Deutsche Bundesbahn							
Kraftomnibusse	1 649	148 871	90	81 139	49	67 732	41
normaler Bauart	1 635	146 635	90	80 151	49	66 484	41
Gelenkwagen	14	2 236	160	988	71	1 248	89

bei allen vier Sonderformen rückläufig entwickelt. Damit setzt sich eine seit Jahren zu beobachtende Entwicklung fort. Gegenüber 1980 nahm die im Durchschnitt zurückgelegte Entfernung pro Fahrgast im Berufsverkehr von 22,6 auf 16,2 km, im Schülerverkehr von 13,6 auf 10,9 km, im freigestellten Schülerverkehr von 13,5 auf 10,6 km und bei den Markt- und Theaterfahrten von 15,9 auf 9,5 km ab.

Der Gelegenheitsverkehr

Zum Gelegenheitsverkehr zählen Ausflugsfahrten, Ferienziel-Reisen und der Mietomnibusverkehr. Bei Ausflugs- und Ferienfahrten wird eine vom Busunternehmer zusammengestellte Leistung den Fahrtteilnehmern angeboten, wobei das Angebot bei den Ferienziel-Reisen auch die Unterkunft und teilweise die Verpflegung beinhaltet. Beim Mietomnibusverkehr werden Ziel, Ablauf und teilnehmender Personenkreis vom Mieter bestimmt.

Nach der Zahl der beförderten Personen entwickelten sich die Verkehrsleistungen im Ferienziel- und Mietwagenverkehr rückläufig (– 1 % bzw. – 5,4 %), während im

Ausflugsverkehr 8,5 % mehr Fahrgäste befördert wurden. Allerdings ging bei den Ausflugsfahrten die durchschnittliche Reiseweite gegenüber dem Vorjahr von 407 auf 356 km je Fahrgast zurück, was zu einem Einnahmenverlust von 3 % auf 22 Mill. DM führte. Bei den Einnahmen aus dem Mietomnibusverkehr wurde das um 5,4 % verminderte Fahrgastaufkommen durch eine um 2,3 % höhere Reiseweite ausgeglichen. Gut 3,2 Millionen Personen sorgten bei einem durchschnittlichen Fahrpreis von 13,66 DM für Einnahmen in Höhe von 43,8 Mill. DM (– 1,6 %).

Deutliche Einnahmen-Zuwächse um 18,7 % gab es dagegen bei den Ferienziel-Reisen. Während die Anzahl der Reisenden gegenüber 1985 nahezu unverändert blieb (– 1 %), lag deren Reiseziel meist deutlich ferner. Die mittlere Entfernung zum Urlaubsort betrug 1 477 Kilometer (1985: 1 160 Kilometer).

Diese Entwicklung zeigt, daß die Ferienreise mit dem Bus, insbesondere zu weiter entfernten Urlaubszielen, für viele zu einer Alternative geworden ist, denen das Flugzeug oder die Bahn zu teuer und die Fahrt mit dem eigenen PKW zu anstrengend und risikoreich ist. Hinzu

kommt die exclusive Ausstattung der Fernreisebusse, bei denen WC, Waschraum, Klimaanlage, Bordküche und Videounterhaltung meist zum Standard zählen.

Die im Ferienziel-Reiseverkehr erzielten Einnahmen stiegen binnen Jahresfrist von 8,1 auf 9,6 Mill. DM, wobei in diesen Beträgen nur die Beförderungskosten enthal-

ten sind, nicht jedoch die Preise für Unterkunft und Verpflegung.

Die Fahrten im Gelegenheitsverkehr wurden in den weitaus häufigsten Fällen von privaten Unternehmen durchgeführt, die Ferienreisen ausschließlich.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Joachim Günther

Datensicherungssoftware im Statistischen Landesamt

Vorbemerkungen

Grundlagen des Datenschutzes sind zum einen besondere Rechtsvorschriften für abgegrenzte Bereiche in der öffentlichen Verwaltung, zum anderen das Landesgesetz zum Schutze des Bürgers bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (Landesdatenschutzgesetz – LDatG–) und das Bundesdatenschutzgesetz (BStatG).

Besondere Regelungen, die den allgemeinen Bestimmungen der Länder (LDatG) und des Bundes (BStatG) vorgehen, bestehen insbesondere in der amtlichen Statistik. Von zentraler Bedeutung sind dabei das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) und das Landesstatistikgesetz (LStatG). Weitere wichtige Gesetze, die besondere Regelungen für abgegrenzte Bereiche treffen, sind z. B. das Volkszählungs- und das Mikrozensusgesetz.

Das Landesdatenschutzgesetz dient als Auffanggesetz für die Bereiche ohne eigene gesetzliche Regelung und befasst sich mit der Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen des Landes in automatisierten Verfahren oder in manuellen Übermittlungsdateien.

Gemäß § 9 Abs. 1, LDatG (Technische und organisatorische Maßnahmen), haben die datenverarbeitenden Stellen und deren Auftragnehmer die technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich und angemessen sind, um die Ausführungen und Bestimmungen dieses Gesetzes zu gewährleisten. Zur näheren Bestimmung der durchzuführenden Maßnahmen sind dazu eine Landesverordnung über technische und organisatorische Datenschutzanforderungen nach § 9 des LDatG und eine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Landesdatenschutzgesetzes ergangen. In der Landesverordnung werden die notwendigen Vorkehrungen genannt, die je nach Art der zu schützenden personenbezogenen Daten geeignet sind, den Erfordernissen des Landesdatenschutzgesetzes gerecht zu werden und die bei der speichernden oder verarbeitenden Stelle in entsprechende Maßnahmen umzusetzen sind.

Neben einigen primär durch organisatorische und bauliche Maßnahmen umzusetzenden Anforderungen kann eine Vielzahl von Kontrollen durch den Einsatz softwaretechnischer Hilfsmittel auf dem Rechnersystem automatisiert werden. Zu diesen weitestgehend automatisch durchführbaren Maßnahmen gehören insbesondere die Benutzer-, Speicher- und Zugriffskontrolle.

Durch die Benutzerkontrolle ist die Benutzung von Datenverarbeitungssystemen, aus denen oder in die personenbezogene Daten durch selbsttätige Einrichtungen übermittelt werden, durch unbefugte Personen zu verhindern.

Die Speicherkontrolle hat die unbefugte Eingabe in den Speicher sowie die unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten zu verhindern.

Eine Zugriffskontrolle hat zu gewährleisten, daß die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten durch selbsttätige Einrichtungen ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden personenbezogenen Daten zugreifen können.

Im folgenden wird auf die im Statistischen Landesamt eingesetzte Sicherungssoftware zur Benutzer-, Zugriffs- und Speicherkontrolle eingegangen.

Forderungen an eine Sicherungssoftware

Um den oben genannten Anforderungen bezüglich der Benutzer-, Speicher- und Zugriffskontrolle gerecht zu werden, muß die eingesetzte Sicherungssoftware die verschiedensten Kriterien erfüllen. Die wichtigsten sind:

1. An der Schnittstelle „Benutzer – Computer“ (z. B. in Form eines Bildschirmterminals) muß geprüft werden, ob der Benutzer tatsächlich berechtigt ist, in dem DV-System zu arbeiten (Benutzerkontrolle).
2. Vor jedem Zugriff auf eine Datei oder der Ausführung eines Programms muß geprüft werden, ob der Benutzer eine entsprechende Berechtigung besitzt (Zugriffs- und Speicherkontrolle).
3. Eine Einschränkung der Zugriffsberechtigung für den einzelnen Benutzer, qualifizierbar nach Dateien, Zugriffsprofil und Zugriffsdauer muß möglich sein. Jeder Benutzer darf nur auf diejenigen Programm- und Datenbestände eine Zugriffsberechtigung besitzen, auf die der Zugriff für seine Aufgabenerfüllung erforderlich ist (Zugriffskontrolle).
4. Jeder Versuch,
 - ohne Berechtigung mit dem DV-System zu arbeiten,

- unberechtigt auf eine Datei zuzugreifen (d. h. Lesen, Schreiben, Ändern oder Löschen) oder
- unbefugt ein Programm aufrufen zu wollen
muß von der Sicherungssoftware abgewiesen und protokolliert werden. Im Zusammenspiel mit anderen Softwareprodukten, z. B. Bandarchivierungsverfahren, System- und Dienstprogrammen, darf nur ein **kontrollierter** Zugriff auf Daten und Programme möglich sein.

Weitere Forderungen, wie Freigabeverfahren für Programme, Anfertigung von Sicherungskopien und Regelungen zur Behandlung und Aufbewahrung von Datenträgern sind durch entsprechende interne Anweisungen und deren Überwachung zu erfüllen.

Die maschinelle Vorgangsprotokollierung und die Protokollierung der Wartungs-/Fernwartungsarbeiten wird durch eine Betriebssystemkomponente automatisch ausgeführt. Sämtliche Systemaktivitäten sind in diesen Protokollen, die 10 Jahre aufbewahrt werden, aufgezeichnet.

Eingesetzte Sicherungssoftware

Im Statistischen Landesamt ist die Sicherungssoftware AFC2 (Access Control Facility) im Einsatz. Diese Software übernimmt für das Zentralrechnersystem

- die Benutzerkontrolle, wenn ein Benutzer über das Programmentwicklungswerkzeug TSO (Time Sharing Option) mit dem Zentralrechner kommunizieren will,
- die Benutzerkontrolle bei der Datenfernübertragung,
- die Zugriffs- und Speicherkontrolle im TSO-Foreground- und im Batch-Betrieb.

Zugriffs- und Speicherkontrolle werden dabei für sämtliche Dateien und Programme durchgeführt, die auf Magnetplatte oder -band gespeichert sind. Jeder unbefugte Zugriffsversuch wird von der Sicherungssoftware abgewiesen und protokolliert. Dieses Protokoll wird täglich ausgedruckt und überprüft.

Zugang zum DV-System und Benutzerkontrolle

Eine Kommunikation mit dem Zentralrechner des Statistischen Landesamtes ist grundsätzlich nur den befugten Mitarbeitern möglich. Externe Benutzer können ausnahmsweise für bestimmte Anwendungen innerhalb des IMS¹⁾ (Datenbankgeschäft) autorisiert werden. Für festgelegte Benutzer besteht weiterhin die Möglichkeit, Datenfernübertragung mit Hilfe des Zentralrechners durchzuführen.

Um zu gewährleisten, daß keine nichtautorisierte Person über die Anwendung TSO ins DV-System gelangt und mit dem Rechner arbeitet, muß sich jeder Benutzer beim Betreten der Anwendung TSO anhand seiner

Benutzerkennung und einem zugehörigen Passwort gegenüber AFC2 ausweisen.

Für jeden autorisierten Benutzer ist dazu vom System-Administrator ein sog. LOGON-ID-RECORD in der Datenbank der Sicherungssoftware angelegt worden. In diesem LOGON-ID-RECORD ist für den Benutzer (User-ID) ein Berechtigungsprofil abgelegt, das Identität, Rechte, Spezifikationen und Benutzer-Statistiken für ihn ausweist.

Das Passwort der Benutzerkennung wird in ein am Bildschirm ausgeblendetes Feld eingegeben. Nach Überprüfung der Benutzerkennung und des zugehörigen Passwortes durch die Sicherungssoftware AFC2 wird entweder

- dem Benutzer das Arbeiten mit dem DV-System erlaubt und er in das Eingangspanel des ISPF/PDF (Programmierungsumgebung unter TSO) geführt

oder

- der Zugriff auf das System abgewiesen, eine entsprechende Meldung auf dem Bildschirm und den Systemkonsolen ausgegeben und in einem Logbuch protokolliert.

Das Passwort muß vom Benutzer bei erstmaliger Benutzung der Anwendung TSO mit seiner Benutzerkennung vergeben werden. Es wird von AFC2 Einweg-verschlüsselt (d. h. es ist nicht reversibel) und in einer Datenbank abgelegt. Ein unverschlüsseltes Passwort wird weder auf einem Speichermedium abgelegt, auf einem Ausdruck gelistet noch über eine Leitung geschickt oder gar am Bildschirm angezeigt.

Da sowohl die Eingabe einer gültigen Benutzerkennung als auch die des dazugehörigen Passwortes Voraussetzungen dafür sind, um ins DV-System zu gelangen, kann allein durch die Kenntnis einer gültigen Benutzerkennung oder eines Passwortes das DV-System nicht betreten werden. Nach mehrmaliger Eingabe eines nicht zutreffenden Passwortes wird die betroffene Benutzerkennung von AFC2 automatisch gesperrt.

Ein regelmäßiger Wechsel des Passwortes wird von AFC2 erzwungen, selbständiger Wechsel des eigenen Passwortes ist für den Benutzer jederzeit möglich.

Die Benutzerkontrolle für die Anwendung IMS wird durch die sog. IMS-Terminal-Security geregelt. Dabei werden zum einen die Bildschirmterminals festgelegt, von denen aus mit der Anwendung IMS gearbeitet werden kann, zum anderen wird für jeden autorisierten Bildschirm festgelegt,

- welche Programme aufgerufen werden dürfen,
- auf welche Datenbanken zugegriffen werden darf,
- welche IMS-Befehle abgesetzt werden dürfen.

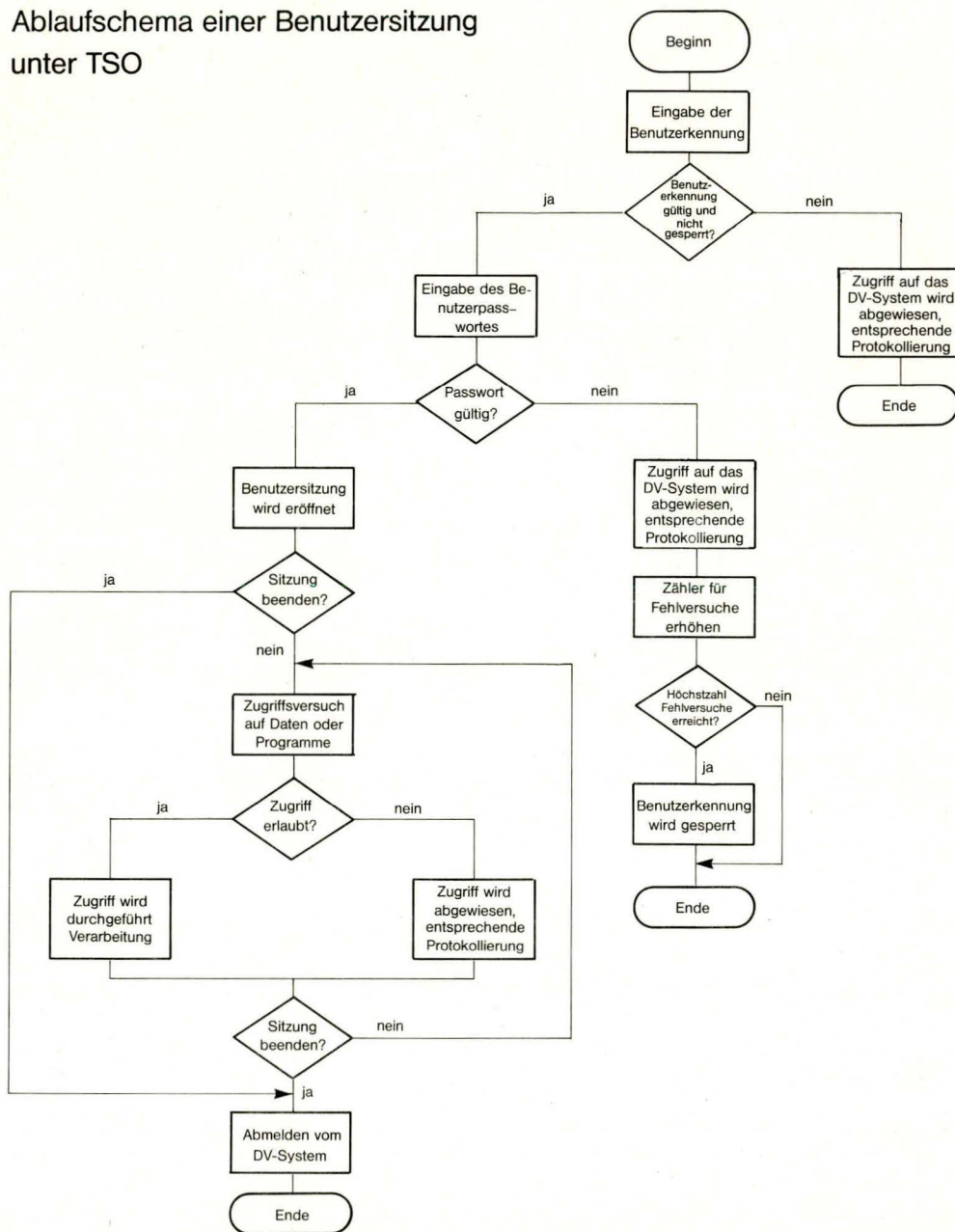
In den Programmen selbst müssen sich die Benutzer durch die Angabe von Passwörtern identifizieren.

Diese Sicherungs-Software ist Bestandteil des Datenbank-/Datenkommunikationssystems IMS.

Die Benutzerkontrolle bei der Datenfernübertragung geschieht zum einen durch AFC2 (Benutzerkennung +

1) IMS = Information Management System.

Ablaufschema einer Benutzersitzung unter TSO



zugehöriges Passwort), zum anderen wird eine Identifikation des angeschlossenen Benutzerterminals durch die zur Überwachung des Leitungsnetzes eingesetzte Software durchgeführt.

Speicher- und Zugriffskontrolle

Die Sicherheitsphilosophie des AFC2 ist restriktiv effizient:

Alle Dateien sind zunächst einmal **standardmäßig** durch AFC2 geschützt.

Sämtliche Dateien sind **automatisch** vor jedem Zugriff geschützt, der nicht vom „Besitzer“ der Datei selbst durchgeführt wird oder auf die der Zugriff für andere Benutzer ausdrücklich zugelassen ist.

Diese Sicherheitsphilosophie gewährleistet, daß keine Sondermaßnahmen getroffen werden müssen,

um neu angelegte Dateien vor unberechtigten Zugriffen zu schützen.

Um neben dem „Besitzer“ der Datei weitere Benutzer zuzulassen, muß von der für den Einsatz von AFC2 verantwortlichen Stelle eine entsprechende Zugriffsregel eingerichtet und in einer Datenbank des AFC2 abgelegt worden sein.

Die Zugriffsberechtigung gilt entweder für voll qualifizierte Dateinamen oder für sog. Dateipräfixe (erste Indexstufen eines Dateinamens) und kann wie folgt eingeschränkt oder zugelassen werden:

- EXEC Ausführen dieses Programmes verboten/erlaubt
- READ Lesen der Datei bzw. Ausführen des Programms verboten/erlaubt
- WRITE Verändern der Datei / des Programms verboten/erlaubt

- ALLOCATE Löschen, Anlegen und Umbenennen der Datei verboten/erlaubt

Der Kreis der Zugriffsberechtigten wird dabei adäquat festgelegt, z. B. auf einzelne Benutzerkennungen, Sachgebiete oder Referate.

Die folgende Zugriffsregel

\$KEY (BEISPIEL)

```
-          UID(ID12345) R(A) W(A) A(A) E(A)
-          UID(ID44445) R(P) W(P) A(P) E(A)
PROGRAMM  UID(ID333**) R(A) W(P) A(P) E(A)
```

würde bedeuten:

Die Benutzerkennung ID12345 darf auf Bibliotheken, die mit dem Präfix "BEISPIEL" beginnen, uneingeschränkt zugreifen.

Die Benutzerkennung ID4445K darf auf diese Bibliotheken nur ausführend zugreifen (d.h. Aufruf der Programme).

Weiterhin dürfen auf die Bibliothek "BEISPIEL. PROGRAMM" alle Benutzer lesend oder ausführend zugreifen, deren Benutzerkennungen mit der Zeichenfolge ID333 beginnen, z. B. ID33370, ID33391.

Vergabe und Änderungen von Zugriffsberechtigungen werden ausschließlich nach schriftlich begründeter und von den zuständigen Referatsleitern genehmigter Anforderung durchgeführt und entsprechend protokolliert.

Die Einrichtung und Verwaltung der Zugriffsregeln wird von einer dafür bestimmten Person durchgeführt (System-Administrator).

Bei jedem Dateizugriff wird eine entsprechende Zugriffsberechtigung abgefragt. Erlaubt eine in der

AFC2-Datenbank abgelegte Regel den Zugriff, wird dieser direkt durchgeführt. Versucht ein Benutzer unberechtigt auf eine Datei zuzugreifen, so erscheint die Meldung

AFC90913 - DATASET CANNOT BE OPENED;
AUTHORIZATION IS REQUIRED

sowohl am Bildschirm des Benutzers als auch an dem des Konsoloperators. Der Zugriffsversuch wird abgewiesen und in einem Logbuch protokolliert.

Erfahrungen mit der Sicherheitssoftware

Standardmäßiger Schutz aller Dateien, Überwachung und Protokollierung der Zugriffsversuche sowie Abweisung aller unberechtigten Zugriffsversuche gewährleisten den ausschließlich autorisierten Zugriff auf Daten und Programme. Nicht autorisierter Zugang zum DV-System oder unberechtigter Zugriff zu Daten und Programmen ist nicht möglich.

Dem hier angesprochenen Aspekt des Datenschutzes wird die eingesetzte Sicherungssoftware somit voll auf gerecht.

Die erstmalige Installation der Sicherungssoftware war mit softwaretechnischen Schwierigkeiten verbunden, die letztendlich zu einer Installationszeit von ca. 6 Wochen führten. Wegen der Vielzahl der einzurichtenden Regeln hatte auch die erstmalige Erstellung des Regelwerkes für die Benutzer-, Zugriffs- und Speicherkontrolle einen erheblichen Zeitaufwand zur Folge. Die Benutzeroberfläche der Sicherungssoftware ist sowohl aus Sicht der verwaltenden Stelle (Pflege und Überwachung des Regelwerks) als auch aus Sicht des einzelnen Benutzers als gut zu bezeichnen.

Diplom-Informatiker Joachim Rünz

Kosten- und Leistungsrechnung im Krankenhaus mit dem DV-Verfahren KOLK

Krankenhäuser sind verpflichtet, eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen. Die vom Verordnunggeber hiermit angestrebte Zielsetzung, ein innerbetriebliches Führungsinstrument zur Unterstützung der Leitung des Krankenhauses zu schaffen sowie die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Betriebsführung und der Erstellung des Kosten- und Leistungsnachweises nach der Bundespflegesatzverordnung (BpflV) zu ermöglichen (§ 8 Krankenhausbuchführungsverordnung-KHBV), stellt die Krankenhausleitung vor das Problem der Umsetzung dieser Forderungen in die Praxis.

Die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung kann dem Ziel einer sparsamen Wirtschaftsführung nur dann gerecht werden, wenn – auf Basis der kaufmännischen Buchführung und Bilanzierung – ein entsprechend aussagefähiges System aufgebaut wird, das der

Krankenhausleitung als Entscheidungs- und Kontrollinstrument aufzeigt, in welchen Bereichen Einsparungen erforderlich und möglich sind.

Unstrittig dürfte sein, daß bei dem ständig wachsenden Informationsbedarf und bei steigenden Anforderungen an die Aussagefähigkeit der Kosten- und Leistungsrechnung als einem Kernbaustein des betrieblichen Rechnungswesens der Einsatz von automatischer Datenverarbeitung zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Im folgenden soll gezeigt werden, welche Zwecke mit der Kosten- und Leistungsrechnung sowohl im Hinblick auf eine rationale Steuerung des Krankenhausbetriebes als auch auf die gesetzlichen Bestimmungen verfolgt werden und welche Möglichkeiten das im Rahmen eines kooperativen Bund-/Länderprojektes unter Federführung des Statistischen Landesamtes entwickelte

maschinelle Verfahren "Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern" (KOLK) hinsichtlich dieses Aufgabenspektrums bietet.

Aufgaben der Kosten- und Leistungsrechnung

Aufgabe der Kosten- und Leistungsrechnung ist die vollständige Erfassung und verursachungsgerechte Verrechnung aller im Betrieb anfallenden Kosten sowie die Gegenüberstellung von Kosten und Leistungen (Erlöse) zur Ermittlung des Betriebsergebnisses. Ausgangsbasis sind mengen- bzw. wertmäßige Verbrauchsvorgänge (Material-, Energieverbrauch, Arbeits-einsatz) und damit verbundene Leistungserstellungs- und Leistungsverwertungsprozesse.

Die Kosten- und Leistungsrechnung dient der Planung, Kontrolle und Steuerung des Betriebsgeschehens und stellt Informationen für die Bestimmung der Selbstkosten (Vor-/Nachkalkulation) zur Verfügung. Bezogen auf den Krankenhausbereich lassen sich neben der Informations- und Dokumentationsfunktion im wesentlichen folgende spezielle Aufgaben nennen:

- Kontrolle der Wirtschaftlichkeit
- Selbstkostenkalkulation
- Betriebsergebnisrechnung
- Gewinnung von Vergleichsdaten für Entscheidungsrechnungen

Mit dem Verfahren KOLK wird den Krankenhausverwaltungen ein Instrument an die Hand gegeben, mit dem das beschriebene Aufgabenspektrum mit vertretbarem Aufwand erfüllt werden kann.

Wirtschaftlichkeitskontrolle

In Abhängigkeit von der jeweiligen Aufgabenstellung der Kostenrechnung können mit dem Verfahren KOLK effektiv angefallene Kosten (Istkostenrechnung), statistische Mittelwerte aus den Istkosten des Vorjahres (Normalkostenrechnung) oder – anstelle dieser vergangenheitsorientierten Werte – zukunftsbezogene Größen (Plankostenrechnung) erfaßt und verrechnet werden.

Die Istkostenrechnung, die am Ende eines Abrechnungszeitraums durchgeführt wird, dient der Ermittlung des Betriebsergebnisses und der Selbstkosten (Nachkalkulation). Außerdem lassen sich durch die Gegenüberstellung von Istzahlen bestimmter Perioden mit den entsprechenden Zahlen der Vor- oder Vorjahresperioden Kostenänderungen feststellen. Vom Verfahren KOLK können die Abweichungen sowohl absolut als auch prozentual dargestellt werden. Eine weitere Kontrollmaßnahme ist der zwischenbetriebliche Vergleich auf interner (Vergleich von Stationen, Fachabteilungen) und externer Ebene (Vergleich von Krankenhäusern).

Die zahlenmäßige Überwachung der Wirtschaftlichkeit mittels Istgrößen hat jedoch Nachteile. Zum einen wird mit Vergangenheitswerten gerechnet, so daß die Gefahr besteht, daß Unwirtschaftlichkeiten der laufenden Periode mit denen aus Vorjahren verglichen werden. Andererseits erscheint auch ein zwischenbetriebli-

cher Vergleich nicht sinnvoll, da die Istgrößen wenig aussagefähigen Vergleichsmaßstäben gegenübergestellt werden.

Um die Schwankungen und Zufälligkeiten bei der Istkostenrechnung, die durch Veränderungen der Kosteneinflußgrößen, wie Mengen und Preise, erzeugt werden, auszuschalten, können für die Wirtschaftlichkeitskontrolle Normalkosten herangezogen und mit den entsprechenden Istwerten verglichen werden. Der Vorteil bei der Verwendung der Normalkosten liegt darin, daß durch den Ansatz von statistischen Mittelwerten der Vergangenheit eine weitgehende "Normalisierung" externer Kosteneinflüsse und eine Nivellierung von Verbrauchsschwankungen erreicht wird.

Die Normalkosten werden vom Verfahren KOLK maschinell ermittelt, indem die gesamten Istkosten des Vorjahres durch zwölf dividiert und anschließend mit der Anzahl der Monate der abzurechnenden Zeiträume des laufenden Jahres multipliziert werden. Durch den Vergleich Istkosten – Normalkosten werden wiederum die Abweichungen errechnet und absolut sowie prozentual ausgewiesen.

Der Mangel bei der Überwachung des wirtschaftlichen Verhaltens der Leistungsstellen mit Hilfe von Normalkosten liegt darin, daß auch hier mit Vergangenheitswerten gearbeitet wird.

Für eine wirksame Kostenkontrolle erscheint es daher zweckmäßig, den Istkosten möglichst wirklichkeitsnahe Zahlen gegenüberzustellen. Durch die Vorgabe von Plan- bzw. Sollgrößen für jede einzelne Kostenart innerhalb jeder Kostenstelle, die – ausgehend vom Leistungsumfang/-programm und von der Istbeschäftigung des Krankenhausbetriebes – auf sorgfältige und methodische Weise bestimmt werden müssen, wird die Plankostenrechnung zu einem wirksamen Instrument für die Kostenüberwachung und -kontrolle. Plankosten stellen gewissermaßen die Richtsätze dar, an denen die Istkosten gemessen werden – woraus sich wiederum kurzfristig mögliche Fehlentwicklungen ableiten lassen.

Das Verfahren KOLK unterstützt den Anwender bei der Ermittlung der Plankosten. Grundlage der maschinellen Berechnung der Plangrößen von Kostenarten und Kostenstellen sind die im Bereich der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung gespeicherten (Vergangenheits-)Werte und die vom Krankenhaus selbst festzulegenden Veränderungsgrößen (Parameter). Letztere können beispielsweise prozentuale Zu- oder Abschläge auf die Ist- oder Plankosten des laufenden Abrechnungsjahres einer Kostenart insgesamt – mit oder ohne Gewichtung nach Istkosten – sein.

Mit dem Verfahren KOLK ist dabei die Planung der Kosten nicht nur für das Folgejahr, sondern für das laufende Jahr und für einen variablen zukünftigen Zeitraum (ein bis 24 Monate) vorgesehen. Damit wird die in der BPfIV vorgeschriebene Vorkalkulation des Budgets für einen prospektiven Pflegesatzzeitraum ermöglicht.

Die ermittelten Plankosten stellt das Verfahren KOLK den tatsächlichen Kosten gegenüber (Soll-Ist-Vergleich) und errechnet die Abweichungen. Neben einer wirksamen Kostenkontrolle erfüllt die Plankostenrech-

nung in KOLK die Aufgabe, entscheidungsrelevante Unterlagen für dispositive Zwecke bereitzustellen und die betrieblichen Leistungen zu kalkulieren.

Bei der oben dargestellten starren (Normal- und Plankostenrechnung werden die unterschiedlichen Beschäftigungsgrade (Belegung) in den einzelnen Betriebsstellen (Kostenstellen) nicht in die Planung einbezogen. Dies wird erst im Rahmen des Verfahrensteils Planungsrechnung über die flexible (Normal- und Plankostenrechnung ermöglicht, wobei sich das Verfahren dabei der Variatormethode bedient. Der Variator ist eine Kennziffer für die Kostenveränderung im Falle einer Beschäftigungsänderung, beispielsweise für eine Belegung von 95, 90 oder 85 %. Er gibt an, welcher Anteil einer Kostenart variabel ist.

Zur Gewinnung von Informationen als Grundlage betrieblicher Dispositionen kann neben der Kostenarten- auch die Kostenstellenrechnung herangezogen werden.

Die Kostenartenrechnung stellt den ersten Teil der Kostenrechnung dar. Sie dient der Ermittlung und Erfassung von Art und Höhe der im Laufe der Abrechnungsperiode angefallenen Kosten. Eine exakte Erfassung der Kostenarten bildet die Grundlage für die Weiterverrechnung der Kosten auf die Kostenstellen und -träger. Dies wird im Verfahren KOLK durch die automatische Übernahme der Kosten (und Erlöse) aus der Finanzbuchhaltung gewährleistet, wobei die Abgrenzung von Aufwand und Kosten auf sogenannten Abstimmkostenstellen erfolgt. Mit Hilfe des vom Verfahren KOLK maschinell erstellten Kostenartennachweises können dann die betragsmäßig bedeutenden Kostenarten, wie medizinischer Bedarf, differenziert nach den einzelnen Kostenstellen überwacht werden.

Die Kostenstellenrechnung beantwortet die Frage, wo innerhalb einer Abrechnungsperiode in welcher Höhe Kosten angefallen sind. Sie kann darüber hinaus – auch im Rahmen der KOLK-Verfahrensauswertungen – Informationen darüber liefern, wo Mehrkosten entstanden sind (Soll-Ist-Vergleich auf Kostenstellenebene) und wer dafür verantwortlich ist. Dies setzt allerdings voraus, daß vom Krankenhaus für die Betriebsbereiche bzw. für die Kostenstellen jeweils ein Verantwortlicher, zum Beispiel der Chefarzt, benannt worden ist.

Das entscheidende Hilfsmittel, das dem Anwender zur Kontrolle seiner Kosten vom Verfahren KOLK an die Hand gegeben wird, ist das Planungskontroll- und Kostenstellenblatt.

Das Kostenstellenblatt liefert in regelmäßigen Abständen (monatlich, vierteljährlich, jährlich) detaillierte Informationen über die Kostenstruktur und Kostenentwicklung des Krankenhauses. Es zeigt die Kosten und Erlöse der jeweiligen Abrechnungsperiode und die kumulierten Werte seit Jahresbeginn, die absoluten und relativen Abweichungen von der Vorperiode und den Normal- und den Plankosten – bei Vorgabe entsprechender Daten aufgeteilt nach Preis-, Beschäftigungs- und Verbrauchsabweichungen.

Dabei können zum Zwecke der Budgetkontrolle, also der Analyse der Abweichungen zwischen Istwerten und Planvorgaben, die Zahlen der jeweiligen Kostenstellenblätter nicht nur auf Kostenstellenebene dargestellt, sondern auch für die Verdichtungsstufen Fachabteilung, Klinik, Selbstkostenbereich und Krankenhaus insgesamt zusammengefaßt werden.

Selbstkostenkalkulation

Die Kostenträgerrechnung (Selbstkostenrechnung) bildet die letzte Stufe im Rahmen der Zurechnung der gesamten Kosten des Krankenhausbetriebes auf die Leistungseinheiten bzw. Kostenträger. Aufbauend auf der Kostenartenrechnung und der Kostenstellenrechnung werden die Kosten der einzelnen Leistungseinheiten ermittelt. Damit wird festgestellt, wofür bzw. für welche Leistungen Kosten in welcher Höhe angefallen sind.

Bei der dem Verfahren KOLK zugrunde liegenden Selbstkostenrechnung handelt es sich um eine Kostenträgerstückrechnung auf Vollkostenbasis, nach der die Kosten einschließlich sämtlicher Gemeinkosten auf die Leistungseinheiten bzw. Kostenträger (Pflegetag, Berechnungstag) verteilt werden.

Im Rahmen des Verfahrensteils Selbstkostenrechnung wird dem Anwender die gemäß BPfIV geforderte Ermittlung der Selbstkosten (Budget) des Krankenhauses und der einzelnen Pflegesätze (als Ergebnis der Division der Kosten durch die Zahl der Berechnungstage) ermöglicht.

Gemäß BPfIV sind zur Ermittlung der Selbstkosten zunächst die gesamten Kosten und Leistungen in pflegesatzrelevante und pflegesatzirrelevante Kosten und Leistungen zu trennen. Aufgrund der Festlegung des Anwenders wird vom Verfahren KOLK die Ausgliederung von Kosten, die nicht zu den allgemeinen stationären Krankenhausleistungen zählen (Kosten der Ambulanz, Kosten für Personalunterkünfte und Altenheime) und die Kosten für besonders teure Leistungen (Sonderentgelte gemäß § 6 BPfIV) vorgenommen. Diese können in einer Liste "Ausgliederungen Kosten- und Leistungsnachweis" nachgewiesen werden.

Die Kalkulation der verschiedenen Pflegesätze (allgemeiner und besonderer Pflegesatz, Pflegesatz für teilstationäre Leistungen) und der Sonderentgelte nach § 6 BPfIV ist als Vor- und als Nachkalkulation konzipiert. Damit unterstützt das Verfahren KOLK den Anwender insbesondere bei der Ermittlung des Budgets, unterteilt in die auf die verschiedenen Pflegesätze entfallenden Budgetteile, und der Vorkalkulation der Selbstkosten als Basis für die Sonderentgelte.

Die Steuerung zur Abgrenzung der Selbstkosten für die verschiedenen Pflegesätze erfolgt durch eine differenzierte Vergabe von sogenannten Selbstkostenbereichsnummern. Aus diesen einzelnen Selbstkostenbereichen (Kosten- und Leistungsnachweis) wiederum können beliebige ausgewählt und in gemeinsame Selbstkostenbereiche überführt werden. Daneben ist auch eine Verdichtung aller Selbstkostenbereiche zu einem Kostennachweis möglich.

Um eine Aufteilung von Kosten in pflegesatzrelevante Kosten (Budget) und Kosten für Leistungen gemäß § 6 BPflV ermöglichen zu können, sieht das Verfahren KOLK vor, daß für jede Leistung gemäß § 6 eine eigene Endkostenstelle mit eigener Selbstkostenbereichsnummer eingerichtet wird. Diese Endkostenstellen werden dann in einen separaten Kostennachweis überführt und somit getrennt vom eigentlichen Budget ausgewiesen.

Sofern Leistungen in Endkostenstellen erbracht werden, können die im Zusammenhang mit § 6 BPflV stehenden Kosten den § 6-Endkostenstellen direkt zugeordnet werden. Die Aufteilung der in den Vorkostenstellen anfallenden Kosten für Leistungen gemäß § 6 BPflV und für das Budget relevanten Kosten auf Endkostenstellen wird maschinell durch die Umlagerechnung sichergestellt.

Mit der Selbstkostenrechnung, die primär der Preisermittlung und Preisprüfung (Pflegesatz) dienen soll, läßt sich durch Vergleich der aus der Nachkalkulation resultierenden Ist-Selbstkosten und den in der Vorkalkulation ermittelten Werten die Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung und -verwertung kontrollieren. Außerdem soll sie Unterlagen für Entscheidungen über Eigenfertigung oder Fremdbezug zur Verfügung stellen.

Für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen im Krankenhaus können auch die Kosten je Berechnungs- und Pflegetag herangezogen werden. Die Ermittlung dieser Indikatoren ist fester Bestandteil des Verfahrens KOLK. Sie können nicht nur pro Krankenhaus insgesamt, sondern auch auf Fachabteilungs-, Stations- und Kostenstellenebene maschinell ermittelt werden. Darüber hinaus ist die Festlegung von zwei weiteren Kostenträgern je Kostenstelle, wie beispielsweise die Ermittlung der Kosten für Verpflegung pro Beköstigungstag in der Kostenstelle Küche, möglich.

Der Krankenhausträger ist nach § 18 Abs. 3 Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) verpflichtet, als Grundlage für Budget- bzw. Pflegesatzvereinbarungen die für die Ermittlung der Pflegesätze erforderlichen Kosten- und Leistungsnachweise vorzulegen.

Neben dem Leistungsnachweis (Diagnosenstatistik, Leistungsstatistik nach medizinischen Leistungsbereichen) fordert der Gesetzgeber eine genaue Erfassung und Zuordnung der Kosten zu den einzelnen Leistungsbereichen sowie den Nachweis der (voraus-)kalkulierten (Selbst-)Kosten der Krankenhäuser.

Das Verfahren KOLK unterstützt den Anwender bei der Erstellung des Kosten- und Leistungsnachweises, indem die Zahlen der Buchhaltung und der Kostenrechnung maschinell nach den Erfordernissen der BPflV abgegrenzt und zusammengefaßt werden.

Auf der Basis der maschinell erstellten Liste Kosten- und Leistungsnachweis, die die Kostennachweise Ableitung der Kosten aus der Buchführung (K1) und Vorkalkulation der Abzüge (K3) – sowie die Teile Medizinischer Bedarf (S3) und Erlöse (S6) – umfaßt, wird es dem Anwender ermöglicht, die notwendigen Ergänzungen vorzunehmen und den Kostennachweis in

seiner endgültigen Form zu erstellen. Die für die Erstellung des Kostennachweises Vorkalkulation der Kosten (K2) erforderlichen Daten (Planwerte) können aus der Planungsrechnung für den prospektiven Pflegesatzzeitraum zusammengestellt werden.

Programmseitig ist gemäß den Anforderungen der BPflV die Darstellung des Kostennachweises für das abgelaufene Geschäftsjahr, für einen abgeschlossenen Zeitraum des laufenden Geschäftsjahres und für das gesamte laufende Geschäftsjahr (dabei werden die Kosten der noch nicht abgeschlossenen Monate entweder durch Hochrechnung der Istkosten oder durch Heranziehung der entsprechenden Plankosten des laufenden Jahres ermittelt) vorgesehen. Die Kostenplanung und Verdichtung der Planzahlen zum Kostennachweis kann außerdem für einen vom Anwender individuell bestimmbaren künftigen Pflegesatzzeitraum, der bis zu 24 Monate umfassen und sich auf das laufende, das nächste und das übernächste Kalenderjahr erstrecken kann, erfolgen.

Betriebsergebnisrechnung

Während die Kostenträgerstückrechnung bzw. die Selbstkostenrechnung die Selbstkosten der Leistungseinheiten als Kostenträger ermittelt, stellt die Kostenträgerzeitrechnung die periodenbezogene Betriebsergebnisrechnung (Betriebserfolgsrechnung) dar.

Zur Ermittlung des Betriebsergebnisses wird die Differenz zwischen den Leistungen (Erlösen) der Periode und den gesamten Kosten der Periode gebildet (Gesamtkostenverfahren). Stellt sich bei der Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse ein positiver Erfolg heraus, so ist das der Gewinn, bei einem negativen Ergebnis der Verlust. Die Betriebsergebnisrechnung ist jedoch nicht als kurzfristige Gewinn- und Verlustrechnung aufzufassen, da hier nicht mit Erträgen und Aufwendungen, sondern mit Leistungen bzw. Erlösen und Kosten gerechnet wird.

Im Rahmen des Verfahrens KOLK kann durch Gegenüberstellung der den einzelnen Kostenstellen direkt oder indirekt zugerechneten Kosten und Erlöse der kurzfristige Periodenerfolg geplant und gesteuert werden. Das für Kontrollzwecke nutzbare Planungskontroll- und Kostenstellenblatt weist die Kosten und Erlöse pro Kostenstelle für die abgerechnete Periode oder vom Jahresbeginn bis zur abgerechneten Periode (einschließlich) und die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Außerdem werden die absoluten Abweichungen zwischen Kosten und Erlösen für diese Abrechnungszeiträume maschinell ermittelt und als Über- bzw. Unterdeckungen im Planungskontroll- und Kostenstellenblatt dargestellt.

Gewinnung von Vergleichsdaten für Entscheidungsrechnungen

Dieser Aufgabenbereich der Kosten- und Leistungsrechnung befaßt sich mit der Aufbereitung bzw. Zusammenstellung von Unterlagen für Entscheidungen in Bezug auf Fragestellungen wie Eigenherstellung oder Fremdbezug, Kauf oder Miete.

Zu diesem Zweck wird auf Basis der Zahlen der Kosten- und Leistungsrechnung ein Vergleich der Kosten der Eigenherstellung/-fertigung mit den zu erwartenden Größen für die angestrebte Alternative durchzuführen sein. Bei der Suche eines Krankenhaus-trägers nach einer wirtschaftlicheren Lösung beispielsweise für die Krankenhauswäscherei sind die über die Kosten- und Leistungsrechnung ermittelten Kostengrößen, wie etwa Kosten je Kilogramm Wäsche, mit den sorgfältig bestimmten und vergleichbar gemachten Kostengrößen einer gewerblichen Wäscherei zu vergleichen.

Das Verfahren KOLK kann mit Hilfe der weiter oben beschriebenen Kostenträgerrechnung (Kostenträger je Kostenstelle) und dem vorhandenen Datenbestand erste Beurteilungskriterien und Orientierungshilfen für die Entscheidungsrechnung liefern. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß diese Faktoren allein nicht ausschlaggebend für die Vergabe von bisher in Eigenbetrieben erbrachten Leistungen sein müssen.

Dialogorientierte Kosten- und Leistungsrechnung

Das entscheidende Kriterium für die Effektivität eines maschinellen Kosten- und Leistungsrechnungsverfahrens liegt in der Aktualität des bereitgestellten Datenmaterials. Für die Zwecke der Betriebssteuerung müssen den Entscheidungsträgern – im Krankenhausbereich sind dies das Krankenhausmanagement und die Kostenstellenverantwortlichen – möglichst zeitnah entsprechende Unterlagen vorgelegt werden.

Die Forderung nach Aktualität der Verfahrensergebnisse wurde im Rahmen der Umstellung der Bund-/Län-

der-Verfahren des Krankenhausrechnungswesens von der sogenannten Stapelverarbeitung (Batchbetrieb) auf Dialogprogramme realisiert.

Ausgehend von einer ersten, bereits im Einsatz befindlichen Entwicklungsstufe des Dialogsystems kann der Anwender direkt auf die im Verfahren KOLK (und die in den anderen Verfahren des Krankenhausrechnungswesens) gespeicherten Daten zu Auskunftszwecken zugreifen. In der zweiten Ausbaustufe wird zukünftig eine direkte Veränderung der gespeicherten Daten im Dialog (Dialog-Update) möglich sein.

Das Dialogauskunftssystem erlaubt dem Anwender einen gezielten, schnellen und zeitnahen Zugriff auf die Daten des maschinellen Rechnungswesens. Für das Verfahren KOLK sind dies im einzelnen der Kostenarten-nachweis, das Planungskontroll- und Kostenstellenblatt als das entscheidende Kontrollinstrument, der Einzelpostennachweis (Buchungen pro Kostenstelle) sowie die Daten für die Kostenstellenumlagen (Umlagestrukturdatei), den Kostenstellenstamm und den Hausstamm.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die in der KHBV gestellten Anforderungen an die Kosten- und Leistungsrechnung im Krankenhaus in das DV-Verfahren KOLK umgesetzt wurden und damit eine Führungshilfe geschaffen wurde, mit der die Kosten und Leistungen eines Krankenhauses erfaßt und transparent gemacht werden können und die für eine wirksame Steuerung des Betriebsgeschehens erforderliche Aktualität und Vorortverfügbarkeit von entscheidungsrelevanten Daten erfüllt wird.

Diplom-Ökonom Peter Lübbers

Controlling im Krankenhaus

DV-Verfahren zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeitskontrolle und Betriebssteuerung

Zielsetzung

Mit den in Bund-/Länder-Kooperation entwickelten Verfahren FINK, KREK, KOLK, MAIK und MARK stehen den Krankenhäusern bereits seit geraumer Zeit die wesentlichen DV-Programme für eine rationelle Abwicklung des kaufmännischen Rechnungswesens zur Verfügung. Jedes dieser mit finanzieller Beteiligung der Länder und der Kirchen zentral im Statistischen Landesamt gepflegten und weiterentwickelten Verfahren liefert dem Krankenhausmanagement eine Fülle fachspezifischer Auswertungen. Zur Zeit fehlt noch ein Instrumentarium, welches aus der Vielzahl an differenzierten Einzelauswertungen die für die laufende Wirtschaftlichkeitskontrolle und Betriebssteuerung wichtigen und zeitkritischen Informationen über außerplanmäßige Entwicklungen im Kosten- und Leistungsbereich einschließlich der maßgeblichen Verursachungsfaktoren selektiert und für alle Entscheidungsebenen in einfacher, knapper und einprägsamer Form aufbereitet.

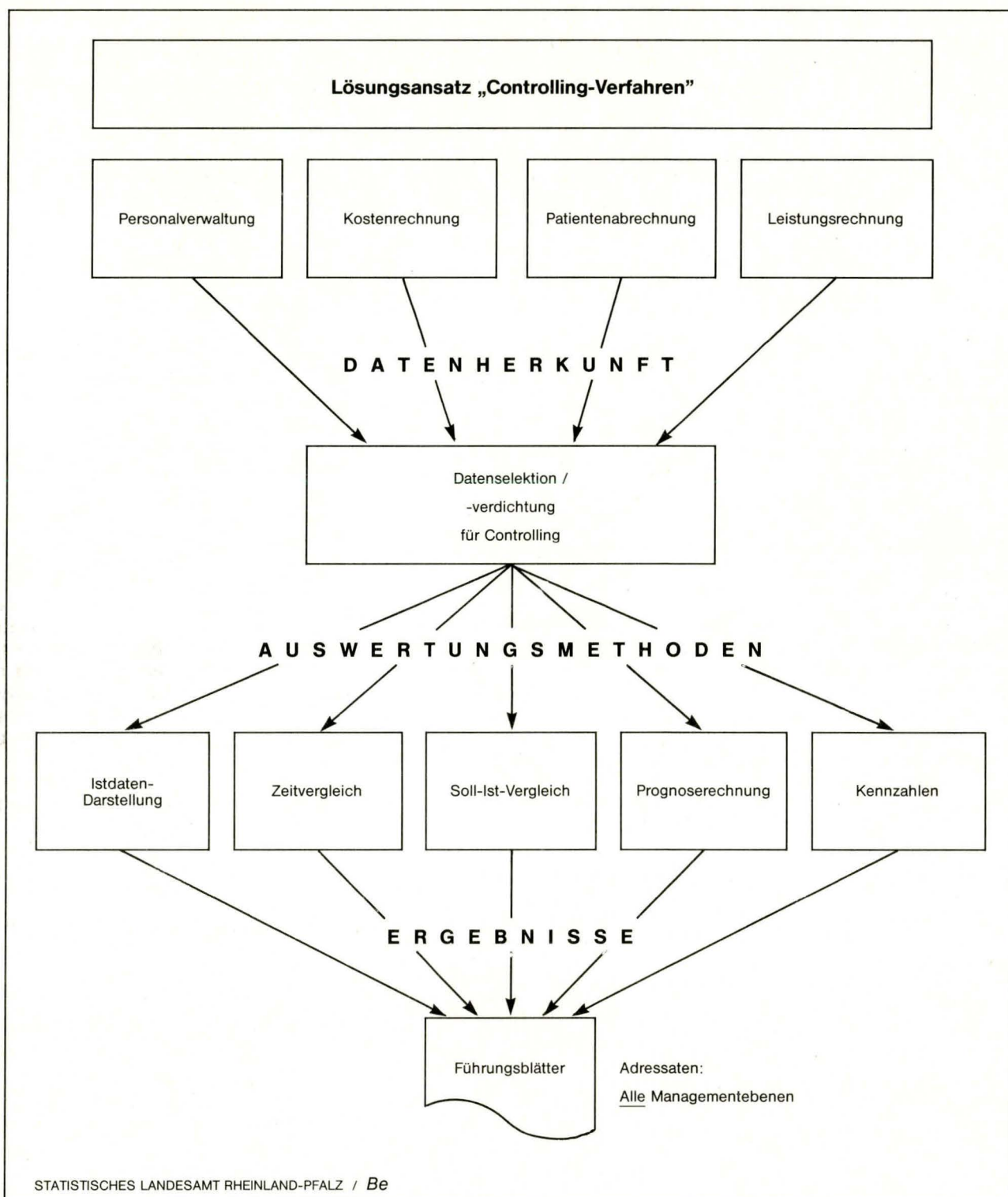
Diese von den Krankenhäusern dringend geforderte Aufgabe eines DV-gestützten Frühwarnsystems vor sich

anbahnender unwirtschaftlicher Leistungserstellung soll ein Controlling-Verfahren erfüllen.

Projektorganisation

Das Projekt Controlling ist von der Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“ initiiert worden. Eine Unterkommission „Controlling im Krankenhaus“ hatte den Auftrag, das manuelle Verfahren des Kreiskrankenhauses Uelzen (Niedersachsen) hinsichtlich seiner Verwendbarkeit als Grundlage für die Erarbeitung eines bundeseinheitlichen DV-Konzepts zu überprüfen. Unter Federführung Berlins gehörten dieser Unterkommission Vertreter der Bundesländer Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie der Kirchen an.

Da sich das im Krankenhaus Uelzen praktizierte Verfahren für die Weiterentwicklung zu einem bundeseinheitlichen DV-gestützten Lösungsvorschlag als geeignet erwies, wurde als erster Schritt ein fachliches Grobkonzept erarbeitet, das im Oktober 1985 verabschiedet worden ist.



Die Weiterentwicklung dieses Grobkonzepts zu einer fachlichen und DV-mäßigen Feinkonzeption und deren anschließender Umsetzung in systemneutrale (portable) Anwendungsprogramme hat der Projektausschuß „Controlling im Krankenhaus (CIK)“ unter Federführung von Hessen übernommen. Dort erfolgt im Kommunalen Gebietsrechenzentrum (KGRZ) Gießen die operative Arbeitsdurchführung. Neben Hessen gehören dem Projektausschuß Vertreter von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und der Kirchen an. Die Finanzierung

des Projekts erfolgt zu gleichen Anteilen durch diese Mitglieder.

Auswertung

Im Auswertungsbestand der von den Krankenhäusern zur Abwicklung des kaufmännischen Rechnungswesens, der Betriebsstatistiken und der Personalverwaltung spezifisch eingesetzten EDV-Verfahren ist die für das Controlling erforderliche Grunddatenmenge schon weitgehend enthalten. Der logische Lösungsansatz des

Projekts stellt deshalb darauf ab, diesen insbesondere durch die administrativen Bund-/Länder-Verfahren FINK, KOLK, MAIK und MARK abgedeckten Grunddatenbestand durch Selektion und Verdichtung managementgerecht aufzubereiten.

Diese managementgerechte Aufbereitung der betriebswirtschaftlich relevanten Kontroll- und Steuerungsdaten geschieht in Form der sogenannten Führungsblätter. Darunter sind standardisierte DIN A 4-Blätter bzw. analog aufgebaute Bildschirmmasken zu verstehen, in welchen das Krankenhaus ausgewählte Kosten-, Leistungs- und Ertragsarten nach verschiedenen, zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsentwicklung besonders geeigneten Methoden auswerten kann.

Diese gedruckten oder alternativ am Bildschirm anzeigbaren Führungsblätter können für fünf Hierarchie (Verdichtungs)-stufen des Krankenhauses erstellt werden:

- Verwaltungsgemeinschaft
- Krankenhaus
- Klinik
- Abteilung
- Kostenstelle.

Auf jeder dieser Ebenen sind die ausgesuchten Kosten-, Leistungs- und Ertragsarten nach folgenden Methoden auswertbar:

- Darstellung der Istwerte
- Zeitvergleich
- Soll-Ist-Vergleich
- Prognoserechnung
- Kennzahlenbildung.

In der Auswertung als Zeitvergleich können die vom Krankenhaus ausgewählten Istkosten, Istleistungsmengen oder Isterträge einer Hierarchiestufe auf Monats-, Quartals- oder Jahresebene mit dem Istergebnis der jeweiligen Vorperiode oder den Istzahlen der entsprechenden Vorjahreszeiträume verglichen werden. Diese Methode gibt Aufschluß über die Wirtschaftlichkeitsentwicklung im Zeitverlauf und liefert außerdem wichtige Basisdaten für die Prognoserechnung.

Beim Soll-Ist-Vergleich werden die Istdaten einer Periode entsprechend den Planvorgaben, die zuvor auf die tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung (Istbeschäftigung) der betrachteten Hierarchiestufe umgerechnet worden sind, gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung zeigt also an, inwieweit kosten-, leistungs- oder ertragsmäßig von gesetzten Zielen abgewichen worden ist.

Die Prognoserechnung sagt voraus, welches Ereignis mit welcher Wahrscheinlichkeit in einem zukünftigen Zeitraum eintritt, wenn bestimmte in der Vergangenheit gegebene Bedingungen auch in der Zukunft Gültigkeit besitzen. Die Prognoserechnung dient mithin der Vorausschau über die zukünftige Wirtschaftlichkeitsentwicklung im Krankenhaus für den Fall, daß die bisherige Quantität und Qualität des Leistungserstellungsprozesses auch in Zukunft realisiert wird. Somit ist die Prognoserechnung auch die Basis für die eigentliche Leistungs- und Kostenplanung.

Die vom Controlling-Verfahren ermittelbaren betriebswirtschaftlichen Kennzahlen geben Hinweise auf die Wirtschaftlichkeit, Kapazitätsauslastung und Produktivität der verschiedenen Organisationsebenen im Krankenhaus. Um ihre Aussagekraft zu erhöhen, können sie in Form des Soll-Ist- oder Zeit-Vergleichs entsprechenden Vergleichswerten gegenübergestellt werden. Die so ermittelten Abweichungen können ebenfalls als absolute und als Prozentwerte dargestellt werden.

Arten von Führungsblättern

Je nach Art der ausgewerteten Daten können die Führungsblätter in drei Kategorien unterteilt werden:

- Führungsblätter Primärzahlen
- Führungsblätter Primärindikatoren
- Führungsblätter Sekundärindikatoren.

Außerdem wird noch ein Führungsblatt „Bezugsgrößen“ angeboten, in dem als Hilfestellung bei der Analyse der durch das Controlling-Verfahren aufgezeigten unwirtschaftlichen Betriebsverläufe die Istwerte der für die Kosten- und Leistungsentwicklung im Krankenhaus wichtigsten Einflußfaktoren dargestellt werden.

In den Führungsblättern „Primärzahlen“ werden absolute Angaben über Personaleinsatz, Personalkosten, Sachkosten und Leistungen bereitgestellt. Der Personaleinsatz wird in Vollkräften je Berufsgruppe angegeben. Zusätzlich werden Sonderdienste – Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft, Überstunden – der wichtigsten Berufsgruppen in Stunden ausgewiesen. Die Leistung der bettenführenden Kostenstellen wird in Pflegetagen, Anzahl der Fälle und durchschnittlich belegten Betten gemessen. Die spezifischen Leistungen der medizinischen Vorkostenstellen werden nicht nur mengenmäßig sondern auch in Punktwerten gemäß DKG-NT oder GOÄ dargestellt.

Die Führungsblätter „Primärindikatoren“ beinhalten aus den obengenannten Primärzahlen gebildete Kennzahlen, welche Auskunft über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung in der betrachteten Organisationsebene, die Produktivität des dort eingesetzten Personals und die Kapazitätsauslastung geben soll. Zu den vom Verfahren standardmäßig angebotenen Primärindikatoren gehören also Kennzahlen wie Personalkosten ärztlicher Dienst je Fall, Kosten für ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial je Fall oder Anzahl der Fälle pro Kraft des ärztlichen Dienstes.

Auch in den Führungsblättern „Sekundärindikatoren“ werden Kennzahlen dargestellt, hier allerdings solche, die sich aus den Primärzahlen verschiedener Kostenstellen zusammensetzen. Sie sollen nämlich hauptsächlich zum Ausdruck bringen, wie der Leistungserstellungsprozeß in den nichtbettenführenden Kostenstellen die Kosten pro Pflegetag und Fall belasten. Außerdem geben sie Hinweise auf die Abhängigkeit der Kosten- und Leistungsstruktur einer Kostenstelle vom Produktionsverhalten in anderen Kostenstellen. Hinsichtlich dieser Aussagefähigkeit sind die Sekundärindikatoren also insbesondere eine wichtige Kenngröße für die Abhängigkeit der Kostenentwicklung in den medizinischen Leistungsstellen (Labor, EKG usw.) vom Anforderungsverhalten der Fachabteilungen.

Führungsblatt Bezugsgrößen

DATENDARSTELLUNG

K56CF120		AUSKUNFT:	BEZUGSGROESSEN - ABSOLUT /% UND KUMULIERT /%			
KONZERN	:	HAUS	:	GIESSEN	KLINIK : 01	ABS. 01.03.87 - 31.03.87
ABTEILUNG	:	KOSTENSTELLE:		999999		KUM 01.01.87 - 31.03.87
			ABSOLUT /	PROZENT /	KUMULIERT /	PROZENT
PLANBETTEN	:		20,00	10,50 /	20,00	10,50
AUFGEST. BETTEN	:		19,00	10,00 /	19,00	10,00
BELEGUNG	:		15,35	12,50 /	15,60	13,00
NUTZUNGSGRAD	:		80,87 %	/	82,11 %	
FAELLE	:		36,60	12,00 /	108,50	11,30
BEHAND. PATIENTEN	:		37,00	11,90 /	117,00	12,10
PFLEGETAGE	:		461,00	12,60 /	1373,00	12,50
VERWEILDAUER	:		12,46	/	12,65	
BERECHNUNGSTAGE	:		495,00	12,70 /	1469,00	13,20
AMBULANTE FAELLE	:		50,00	5,90 /	172,00	6,50
AMBU. QUART./FAELLE	:			/		
AMBU. BEHANDLUNGEN	:		200,00	6,10 /	629,00	6,35
FUNKTION == >			NAECHSTE SEITE: /			

Auswahlmenue für Kennzahlenanforderung

K56CF120		EINGABE: FESTLEGEN DER KENNZAHLEN				
JAHR:	99	KONZERN:	99	KLINIK:	999999	MONAT BIS
		ABTEILUNG:	9999	KOSTENSTELLE:	999999	
BITTE 'X' EINGEBEN:						
PERSONALKOSTENQUOTE PRO LEISTUNGSWERT	:	X	LEISTUNGSPUNKT'Z. PRO ARBEITSSTUNDE			
SACHKOSTENQUOTE PRO LEISTUNGSWERT	:	X	ERLOES PRO BESCHAFTIGTE			
PERSONALKOSTENQUOTE PRO ERLOES	:	X	LEISTUNG AMBULANZ PRO AMB. FALL			
SACHKOSTENQUOTE PRO ERLOES	:	X	LEISTUNG AMBULANZ PRO AMB. BEHAND.			
PERSONALKOSTEN JE BERECHNUNGSTAG	:	X	PFLEGearbeitsstunden PRO FALL			
SACHKOSTEN JE BERECHNUNGSTAG	:	X	LEISTUNGSANZAHL PRO TAG			
GESAMTKOSTEN JE BERECHNUNGSTAG	:	X				
SACHKOSTEN PRO PFLEGETAG	:	X	BELASTUNGSZAHL NACH VOLLKRAEFTEN			
GESAMTKOSTEN PRO PFLEGETAG	:	X	BELASTUNGSZAHL NACH BETTEN			
ANTEIL PERSONALKOSTEN AN GESAMTKOSTEN	:	X	BEKOESTIGUNGSANTEILE			
STRUKTUR DES PERSONALAUFWANDES	:	X	DURCHSCHNITTSERLOESE STATIONAER			
ANTEIL SACHKOSTEN AN GESAMTKOSTEN	:	X	DURCHSCHNITTSERLOESE AMBULANZ			
STRUKTUR DES SACHAUFWANDES	:	X	ANTEIL SACHKOSTEN AN GESAMTKOSTEN			
FUNKTION == >		NAECHSTE SEITE: /				

Typische Sekundärindikatoren sind daher beispielsweise Personalkosten Labor je Fall oder Pflege tag, Sachkosten Röntgendiagnostik je Fall oder Pflege tag oder Anzahl der Laborleistungen je stationärem Fall.

Anwenderindividuelle Nutzungsmöglichkeiten

Bei der Konzeption des Verfahrens wurde großer Wert auf die individuelle Nutzbarkeit durch die Anwender gelegt. Das Verfahren bietet zwar ein Standardauswertungsspektrum an, das nach Auffassung des Projektausschusses die für die Kontrolle der Wirtschaftlichkeitsentwicklung im Krankenhaus relevanten Informationen enthält, überläßt es jedoch dem Anwender, diesen Vorschlag art- und mengenmäßig zu nutzen oder nicht. Fest vorgegeben ist lediglich das Layout der Führungsblätter hinsichtlich ihres Formats – DIN A 4 bzw. 80 stellige Bildschirme – und der einheitliche Aufbau des Listkopfes. Ansonsten kann der Anwender den Auswertungsinhalt individuell steuern, also beispielsweise :

- für welche hierarchische Ebene Führungsblätter erstellt werden sollen,
- welche Kosten-, Leistungs- und Erlösarten in die Auswertung einzubeziehen sind,
- nach welchen der oben beschriebenen Methoden ausgewertet werden soll,
- die Auswertungsperiode, also Monat, Quartal oder Jahr,
- die Auswertungszeitspanne, innerhalb der im Rhythmus der ausgewählten Auswertungsperiode die gewünschten Führungsblätter produziert werden sollen,
- ob Abweichungen absolut oder prozentual ausgewiesen werden sollen,
- wie hoch das Abweichungslimit sein soll, ab dem es überhaupt erst zur Ausgabe von Führungsblättern kommt,
- ob die Auswertungsperiode mit der vergangenen oder gleichen Periode des Vorjahres oder den gleichen Perioden der letzten zwei Jahre zu vergleichen ist,
- ob die Einzelabweichungen der pro Hierarchiestufe dargestellten Kosten-, Leistungs- oder Erlösarten auch zu der jeweiligen Gesamtabweichung der Auswertungsstufe in Bezug gesetzt werden sollen.

DV-technische Lösung

Das Controlling-Verfahren kann wahlweise als Stapel (Batch-) oder Dialogverfahren genutzt werden. Ein wesentliches Anliegen der DV-technischen Lösung ist es, zur Vermeidung von Mehrfachdatenerfassung

so viele der benötigten Daten wie möglich aus bereits vorhandenen, insbesondere den in Bund-/Länder Kooperation entwickelten Krankenhausautomationsverfahren abzuleiten. Auf diese Weise muß nur noch der relativ kleine Rest der überhaupt nicht oder in nicht brauchbarer Form aus bestehenden Verfahren maschinell übernehmbaren Daten vom Anwender entweder im Dialog per Bildschirm oder im Stapel per Beleg oder Datenfernübertragung eingegeben werden.

Dateneingangsschnittstelle für das Controlling-Verfahren ist in jedem Falle die sogenannte Controlling-Datenbank. In dieser Datei werden alle vom Verfahren für Auswertungszwecke benötigten Daten gespeichert. Die Controlling-Verarbeitungsprogramme bereiten dann bei Anstoß durch eine Anwenderanforderung dieses in der Datenbank gespeicherte Informationsmaterial entweder im Dialog oder als Stapelverarbeitung zu der gewünschten Auswertung, also Führungsblättern in Form einer Bildschirmauskunft oder als bedruckte DIN A 4-Blätter, auf. In einer zweiten Ausbaustufe sind auch graphische Auswertungsdarstellungen vorgesehen.

Zur Aktualisierung (Update) der Controlling-Datenbank holt sich das Verfahren die aus dem administrativen Bund-/Länder-Auswertungen benötigten Daten selbst aus den dortigen Dateien. Daten aus nicht bundeseinheitlichen Verfahren müssen hingegen ebenso wie manuell zu erfassende Eingaben anwenderseitig durch entsprechende Überleitungs- bzw. Datenerfassungsprogramme der Datenbank formatgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Die programmtechnische Realisierung des Verfahrens erfolgt nach den Methoden und mit den Werkzeugen, die der im Statistischen Landesamt angesiedelten zentralen Verfahrens- und Programmpflege für das Rechnungswesen in Krankenhäusern (ZVP) für die bereits im Breitereinsatz befindlichen Bund-/Länder-Verfahren zugrunde liegen. Konkret bedeutet dies, daß die Programme mit Hilfe des Softwareentwicklungstools „DELTA“¹⁾ in COBOL zu realisieren sind. Die Portabilität dieser Programme, also die Sicherstellung ihrer Einsetzbarkeit auf allen gängigen DV-Anlagen, ist durch die Verwendung der vom KOOPA (Kooperationsausschuß Bund / Länder / Kommunalen Bereich) für die Software des öffentlichen Bereichs empfohlenen K- (kompatiblen) Systemschnittstellen zu gewährleisten.

Das DV-technische Konzept des Controlling-Verfahrens soll gegen Ende des dritten Quartals 1987 abgeschlossen sein. Die anschließende Programmierphase ist bis Ende 1988 vorgesehen, so daß mit dem Breitereinsatz ab 1989 begonnen werden kann.

Diplom-Kaufmann Hans-Peter Mast

1) Vgl. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 39, Heft 12, Dezember 1986. K. Pammer: Einsatz des TOOLS DELTA.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Jun	Juli	August	Mai	Jun	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 619	3 612	3 610	3 612	3 613
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 914	1 901	2 538	2 273	3 167	2 944 ^P	2 724 ^P	3 099 ^P	2 736 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	8,6	7,4	10,3	9,6 ^P	9,2 ^P	10,1 ^P	8,9 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 908	3 098	3 090	3 224	3 405	2 978 ^P	3 377 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,3	10,4	10,5	11,1	9,7 ^P	11,4 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 549	3 601	3 465	3 399	3 199	3 100 ^P	3 583 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,0	11,7	11,1	10,4	10,1 ^P	12,1 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27	31	26	21	20 ^P	28 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,9	8,8	10,3	8,1	6,3	6,5 ^P	8,9 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 641	- 503	- 375	- 175	206	- 122 ^P	- 206 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 1,7	- 1,3	- 0,6	0,7	- 0,4 ^P	- 0,7 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 317	6 416	6 313	7 956	8 164
* Fortgezogene	Anzahl	6 421	6 215	6 159	6 625	7 153
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 104	202	154	1 331	1 011
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 457	10 379	9 945	11 619	12 067
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	124 496	119 432	112 971	113 639	110 052	107 029	104 386	110 362	110 274
* Männer	Anzahl	69 679	63 608	56 604	56 593	54 230	55 625	52 878	54 482	54 099
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 771	9 332	7 191	.	.	.	6 500	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 937	40 978	38 506	.	.	.	36 954	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,6	8,3	7,8	7,9	7,6	7,5	7,3	7,7	7,7
Offene Stellen	Anzahl	4 919	7 144	8 114	7 667	7 954	8 847	9 100	8 883	8 946
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	566	.	.	.	659	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	2 702	.	.	.	3 048	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 751	11 261	6 473	3 736	6 225	9 900	7 639	5 531	3 806
Männer	Anzahl	11 179	8 689	4 566	2 468	4 464	7 471	5 815	4 146	2 712
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 279	14 792	13 805	13 064	14 434	14 302	14 647	13 741	13 802
* Rinder	t	4 753	4 937	4 063	4 224	4 957	4 468	4 377	3 981	4 081
* Kälber	t	31	30	26	27	31	27	30	28	26
* Schweine	t	9 384	9 712	9 624	8 729	9 303	9 686	10 111	9 637	9 579
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	88	90	84	88	82	78	77
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	95,7	95,7	95,2	95,3	95,7	95,4	94,6
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 655	2 614	2 610	2 610	2 609	2 585	2 583	2 580	2 578
* Beschäftigte	1 000	364	367	367	369	372	363	363	366	368
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	252	253	253	255	257	248	249	251	254
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 338	35 393	34 196	33 323	35 298	34 414	33 054	35 617	31 128
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 243	1 307	1 327	1 306	1 239	1 255	1 421	1 333	1 305
* Löhne	Mill. DM	727	760	768	778	733	727	810	789	770
* Gehälter	Mill. DM	516	547	559	528	505	528	611	545	535
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 018	1 028	1 010	1 012	1 036	970	965	1 028	962
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 876	6 782	6 948	6 775	6 280	6 778	6 811	7 118	6 319
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 519	2 408	2 455	2 351	2 100	2 424	2 498	2 579	2 230

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	101	105	91	98	106	109	96	94
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	101	103	105	92	98	107	108	97	95
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	100	102	106	92	98	107	108	98	95
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	103	107	102	106	105	113	114	111	111
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	85	101	89	97	92	92	88	86
Chemische Industrie	1980 = 100	112	117	117	118	111	126	125	123	126
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	98	108	79	90	101	106	82	77
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	97	100	110	73	90	102	118	83	75
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	99	94	100	79	81	99	96	75	75
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	97	95	81	92	100	100	88	86
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	90	82	64	60	97	74	63	48	81
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	103	106	106	94	103	105	111	106	96
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	82	87	102	85	100	97	117	90	83
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	229	410	403	485	265	398	374	351	483
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 294	1 852	1 927	2 083	2 162	2 014	2 126	1 763
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	776	865	670	843	701	752	742	1 055	698
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 819	1 839	1 586	1 569	1 646	1 808	1 646	1 422	1 549
Gasverbrauch	Mill. m ³	358	338	246	261	240	342	293	265	264
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	97	96	93	.	.	.	95	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	138	146	145	.	.	.	146	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	63 358	61 864	63 469	63 355	63 994	60 681 ^p	61 915 ^p	61 562 ^p	61 888 ^p
Facharbeiter	Anzahl	32 545	31 338	35 860	32 100	32 264	30 849 ^p	34 715 ^p	31 724 ^p	32 306 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 627	15 347	12 905	16 798	16 648	15 401 ^p	12 816 ^p	15 892 ^p	15 551 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 897	7 109	8 013	7 709	8 249	7 169 ^p	8 578 ^p	8 019 ^p	6 731 ^p
Privater Bau	1000	4 252	4 371	4 876	4 702	4 934	4 399 ^p	4 513 ^p	4 886 ^p	4 074 ^p
* Wohnungsbau	1000	2 613	2 651	2 993	2 847	2 972	2 530 ^p	2 593 ^p	2 744 ^p	2 260 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1000	47	34	59	61	57	49 ^p	43 ^p	57 ^p	45 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 593	1 686	1 824	1 794	1 905	1 820 ^p	1 877 ^p	2 085 ^p	1 769 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	1 182	2 738	3 136	3 007	3 315	2 770 ^p	4 065 ^p	3 133 ^p	2 657 ^p
Hochbau	1000	410	670	680	700	762	638 ^p	1 852 ^p	639 ^p	534 ^p
Tiefbau	1000	2 645	2 068	2 456	2 307	2 553	2 132 ^p	2 213 ^p	2 494 ^p	2 123 ^p
Straßenbau	1000	645	1 134	1 326	1 293	1 368	1 144 ^p	1 182 ^p	1 364 ^p	1 149 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	176	184	196	187	178 ^p	186 ^p	195 ^p	189 ^p
* Löhne	Mill. DM	137	146	155	167	158	148 ^p	154 ^p	164 ^p	159 ^p
* Gehälter	Mill. DM	29	30	29	29	29	30 ^p	32 ^p	31 ^p	30 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500	511	586	524	563	494 ^p	498 ^p	587 ^p	521 ^p

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	710	742	981	907	861	814	825	921	833
* mit 1 Wohnung	Anzahl	483	536	731	626	613	681	680	762	682
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	171	161	216	223	206	109	111	121	121
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	45	34	58	42	24	34	38	30
* Umbauter Raum	1 000 m ³	751	720	907	901	846	762	765	857	789
* Wohnfläche	1 000 m ²	124	119	146	148	138	120	125	139	129
Wohnräume	Anzahl	5 878	5 567	6 804	6 995	6 376	5 545	5 838	6 353	5 886
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	239	232	292	289	277	243	250	280	256
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	1	2	2	1	–	2	1
Unternehmen	Anzahl	107	120	155	89	132	103	127	145	169
Private Haushalte	Anzahl	601	621	825	816	727	710	698	774	663
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	152	165	183	194	209	157	157	197	159
* Umbauter Raum	1 000 m ³	662	638	764	522	657	593	614	594	540
* Nutzfläche	1 000 m ²	102	109	145	92	118	111	108	94	89
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	112	147	199	112	115	173	143	93	83
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	32	35	50	46	34	32	33	30
Unternehmen	Anzahl	123	127	142	141	157	118	123	160	124
Private Haushalte	Anzahl	3	5	6	3	6	5	2	4	5
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 419	1 308	1 495	1 653	1 470	1 211	1 289	1 387	1 295
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 558	2 443	2 529	2 403	2 136	2 450	2 454	2 689	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 269	1 300	1 368	1 294	1 044	1 350	1 402	1 480	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	200	196	199	202	187	207	200	213	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	54	46	56	44	50	45	...
Frankreich	Mill. DM	314	326	351	337	239	331	360	393	...
Griechenland	Mill. DM	21	21	29	22	17	24	24	22	...
Großbritannien	Mill. DM	226	224	226	236	198	216	228	268	...
Irland	Mill. DM	9	9	11	10	8	9	8	9	...
Italien	Mill. DM	215	221	230	205	109	243	253	244	...
Niederlande	Mill. DM	178	175	191	167	177	190	187	198	...
Spanien	Mill. DM	47	63	65	59	43	72	77	73	...
Portugal	Mill. DM	12	13	12	11	11	16	15	17	...
USA und Kanada	Mill. DM	193	180	185	166	161	160	146	186	...
Japan	Mill. DM	53	51	47	51	52	45	48	55	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	417	310	307	323	311	278	288	313	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	134	120	126	124	98	126	124	136	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 673	1 441	1 379	1 512	1 150	1 358	1 503	1 595	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	900	857	855	901	673	841	905	923	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	174	189	188	150	157	171	163	...
Dänemark	Mill. DM	19	22	14	18	18	23	23	17	...
Frankreich	Mill. DM	198	204	191	196	157	172	202	209	...
Griechenland	Mill. DM	8	7	9	9	5	13	15	12	...
Großbritannien	Mill. DM	66	75	69	91	55	75	87	78	...
Irland	Mill. DM	6	5	3	6	5	3	3	3	...
Italien	Mill. DM	150	140	129	159	105	144	147	167	...
Niederlande	Mill. DM	239	182	206	176	138	215	215	215	...
Spanien	Mill. DM	34	39	38	47	31	34	33	49	...
Portugal	Mill. DM	6	8	8	9	10	7	9	9	...
USA und Kanada	Mill. DM	106	87	77	84	71	79	71	93	...
Japan	Mill. DM	59	69	49	70	63	84	114	86	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	184	163	167	168	141	174	216	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	56	46	40	47	36	36	53	50	...

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	94	94	95
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	107	110	104
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	97	95	95	96	96
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	121	117	118	117	111
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	101	105	106	109	111
Teilbeschäftigte	1980 = 100	109	115	113	119	120
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	119	114	126
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	125	130	144	129	148
Gaststättengewerbe	1980 = 100	98	101	103	105	113
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	441	437	537	555	591	575	569	583	...
* Ausländer	1 000	113	105	142	210	194	127	148	211	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 558	1 565	1 950	2 379	2 391	1 874	2 040	2 357	...
* Ausländer	1 000	349	342	441	835	696	365	449	779	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 429	1 533	1 626	1 736	1 464	1 555	1 495	1 695	...
* Güterversand	1 000 t	955	944	1 013	975	1 059	963	1 066	1 042	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 015	15 402	16 671	15 534	12 669	18 134	16 831	17 818	11 548
Krafträder	Anzahl	685	518	801	558	404	865	603	687	307
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 526	14 067	14 922	14 215	11 609	16 277	15 211	16 192	10 532
* Lastkraftwagen	Anzahl	477	512	556	483	422	609	883	606	463
Zugmaschinen	Anzahl	237	209	226	258	174	256	306	204	175
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 048	10 354	10 145	9 470	11 193	11 423	11 073	11 501	9 426
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 630	1 657	1 940	1 831	2 122	1 856	1 879	2 080	1 706
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 418	8 697	8 205	7 639	9 071	9 567	9 194	9 421	7 720
Verunglückte Personen	Anzahl	2 193	2 230	2 591	2 488	2 912	2 553	2 553	2 801	2 334
* Getötete	Anzahl	44	48	50	45	76	46	49	38	55
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	31	25	38	26	23	13	27
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	8	7	11	22	7	10	16	12
Radfahrer	Anzahl	2	3	2	4	4	3	4	7	8
Fußgänger	Anzahl	8	8	9	5	10	6	8	2	7
Schwerverletzte	Anzahl	659	658	779	776	841	753	720	768	693
Pkw-Insassen	Anzahl	324	340	354	333	396	393	376	362	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	173	149	238	251	228	177	185	216	...
Radfahrer	Anzahl	57	62	96	88	122	64	72	105	...
Fußgänger	Anzahl	85	86	65	78	76	105	62	69	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	76	82	91	60	71	100	65	71	73
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	47 284	51 034	44 503	31 361	25 581	40 068	20 608	18 134	44 177
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	1	-	1	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	929	699	778	719	608	584	688	680	527
* Wechselsumme	1 000 DM	8 009	5 812	5 074	5 132	4 380	3 639	5 419	4 691	4 311

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	81 737	82 106	81 805	81 557	81 882	82 656	82 986	83 109	83 345
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	79 858	80 239	79 973	79 747	80 035	80 720	81 052	81 200	81 409
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 996	14 794	15 737	15 252	15 183	14 414	14 585	14 270	14 159
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 448	14 343	15 170	14 860	14 748	13 933	14 212	13 870	13 713
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	548	451	567	392	435	481	373	400	446
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 174	7 811	8 045	7 976	7 968	7 401	7 385	7 251	7 261
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 666	6 624	6 782	6 746	6 728	6 380	3 353	6 311	6 322
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 508	1 187	1 263	1 230	1 240	1 021	1 032	940	939
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	54 688	57 634	56 190	56 519	56 884	58 905	59 082	59 680	59 989
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	44 088	47 201	45 471	45 791	46 138	48 117	48 425	48 909	49 265
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 599	10 434	10 719	10 728	10 746	10 788	10 657	10 771	10 724
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	70 018	74 877	70 760	71 073	71 796	76 676	76 487	76 451	77 259
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 611	10 448	9 517	9 460	9 664	10 697	10 599	10 284	10 828
* Termingelder	Mill. DM	24 610	26 136	25 250	25 610	25 994	27 297	27 112	27 411	27 572
* Spareinlagen	Mill. DM	35 796	38 293	35 994	36 003	36 139	38 682	38 777	38 756	38 859
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 678	1 846	1 391	1 774	1 665	1 586	1 570	1 887	1 506
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 519	1 635	1 389	1 765	1 529	1 572	1 475	1 908	1 403
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 332 451	1 350 174	1 546 849	1 174 839	1 444 599	1 389 907	1 708 569	1 115 753	1 543 534
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	938 494	975 488	1 222 011	673 963	1 009 408	926 274	1 355 778	689 905	1 055 923
* Lohnsteuer	1 000 DM	660 620	676 863	529 983	575 173	855 712	861 533	566 920	625 064	964 507
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	122 623	123 189	—	—	307 651	348 043	—	—	366 664
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 020	123 887	351 555	— 28 295	— 49 166	— 31 095	387 053	— 71 389	— 36 424
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 547	27 068	18 515	149 734	28 704	13 968	13 704	170 104	33 717
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	152 307	147 670	321 958	— 22 649	174 158	81 868	388 101	— 33 874	94 123
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	24 652	42 721	—	—	153 863	75 812	—	—	84 450
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	393 958	374 686	324 838	500 876	435 191	463 633	352 791	425 848	487 611
* Umsatzsteuer	1 000 DM	226 154	226 169	191 253	360 752	279 518	320 669	235 624	261 455	333 205
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	167 804	148 517	133 585	140 124	155 673	142 964	117 167	164 393	154 406
* Bundessteuern	1 000 DM	128 294	128 372	126 031	130 026	123 668	125 542	144 117	103 308	125 125
* Zölle	1 000 DM	11 328	10 164	9 238	9 618	10 073	12 280	9 712	10 639	12 748
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	113 075	114 805	113 924	117 358	110 859	109 998	132 357	89 972	104 721
* Landessteuern	1 000 DM	75 092	87 446	87 173	84 286	106 466	114 767	79 931	72 048	107 083
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 378	14 509	1 648	1 942	38 503	43 082	3 054	4 594	43 302
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 639	48 972	61 430	57 465	42 852	47 919	51 686	48 682	38 732
* Biersteuer	1 000 DM	6 037	6 142	7 063	6 912	6 588	6 359	6 400	6 922	7 466

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	549 219	507 992	498 605	.	.	.	511 647	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 133	7 970	8 261	.	.	.	9 733	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	88 740	92 789	104 242	.	.	.	107 486	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	403 353	357 652	351 061	.	.	.	361 793	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	36 382	36 489	35 041	.	.	.	32 635	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	807 774	809 251	868 336	776 937	851 559	828 377	981 897	708 194	900 921
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	411 824	427 688	531 155	295 965	444 213	400 854	606 340	303 427	458 355
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 048	243 552	211 150	325 575	282 881	301 367	231 440	274 685	316 952
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	681 810	698 834	785 149	624 408	750 704	731 022	898 847	576 208	781 773
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	408 979	425 346	532 124	291 700	436 760	398 126	605 049	299 461	449 532
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 132	176 403	165 852	223 051	206 681	217 515	213 867	177 925	224 669
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	832 834	814 965	768 835	.	.	.	804 994	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	342 503	304 361	298 732	.	.	.	307 267	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	344 465	360 265	303 443	.	.	.	329 529	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	120,7	121,1	120,5	120,2	121,1	121,3	121,3	121,2
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	118,9	118,4	117,2	118,3	118,0	117,6	116,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,5	116,2	.	.	116,7	118,5	.	.	119,1
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,07	16,72	.	16,87	.	.	.	17,58	.
* Männliche Arbeiter	DM	16,95	17,57	.	17,73	.	.	.	18,42	.
* Facharbeiter	DM	17,80	18,46	.	18,64	.	.	.	19,38	.
Angelernte Arbeiter	DM	16,21	16,87	.	16,99	.	.	.	17,65	.
Hilfsarbeiter	DM	14,35	14,93	.	15,06	.	.	.	15,60	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,99	12,48	.	12,57	.	.	.	13,04	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,72	12,21	.	12,29	.	.	.	12,78	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,7	.	40,7	.	.	.	40,7	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,1	41,0	.	41,1	.	.	.	41,0	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,2	.	39,2	.	.	.	39,0	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 040	4 219	.	4 252	.	.	.	4 395	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 620	3 776	.	3 794	.	.	.	3 908	.
* männlich	DM	4 309	4 495	.	4 516	.	.	.	4 650	.
* weiblich	DM	2 822	2 946	.	2 970	.	.	.	3 065	.
Technische Angestellte	DM	4 419	4 609	.	4 661	.	.	.	4 820	.
* männlich	DM	4 516	4 714	.	4 765	.	.	.	4 932	.
* weiblich	DM	3 127	3 277	.	3 321	.	.	.	3 427	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	2 739	2 868	.	2 879	.	.	.	3 038	.
* männlich	DM	2 727	2 858	.	2 869	.	.	.	3 030	.
* weiblich	DM	3 301	3 452	.	3 455	.	.	.	3 634	.
	DM	2 270	2 373	.	2 392	.	.	.	2 517	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 024	61 066	61 029	61 048	61 073
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 388	31 001 ^r	52 715 ^r	40 110 ^p	36 376 ^p	29 759 ^p	46 885 ^p	44 266 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 846	52 164 ^r	51 136 ^r	52 711 ^p	55 695 ^p	51 103 ^p	50 851 ^p	56 686 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 691	58 491 ^r	55 328 ^r	56 406 ^p	55 562 ^p	56 392 ^p	52 457 ^p	56 927 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 845	- 6 327 ^r	- 4 192 ^r	- 3 695 ^p	133 ^p	- 5 289 ^p	- 1 606 ^p	- 241 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 304	2 228	2 122	2 078	2 132	2 216	2 099	2 097	2 176
Männer	1 000	1 289	1 200	1 121	1 077	1 092	1 216	1 120	1 107	1 133
Arbeitslosenquote	%	9,3	9,0	8,5	8,4	8,6	8,8	8,3	8,3	8,7
Offene Stellen	1 000	110	154	169	173	170	179	181	182	180
Kurzarbeiter	1 000	235	197	153	118	87	302	222	184	216
Männer	1 000	197	164	119	87	64	246	168	135	181
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	103	105	104	110	101	108	106	108	97
ohne Baugewerbe	1980 = 100	105	107	104	110	100	109	107	109	97
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	105	107	105	111	101	110	107	110	98
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	100	104	97	102	101	102	98
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	113	118	115	124	108	121	117	123	102
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	97	93	98	91	100	97	97	89
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	104	105	98	105	104	103	99	102	101
Baugewerbe	1980 = 100	84	87	98	102	105	96	95	99	97
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 943	7 063	7 021	7 044	7 096	7 035	7 027	7 036	7 067
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	659	663	629	660	675	667	637	619	629
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	124 713	122 358	114 976	125 022	121 608	123 124	117 939	121 172	120 920
Auslandsumsatz	Mill. DM	37 032	36 359	33 706	37 976	35 707	36 987	34 761	36 740	35 404
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 873	28 814	24 759	25 000	25 179	27 692 ^r	26 479 ^p
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 917	2 676	2 494	2 314	2 449	2 804 ^r	3 144 ^r	2 916 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 026	1 003	1 016	1 029	1 038	969 ^p	983 ^p	991 ^p	997 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	106	107	112	125	132	111 ^p	111 ^p	114 ^p	121 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 331	8 711	7 837	9 427	10 438	6 901 ^p	8 151 ^p	9 106 ^p	10 048 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 652	9 668	11 423	12 515	12 326	9 918	10 520	10 479	12 191
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 765	9 022	10 737	11 803	11 623	9 367	9 904	9 903	11 590
Wohnfläche	1 000 m ²	1 719	1 583	1 817	1 978	1 947	1 565	1 667	1 663	1 846
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 501	2 517	2 881	2 887	3 118	2 359	2 712	2 815	3 306
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 021	18 264	20 343	22 195	21 904	16 726	17 804	17 997	19 454
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,8	117,2	117,4	110,9	115,9	129,3 ^p	114,5 ^p	113,3 ^p	121,9 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,1	113,3	127,0	118,3	123,1

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	44 758	43 864	40 627	44 395	45 407	43 919	43 314	42 097	45 554
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	22 272	22 286	20 678	23 077	22 472	23 673	22 581	22 816	23 689
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 081	3 098	2 767	3 191	2 717	3 352	3 119	3 229	2 868
Frankreich	Mill. DM	5 333	5 194	4 890	5 433	5 191	5 577	5 275	5 243	5 697
Großbritannien	Mill. DM	3 831	3 716	3 536	4 001	4 062	3 813	3 695	3 800	4 251
Italien	Mill. DM	3 481	3 573	3 319	3 696	3 837	3 955	3 728	3 823	3 933
Niederlande	Mill. DM	3 855	3 788	3 400	3 690	3 702	3 890	3 683	3 656	3 886
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	38 651	34 517	32 495	34 481	34 478	35 030	32 762	33 784	35 645
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	19 637	18 023	17 228	18 229	18 156	18 886	17 501	18 054	18 489
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 424	2 455	2 321	2 603	2 388	2 714	2 410	2 525	2 317
Frankreich	Mill. DM	4 107	3 924	3 608	3 764	3 680	4 456	3 813	3 976	3 928
Großbritannien	Mill. DM	3 097	2 481	2 343	2 464	2 322	2 514	2 439	2 515	2 350
Italien	Mill. DM	3 096	3 175	2 929	3 382	3 953	3 144	2 985	3 525	4 001
Niederlande	Mill. DM	4 858	3 984	4 056	4 003	3 791	3 908	3 750	3 514	3 666
Geld und Kredit ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 992	1 992	2 006	2 019	2 025	2 052	2 058	2 070	2 079
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 522	1 522	1 537	1 554	1 556	1 581	1 583	1 597	1 599
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	471	471	469	465	469	471	475	473	480
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 375	1 375	1 376	1 393	1 389	1 476	1 493	1 497	1 493
Spareinlagen	Mrd. DM	624	624	632	633	632	678	678	679	678
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	27 380	28 196	20 948	37 625	24 369	21 036	19 838	39 260	25 818
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	17 853	18 545	11 235	28 281	14 670	11 053	9 999	29 798	15 795
Lohnsteuer	Mill. DM	12 303	12 686	11 034	12 401	13 941	11 316	12 210	13 677	14 940
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 381	2 490	- 860	7 284	- 655	- 1 305	- 708	7 831	- 706
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 152	9 262	9 435	9 341	8 849	9 175	9 554	9 456	9 181
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 286	4 882	4 781	5 082	4 408	4 661	5 227	5 351	4 704
Bundessteuern	Mill. DM	4 586	4 696	4 455	4 712	4 698	4 257	4 789	4 488	4 803
Zölle	Mill. DM	451	437	430	419	424	477	458	415	446
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 813	3 910	3 661	4 039	4 003	3 492	4 008	3 834	4 072
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	115,2	108,4	109,8	108,8	107,2	104,8	104,6	104,3	103,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	103,1	97,2	97,3	98,9	99,0	95,3	93,9	93,9	92,0 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980 = 100	121,8	118,2	118,6	118,5	117,7	115,1	115,2	115,3	115,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	115,1	116,8	116,7	.	.	.	119,1	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	114,5	116,2	116,1	.	.	.	118,5	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	104,8	104,8	.	.	.	105,9	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	120,7	120,9	121,1	120,5	121,0	121,1	121,3	121,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	118,5	118,9	118,4	117,9	118,3	118,0	117,6
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	118,4	120,6	120,5	120,5	120,6	122,0	122,0	122,1	122,1
Wohnungsmieten	1980 = 100	123,9	126,4	126,1	126,3	126,6	128,3	128,4	128,6	128,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	133,4	116,4	118,6	116,0	112,0	105,1	104,7	106,0	106,4
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	117,7	119,1	118,9	119,0	119,1	120,3	120,4	120,5	120,5
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	119,7	121,5	121,3	121,4	121,5	122,6	122,8	122,8	122,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	123,2	118,3	117,5	118,9	117,9	119,7	119,8 ^a	120,0	120,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	116,2	117,8	118,1	117,9	117,3	119,2	119,1	119,0	118,7
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	125,7	130,1	129,9	130,6	130,6	131,5	131,5	132,6	132,9

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Mehr Baugenehmigungen im Juli

Die rheinland-pfälzischen Bauämter genehmigten im Juli 1 648 Bauanträge, das sind 4,8 % mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Freigaben betrafen 1 324 Wohnhäuser (+ 4,3 %), 257 Wirtschaftsgebäude (+ 22 %) und 67 öffentliche Bauten (- 28 %). In 530 Fällen (+ 12 %) sind bauliche Veränderungen an bestehenden Gebäuden vorgesehen. Das entspricht etwa einem Drittel aller Baugenehmigungen. Bei den Neubauvorhaben handelt es sich um 762 Einfamilienhäuser (+ 22 %), 121 Zweifamilienhäuser (- 46 %) und 38 Mehrfamilienhäuser (- 34 %). Insgesamt ist der Bau von 1 387 Wohnungen (- 16 %) geplant. Für die vorgesehenen Maßnahmen im Wohnbau sind 330 Mill. DM und im Nichtwohnbau 127 Mill. DM kalkuliert.

Von Januar bis Juli wurden 5 352 Wohngebäude (Vorjahr 5 619), 1 077 Nichtwohngebäude (1 079) und 2 692 (2 389) Um-, Aus- oder Erweiterungsbaumaßnahmen genehmigt. Insgesamt sollen 8 166 (9 657) Wohnungen neu entstehen. Die durchschnittlichen Kosten je Kubikmeter Rauminhalt betrugen im Wohnbau 323 DM und im Nichtwohnbau 217 DM. ju

Busurlaub bei weiten Ferienzeilen Alternative zu Flugzeug und Bahn

Während die Einnahmen der 152 größeren Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs in Rheinland-Pfalz 1986 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % auf 330 Mill. DM zurückgingen, war bei den Ferienzeilen-Reisen ein Umsatzplus von knapp 19 % auf 9,6 Mill. DM zu verzeichnen, obwohl die Zahl der beförderten Personen leicht rückläufig war (- 1 %). Dieser Umsatzzuwachs ist auf die Ausweitung der Fahrstrecken zurückzuführen, weil immer fernere Ziele angesteuert wurden. Reiste ein Busurlauber im Jahre 1985 im Durchschnitt rund 1 160 km bis zum Urlaubsort, legte er ein Jahr später bereits 1 477 km zurück.

Diese Entwicklung zeigt, daß die Ferienreise mit dem Bus, insbesondere zu weiter entfernten Zielen, von vielen Urlaubern bevorzugt wird, denen Flugzeug oder Bahn zu teuer und die Fahrt mit dem eigenen Pkw zu anstrengend ist. Hinzu kommt die exklusive Ausstattung der Fernreisebusse mit WC, Waschraum, Klimaanlage, Bordküche und Videounterhaltung. gr

Mehr über dieses Thema auf Seite 248

Bernkastel-Wittlich, der Kreis mit den meisten Fremdübernachtungen

In den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres 2 235 000

Gäste aufgenommen. Das sind 71 400 oder 3,3 % mehr als im ersten Halbjahr 1986. Die Gäste hielten sich im allgemeinen etwa 3 1/2 Tage am Ort auf. Damit ergab sich eine Übernachtungszahl von 7,78 Mill., die um 3,5 % über dem Stand des Vergleichszeitraums lag.

Die meisten Übernachtungen wurden in den Kreisen Bernkastel-Wittlich (700 000), Daun (616 000), Bad Kreuznach (560 000), Ahrweiler (546 000), Cochem-Zell (452 000) und Rhein-Lahn-Kreis (447 000) registriert. Jeder zweite Gast übernachtete in einem Hotel.

Rheinland-Pfalz war nach dem Rückgang im vergangenen Jahr jetzt auch wieder verstärkt Reiseziel für Besucher aus dem Ausland. Ihr Anteil an den Fremdenverkehrszahlen belief sich auf 493 000 Gäste (+ 3,7 %) und 1,48 Mill. Übernachtungen (+ 5,9 %). Sie bevorzugten das Rheintal, hielten sich dort jedoch nicht so lange auf wie in den Regionen Eifel/Ahr sowie Hunsrück/Nahe/Glan. sr

Weniger Personenschäden auf den Autobahnen im Juni

Im Juni wurden auf den Straßen von Rheinland-Pfalz 11 073 Verkehrsunfälle polizeilich aufgenommen. Das sind 9,1 % mehr als im Juni 1986. Die Sachschadensunfälle nahmen um 12 % zu, wobei die Steigerungsrate bei den Sachschäden von mehr als 1 000 DM bei einem der Beteiligten (+ 18 %) deutlich höher lag als bei den Bagatellschäden (+ 8,5 %). Mit 1 879 lag die Zahl der Personenschadensfälle um 3,1 % unter dem Vorjahresstand. Die Zahl der verunglückten Verkehrsteilnehmer (2 553) ging entsprechend um 1,5 % zurück. Die Ziffern der Getöteten und Schwerverletzten waren ebenfalls rückläufig (- 2,0 bzw. - 7,6 %), während die der Leichtverletzten eine leichte Zunahme um 1,2 % verzeichnete.

Von den 49 getöteten Personen waren jeweils 14 auf Bundes- und Landesstraßen verunglückt, sechs auf der Autobahn. Gegenüber Juni 1986 nahmen die Zahlen der getöteten und der schwerverletzten Verkehrsteilnehmer auf den Autobahnen um jeweils 33 %, die der Leichtverletzten um 5,8 % ab. gr

Trauriger Unfallrekord im Juli

Im Juli 1987 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 11 500 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 21 % mehr als im Juli des Vorjahres und die bisher höchsten monatlichen Unfallzahlen in diesem Jahr. Die Zahl der Verletzten stieg im gleichen Zeitraum um 13 % auf 2 762 Personen. Das war das schlechteste Monatsergebnis des Jahres 1987. Die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer ging dagegen von 45 auf 37 zurück.

kurz + aktuell

Unter den tödlich verunglückten Fahrzeugbenutzern waren 16 Fahrer oder Mitfahrer von Motorrädern, 13 Insassen von Personenwagen und 7 Radfahrer. Außerdem wurde ein Fußgänger tödlich verletzt. gr

Diesel-Boom hält an

Am 1. Juli 1987 waren in Rheinland-Pfalz 2 078 662 Kraftfahrzeuge für den Straßenverkehr zugelassen. Das sind 2,4 % mehr als im Juli 1986.

Von den gut 1,7 Mill. Personenwagen (+ 3 %) hatten rund 209 000 einen Dieselmotor. Das waren 19 % mehr als vor einem Jahr. Jeder achte zugelassene Personen- und Kombiwagen ist ein Selbstzünder. Der Anteil der Dieselfahrzeuge am gesamten Personenwagen-Bestand hat damit einen neuen Höchststand erreicht.

Ein weiterer Trend ist die Entscheidung der Autofahrer zu hubraumstärkeren Motoren. Während die Zahl der Personenwagen mit weniger als 1,5 Litern Hubraum binnen Jahresfrist um 0,2 % zurückging, stieg sie in den größeren Hubraumklassen um 5,5 % an. Ebenfalls überdurchschnittliche Bestandszunahmen betrafen die Kombis (+ 7,4 %). gr

Mehr Unfälle bei der Lagerung wasser-gefährdender Stoffe im Jahre 1986

In Rheinland-Pfalz ereigneten sich im Jahre 1986 bei der Lagerung oder beim Transport wassergefährdender Stoffe 113 Unfälle. Mit einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 11 auf 84 wurde von den Wasserbehörden die bisher höchste Zahl von Lagerungsunfällen gemeldet. Im gleichen Zeitraum gingen die registrierten Transportunfälle um fünf auf 29 zurück.

Als häufigste Unfallfolge wurde in 70 Fällen (62 %) eine Verunreinigung des Bodens festgestellt. Bei 29 Schadensfällen (26 %) drangen wassergefährdende Stoffe in Flüsse, Seen oder andere Gewässer ein. Bei jedem vierten Schadensereignis gelangten wassergefährdende Stoffe in die Kanalisation und verursachten in 17 Fällen (15 %) die Verunreinigung der Kläranlage.

Von den insgesamt ausgelaufenen 227 m³ Schadstoffe konnten durch das Aufbringen von Bindemitteln, das Ausheben verunreinigten Materials, das Einbringen von Sperren in Gewässer oder andere geeignete Maßnahmen über die Hälfte wiedergewonnen werden. wz

Datensicherungssoftware im Statistischen Landesamt

Aus den datenschutzrechtlichen Bestimmungen ergeben sich vielfältige Forderungen, die von den daten-

speichernden oder -verarbeitenden Stellen in entsprechende Maßnahmen umzusetzen sind. Dazu gehören u. a. Schutzvorrichtungen, die die unbefugte Benutzung von Datenverarbeitungsanlagen verhindern, den unberechtigten Zugriff auf Daten und Programme ausschließen und unbefugte Verarbeitung personenbezogener Daten verhindern. rü

Mehr über dieses Thema auf Seite 253

Maschinelles Verfahren für die Kosten- und Leistungsrechnung

Im Rahmen des DV-gestützten Krankenhausrechnungswesens liefert das vom Statistischen Landesamt angebotene Verfahren „Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern“ (KOLK) eine wichtige Informationsbasis für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses. In Verbindung mit den Teilbereichen Leistungserfassung und -abrechnung, Personalabrechnung, Anlagenbuchhaltung, Materialwirtschaft und Finanzbuchhaltung ermöglicht das Verfahren KOLK die Bereitstellung von Unterlagen für die Planung, Kontrolle und Steuerung des Betriebsgeschehens und unterstützt den Anwender bei der Kalkulation der Selbstkosten und der Ermittlung des Betriebsergebnisses. Entscheidungsrelevante Daten des Rechnungswesens können mit Hilfe des Dialogsystems direkt am Bildschirm abgerufen werden. lü

Mehr über dieses Thema auf Seite 256

Feinkonzept Controlling fertiggestellt

Mit den zentral im Statistischen Landesamt gepflegten Bund-/Länder-Verfahren FINK, KREK, KOLK, MAIK und MARK stehen den Krankenhäusern die wichtigsten Programme für eine rationelle Abwicklung des kaufmännischen Rechnungswesens zur Verfügung. Es fehlt noch eine Software, mit der die Fülle der von diesen Verfahren bereitgestellten fachspezifischen Einzeldaten durch gezielte Selektion und Aggregation zu managementgerechten Unterlagen für die aktuelle Wirtschaftlichkeitskontrolle und Betriebssteuerung aufbereitet werden können. Mit dem Länderprojekt Controlling soll nunmehr ein solches DV-gestütztes Programm als Frühwarnsystem für eine mögliche Unwirtschaftlichkeit im Krankenhaus entwickelt werden. ma

Mehr über dieses Thema auf Seite 260

Mehr als eine Million Unterrichtsstunden im Jahre 1986 angeboten

Rund 1,9 Millionen Personen besuchten im Jahre 1986 die von den sieben staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz durchgeführten 73 910 Veranstaltungen. Während gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Teilnehmer an Weiterbildungsveranstaltungen um fast 100 000 oder 4,9 % abnahm, blieb die Zahl der Veranstaltungen nahezu konstant (Vorjahr: 74 081), die der Unterrichtsstunden erhöhte sich um fast 13 000 oder 1,3 % auf über eine Million.

Mehr als die Hälfte aller Unterrichtsstunden (51 %) der Weiterbildungsorganisationen wurden von Einrichtungen des Verbands der Volkshochschulen erteilt. 22 % der Unterrichtsstunden entfielen auf Veranstaltungen der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und 15 % auf Veranstaltungen der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung. Von der Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung wurden 5 % der Unterrichtsstunden bestritten, vom DGB-Bildungswerk 3 %, vom Bildungswerk des Landessportbundes 2 % und von der Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung „Arbeit und Leben“ 1 %.

Der Schwerpunkt der Arbeit der staatlich anerkannten Organisationen der Weiterbildung liegt nach wie vor bei Themen aus den Sachgebieten Erziehungs- und Geisteswissenschaften (22 % aller Unterrichtsstunden), Gesundheit, Gymnastik, Körperpflege, Haushaltsführung (21 %), Sprachen (17 %), Kreatives Gestalten, Freizeitaktivitäten (15 %) sowie Arbeitswelt, Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft (13 %).

Die Gesamtausgaben der Weiterbildungsorganisationen stiegen auf 76,4 Mill. DM und lagen damit um 1,4 % höher als im Vorjahr. ke

Weniger Gefangene in den Justizvollzugsanstalten

In den zehn Justizvollzugsanstalten des Landes Rheinland-Pfalz verbüßten Ende März dieses Jahres 2 448 Gefangene eine Freiheitsstrafe, weitere 584 saßen in Untersuchungshaft ein. Ihre Zahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 7 % verringert. Fast jeder siebte Strafgefangene war im offenen Vollzug untergebracht. Die Belegkapazität der Justizvollzugsanstalten belief sich auf 3 383 Plätze.

208 Strafgefangene waren noch keine 21 Jahre alt. Bei fast der Hälfte der Einsitzenden beträgt die voraussichtliche Vollzugsdauer ein bis fünf Jahre, bei 891

(36 %) weniger als ein Jahr und bei 299 (12 %) fünf bis 15 Jahre. 84 Strafgefangene haben eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen.

1 736 Personen oder 71 % der Inhaftierten waren vorbestraft. Jeder Zehnte hatte sogar mehr als zehn Vorstrafen. Jeder vierte Strafgefangene war bereits innerhalb der ersten beiden Jahre nach seiner Entlassung erneut in eine Justizvollzugsanstalt eingewiesen worden. sch

Rückgang der Jugendkriminalität

Im Jahr 1986 wurden von den Gerichten in Rheinland-Pfalz fast 51 000 Personen wegen eines Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig abgeurteilt. 42 898 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt. Das sind fast 6 % weniger als im Vorjahr.

Besonders auffällig ist die rückläufige Entwicklung der Jugendkriminalität. Es wurden 3 418 Jugendliche (14 bis 17 Jahre) verurteilt. Das sind gut 20 % weniger als im Jahr 1985. Die Verurteiltenziffer (Verurteilte bezogen auf 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe) verringerte sich um 15 % von 1 931 auf 1 644. Das ist die niedrigste Quote seit 1975. Bei den Heranwachsenden (18 bis 20 Jahre) und den Erwachsenen ist ein Rückgang um 2 % bzw. 5 % festzustellen.

Jede dritte Verurteilung erfolgte aufgrund eines Vermögensdeliktes wie Diebstahl oder Betrug. Insgesamt nahmen diese Straftaten jedoch um 9 % ab. Lediglich bei den Rauschgiftdelikten sowie den Steuerstraftaten wurde entgegen der sonstigen Entwicklung eine Zunahme von 15 % bzw. 9 % verzeichnet. sch

Mehr Bewährungsaufsichten

Ende 1986 hatten die 83 hauptamtlichen Bewährungshelfer in Rheinland-Pfalz 7 310 Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht zu bearbeiten. Das sind gut 3 % mehr als im Vorjahr und über 45 % mehr als 1980. In gut der Hälfte der Fälle waren die Unterstellungen aufgrund einer im Urteil ausgesprochenen Strafaussetzung angeordnet, in 3 151 Fällen (43 %) wegen Aussetzung des Strafrestes, d. h. wegen vorzeitiger Entlassung aus dem Strafvollzug.

Im Jahre 1986 endeten 2 132 Bewährungsaufsichten. 67 % wurden erfolgreich abgeschlossen, da die Bewährungszeit abgelaufen war. Fast jede dritte Strafaussetzung mußte jedoch widerrufen werden, weil der Proband

kurz + aktuell

erneut straffällig geworden war oder den Auflagen und Weisungen des Gerichts nicht nachkam.

Ziel der Strafaussetzung zur Bewährung ist es, einerseits die Vollstreckung kurzer Freiheitsstrafen zu verringern und damit den Verurteilten unter Hilfestellung eines amtlichen Bewährungshelfers zu einem Leben ohne Straftaten zu verhelfen, andererseits in den Fällen, in denen der Rest einer Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, den Straffälligen die Rückkehr in die Freiheit zu erleichtern und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. sch

429 Mill. DM für Jugendliche im Jahr 1986 – Mehr als die Hälfte für Kindertagesstätten

Von den 41 rheinland-pfälzischen Jugendämtern und dem Landesamt für Jugend und Soziales als überörtlichem Träger der Jugendhilfe wurden im Jahr 1986 knapp 429 Mill. DM für Zwecke der Jugendhilfe ausgegeben. Das sind rund 25 Mill. DM oder 6,3 % mehr als im Vorjahr.

Von den Gesamtausgaben entfielen 247 Mill. DM auf die Kindertagesstätten, 74 Mill. DM auf die Heimpflege, 28 Mill. DM auf freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung, 17 Mill. DM auf Erholungspflege und Freizeithilfen, 12 Mill. DM auf Beratungen in Fragen der Ehe, Familie und Jugend sowie knapp 8 Mill. DM auf die außerschulische Bildung und internationale Jugendbegegnung. Die restlichen 43 Mill. DM verteilen sich auf eine Vielzahl anderer Maßnahmen.

Mit 250 Mill. DM entfiel über die Hälfte der Bruttoausgaben auf Maßnahmen und Veranstaltungen, die von den Jugendwohlfahrtsbehörden selbst durchgeführt wurden, darunter fast 87 % auf Hilfen in Einrichtungen.

An Träger der freien Jugendhilfe wurden Zuschüsse in Höhe von 178 Mill. DM gezahlt.

In den Ausgaben sind die allgemeinen Verwaltungskosten der Jugendwohlfahrtsbehörden und die Aufwendungen für Investitionen nicht enthalten.

Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von fast 28 Mill. DM gegenüber. Sie deckten die Bruttoausgaben zu 6,5 %. Die Reinausgaben betrugen im Jahr 1986 insgesamt fast 401 Mill. DM. ka

Themen der letzten Hefte

Heft 5 / Mai 1987

Geburtenhäufigkeit – Erwartete und beobachtete Entwicklungstendenzen

Wohnungsbau 1986

Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft 1979 bis 1986

Regionalstruktur des Großhandels und der Handelsvermittlung 1984/85

Heft 6 / Juni 1987

Die Wahl zum 11. Landtag Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1987

Regionale Wirtschaftsentwicklung 1980 bis 1984

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1985

Heft 7 / Juli 1987

Altersstruktur der Landesbediensteten

Öffentliche Gasversorgung

Bauhauptgewerbe 1986

Regionale Schwerpunkte des Gastgewerbes 1979 bis 1985

Strukturwandel der Rinder- und Schweinehaltung

Heft 8 / August 1987

Ausbildungsplätze im Mai 1987 – Angebot und Nachfrage

Ernteberichterstattung 1987

Säuglingssterblichkeit 1950 bis 1986

Wohngeld 1986

Gewerbegründungen

Dialogauskünfte im Krankenhausrechnungswesen

Heft 9 / September 1987

Veränderungen im Einzelhandel 1960 bis 1985

Bevölkerung im Jahr 2000 –

Prognoseergebnisse nach dem demographischen Wanderungsansatz

Finanzielle Situation der Wohngeldempfänger 1986

Baulandmarkt und Baupreise 1980 bis 1986

System der Umweltstatistiken

Zeichenerklärungen

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|
| – = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.